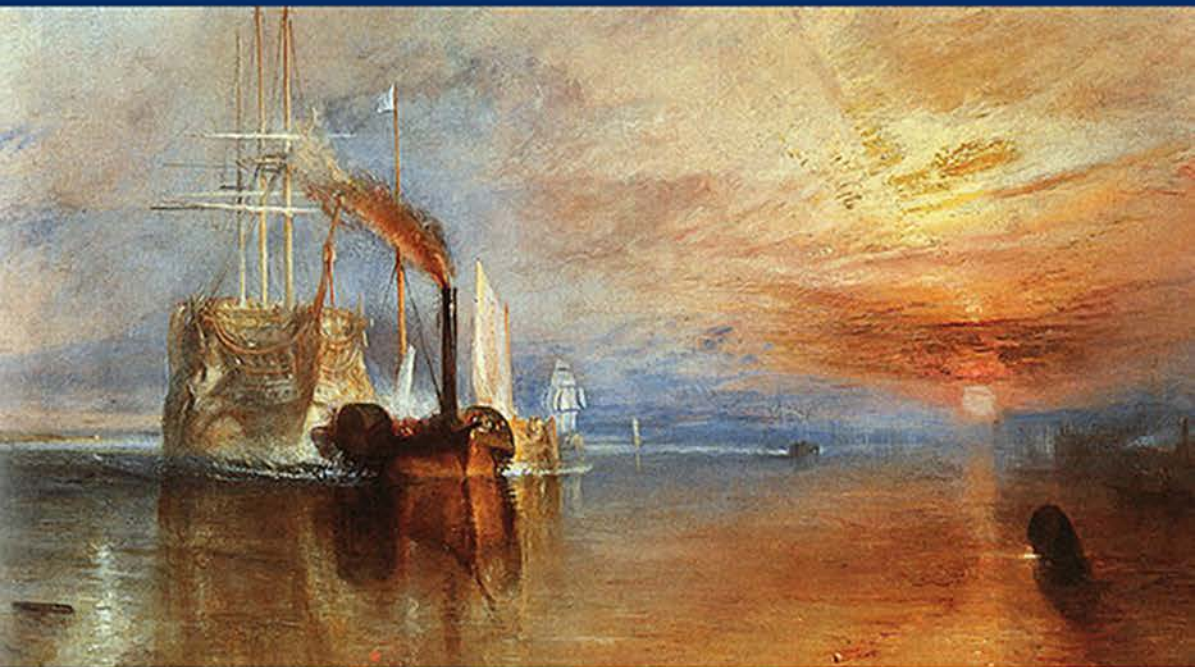


AKIRA IRIYE UND JÜRGEN OSTERHAMMEL (HG.)

C.H.BECK HARVARD UP
GESCHICHTE
DER WELT

1750–1870

WEGE ZUR MODERNEN WELT



HG. VON SEBASTIAN CONRAD UND JÜRGEN OSTERHAMMEL

AKIRA IRIYE UND JÜRGEN OSTERHAMMEL (HG.)

C.H.BECK HARVARD UP

GESCHICHTE
DER WELT

1750–1870

WEGE
ZUR MODERNEN WELT

GESCHICHTE DER WELT

Herausgegeben von Akira Iriye und Jürgen Osterhammel

Frühe Zivilisationen

Die Welt vor 600

Herausgegeben von Hans-Joachim Gehrke

Agrarische und nomadische Herausforderungen

600–1350

Herausgegeben von Cemal Kafadar

Weltreiche und Weltmeere

1350–1750

Herausgegeben von Wolfgang Reinhard

Wege zur modernen Welt

1750–1870

Herausgegeben von Sebastian Conrad und Jürgen Osterhammel

Weltmärkte und Weltkriege

1870–1945

Herausgegeben von Emily S. Rosenberg

Die globalisierte Welt

1945 bis heute

Herausgegeben von Akira Iriye

1750–1870
WEGE
ZUR MODERNEN WELT

Herausgegeben von
SEBASTIAN CONRAD und JÜRGEN OSTERHAMMEL

Mit Beiträgen von

Cemil Aydin
R. Bin Wong
Sebastian Conrad
Jürgen Osterhammel

Geschichte der Welt
A History of the World

Verlag C.H.Beck oHG und The Belknap Press
of Harvard University Press © 2016

Mit 54 Abbildungen und 24 Karten (© Peter Palm)

Der Beitrag von Cemil Aydin wurde von Thomas Atzert übersetzt.

Der Beitrag von R. Bin Wong wurde von Andreas Wirthensohn übersetzt.

Für die deutsche Ausgabe:
© Verlag C.H.Beck oHG, München 2016
Umschlaggestaltung: Kunst oder Reklame, München
Umschlagabbildung: Joseph Mallord William Turner, Die Temeraire im Kampf, 1839,
National Gallery, London, © Bridgeman
ISBN Buch 978 3 406 64104 6
ISBN eBook 978 3 406 64114 5

Die gedruckte Ausgabe dieses Titels erhalten Sie im Buchhandel
sowie versandkostenfrei auf unserer Website
www.chbeck.de
Dort finden Sie auch unser gesamtes Programm und viele weitere
Informationen.

INHALT

- 9 **Einleitung**
von Sebastian Conrad und Jürgen Osterhammel
- 35 **Regionen und Reiche in der politischen Geschichte des langen
19. Jahrhunderts (1750–1924)**
von Cemil Aydin
- 36 Einleitung: Weder ein «Kampf der Kulturen» noch das «Ende
der Geschichte» – Regionen in der politischen Globalgeschichte
des 19. Jahrhunderts neu denken
- 44 1. Von der Welt der Regionen zur globalisierten imperialen Welt
(1750–1815)
- 87 2. Die Epoche imperialer Selbststärkung (1815–1882)
- 135 3. Die Re-Regionalisierung der imperialen Weltordnung (1880–1914)
- 201 4. Die regionalen, ethnischen und geopolitischen Wurzeln und
Folgen eines interimperialen Krieges (1911–1924)
- 255 **Möglicher Überfluss, beharrliche Armut. Industrialisierung und
Welthandel im 19. Jahrhundert**
von R. Bin Wong
- 256 1. Das Vermächtnis vorindustrieller Volkswirtschaften
- 280 2. Die Industrialisierung des 19. Jahrhunderts: Grundpfeiler
eines europäischen Jahrhunderts in der Weltgeschichte
- 300 3. Ökonomische Entwicklungen auf dem amerikanischen
Kontinent im 19. Jahrhundert

- 322 4. Der Industriekapitalismus der atlantischen Welt im späten 19. Jahrhundert
- 338 5. Die Ökonomien des 19. Jahrhunderts in der Welt westlicher Kolonialisierung
- 358 6. Ostasien: Industrie, Handel und Kapitalismus
- 376 7. Die Weltwirtschaft des Industriekapitalismus im späten 19. Jahrhundert

411 **Eine Kulturgeschichte globaler Transformation**

von Sebastian Conrad

- 412 Einleitung
- 426 1. Regionen, Integration und globales Bewusstsein:
Die Veränderung der Ordnung der Welt
- 475 2. Die globale Geschichte der Aufklärung
- 512 3. «Nichts ist, wie es sein sollte.» Die Ordnung der Zeit
- 559 4. Religion in der globalen Welt

627 **Hierarchien und Verknüpfungen. Aspekte einer globalen Sozialgeschichte**

von Jürgen Osterhammel

- 628 Einleitung: Sozialgeschichte im Horizont der Weltgesellschaft
- 651 1. Die Entdeckung des Sozialen
- 688 2. Auf dem Weg zur Weltgesellschaft
- 735 3. Hierarchien
- 788 4. Mobilitäten und Netzwerke

837 **Anhang**

- 839 Anmerkungen
- 931 Bibliographie
- 963 Abbildungsnachweis
- 967 Register

EINLEITUNG

Sebastian Conrad und Jürgen Osterhammel

Wege zur modernen Welt nennen wir einen Band, der eine Epoche darstellt und diskutiert, die bis heute wie keine zweite als eine Zeit des Umbruchs und des Übergangs verstanden wird. Schon viele Zeitgenossen in verschiedenen Teilen der Welt hatten den Eindruck, dass sich das Leben in höherem Tempo veränderte als zuvor, dass vor den eigenen Augen Neues entstand und Altes entwertet wurde. Revolutionen drehten nunmehr das Rad der Geschichte nicht im immerwährenden Kreis, sondern wiesen in eine ungewisse Zukunft. Die Fabrik und die Eisenbahn waren keine vorübergehenden Modeerscheinungen, sondern materielle Realitäten, die nie wieder verschwinden würden.

Es gab im 19. Jahrhundert verschiedene Wege in diese neue Zukunft – auch wenn die Zeitgenossen genau über diese Frage stritten. An welche Traditionen ließ sich anknüpfen, welche mussten über Bord geworfen werden? Musste der Wandel rasch einsetzen oder eher graduell? Unterschiedliche Akteure gaben auf diese Fragen ganz unterschiedliche Antworten. Die Wege multiplizierten sich aber auch in einem räumlichen Sinn. Dass die Welt sich änderte, war keine abstrakte Einsicht. Sie hatte viel damit zu tun, dass Individuen und Gruppen unterwegs waren und Veränderungen mit eigenen Augen erlebten. Auf diese Weise waren Vorstellungen von möglichen Wegen in die Zukunft häufig an biographische Wegmarken und grenzüberschreitende Erfahrungen geknüpft.

Natürlich war Mobilität, auch über große Distanzen hinweg, kein neues Phänomen. In allen Epochen gab es Menschen, die weiter herumkamen als die meisten ihrer Zeitgenossen: Kaufleute, Seefahrer, Pilger, Diplomaten, Forschungsreisende, Soldaten, Exilanten, Sklaven, verschleppte Kriegsgefangene. Sie überschritten Grenzen, manchmal viele davon, und machten Bekanntschaft mit fremden Kulturen und Gesellschaften. Manchmal kehrten sie zurück oder pendelten zwischen unterschiedlichen Welten, in anderen Fällen tauchten sie ein in die neue Umgebung, passten sich an und assimilierten sich. Das Schicksal der meisten

dieser Menschen ist undokumentiert geblieben. Eine beträchtliche Zahl aber hat Zeugnisse hinterlassen, einige wenige haben sogar ikonischen Status erreicht: Herodot (490/480–424 v. Chr.), der chinesische Pilger Faxian (337–ca. 422), Marco Polo (ca. 1254–1324) oder Ibn Battuta (1304–1368/69).¹

Heute ist Grenzüberschreitung eine Alltagserfahrung, und Hunderte von Millionen leben «zwischen den Kulturen» und mit doppelten oder gar mehrfachen Identitäten. In der Vergangenheit waren solche Lebenswege seltener und größeren Widerständen und Risiken ausgesetzt; sie waren daher auch auffälliger. Die Globalgeschichte schenkt ihnen besondere Aufmerksamkeit, auch wenn sich die großen Strukturen und Zusammenhänge, die sie herausarbeiten möchte, nicht allein aus einer Aneinanderreihung solcher globaler Biographien erkennen lassen. Es ist jedoch für eine bestimmte Zeit und für den jeweiligen Ort charakteristisch, welche Globalitätserfahrungen jeweils möglich und wahrscheinlich sind – und welche nicht. Im 18. und frühen 19. Jahrhundert war in Nordamerika die oder der aus indianischer Gefangenschaft Zurückgekehrte ein solcher zeitgebundener Typus, den es anderswo nicht gab und der später wieder verschwand.² Auf dem Höhepunkt der christlichen Mission, d. h. in den Jahrzehnten um 1900, war die Entsendung als Missionar eine verbreitete Art, mit anderen Kulturen in Kontakt zu kommen. Obwohl es auch heute noch Missionare gibt, ist ihre Tätigkeit aus dem allgemeinen Bewusstsein verschwunden; charakteristisch für die Gegenwart sind ganz andere Formen gelebter Globalität. Anhand der je spezifischen Erfahrungen von Mobilität und Grenzüberschreitung lassen sich die Besonderheiten einer Epoche ausloten.

Joseph Bologne (1745–1799), bekannt unter dem Namen Chevalier de Saint-Georges, war ein Athlet und Musiker am Ende des französischen Ancien Régime und während der Zeit der Revolution. In Sport wie Musik leistete er Außerordentliches. Er galt als einer der besten Fechter Europas und brillierte in zahlreichen Schaukämpfen mit berühmten Gegnern. Die Eleganz seiner Fechtkunst war so bezwingend, dass man ihn sogar für Kämpfe feierte, die er verlor. Saint-Georges war zugleich einer der virtuosesten Geiger seiner Zeit, nach dem Urteil mancher Kenner der beste Violinist Frankreichs. Er spielte nicht nur das gängige Repertoire, sondern auch, und anscheinend sogar hauptsächlich, eigene Kompositionen. Sein Œuvre umfasst neben der Hauptgattung seiner 14 Violinkonzerte zahlreiche Opern, Sinfonien und Bläserkonzerte sowie Kammermusik in verschiedenen Besetzungen. Einige seiner Violinkonzerte, Violinsonaten und Streichquartette sind in unserer Zeit auf CD eingespielt worden: charmante, originelle und kompositorisch anspruchsvolle Musik.³

Dieser Zeitgenosse Wolfgang Amadeus Mozarts (1756–1791) zeigt unter seiner Rokoko-Puderperücke ein schwarzes Gesicht: Saint-Georges war Afroeuropäer, «Mulatte» (*mulâtre*), wie es zu seiner Zeit hieß.⁴ Er wurde 1745 in der französischen Karibikkolonie Guadeloupe geboren.⁵ Sein Vater war ein wohlhabender

Pflanzer und Sklavenbesitzer, seine Mutter Nanon eine Sklavin senegalesischer Herkunft. 1753 wurde der siebenjährige Knabe zur Erziehung nach Frankreich geschickt. Zwei Jahre später übersiedelte die restliche Familie nach Frankreich; neben Madame Bologne war auch Nanon mit von der Partie. 1757 wurde der Vater, der seinem Sohn sehr zugetan war und ihn stets förderte, zu einem *Gentilhomme ordinaire du chambre du roi* ernannt und mit dem Namen «de Saint-Georges» in den Adelsstand erhoben. Joseph erhielt eine Ausbildung für Söhne aus noblem Hause, einschließlich Fecht- und Reitunterricht an einer königlichen Akademie. Nachdem er diese erfolgreich absolviert hatte, wurde er 1766 zum *Gendarme du roi* ernannt und tat Dienst in der Leibgarde des Königs. In der Pariser Gesellschaft trat er zu dieser Zeit als viel bewunderter Degen- und Schwertkünstler auf.

Über seine musikalische Ausbildung ist wenig Verlässliches bekannt. Vermutlich nahm er Kompositionsunterricht bei François-Joseph Gossec (1734–1829), dem damals namhaftesten Pariser Musiker. 1772 überraschte er die Öffentlichkeit als virtuoser Solist in zwei eigenen Violinkonzerten. 1773 übernahm er von Gossec die Leitung der *Concerts des amateurs*, des besten Orchesters in Paris, das auf die Aufführung neuester Kompositionen spezialisiert war. 1776 wurde der tüchtige Geiger, Dirigent und Komponist als Direktor der *Académie royale de la musique*, d. h. der Königlichen Oper, vorgeschlagen. Die Ernennung scheiterte, nachdem drei Sängerinnen eine Petition an Königin Marie Antoinette gerichtet hatten: Sie sähen sich in ihrer Ehre verletzt, wenn sie unter einem Mulatten arbeiten müssten. Trotzdem hat auch noch danach die Königin mit Saint-Georges in Versailles dessen Violinsonaten gespielt.

Saint-Georges komponierte unverdrossen weiter, zunehmend Opern, allerdings oft zu minderwertigen Libretti, was ihrer Wirkung Abbruch tat. Um 1777 trat er in die musikalischen Dienste des Herzogs von Orléans. 1778 lernte er vermutlich Mozart bei dessen Besuch in Paris kennen. 1785 dirigierte Saint-Georges die Uraufführung von Joseph Haydns sechs «Pariser Sinfonien», die von den Pariser Freimaurern (zu denen Saint-Georges gehörte) bei dem berühmten Komponisten im ungarischen Esterháza bestellt worden waren. Nach dem Tod des Herzogs 1785 ging Saint-Georges im Auftrag des neuen Duc d'Orléans, eines Gegners des bourbonischen Absolutismus, nach England, wo er vor allem als Fechtkünstler von sich reden machte. Gleichzeitig nahm er Kontakt zu William Wilberforce, Thomas Clarkson und anderen Sklavereieignern auf und fungierte als Mittelsmann zwischen ihnen und der Pariser abolitionistischen Gesellschaft *Amis des Noirs*.

Saint-Georges war rechtzeitig in Paris zurück, um am 5. Mai 1789 auf der Zuschauertribüne der Eröffnung der Generalstände beiwohnen zu können. Bei einem zweiten langen Besuch in London festigte er seine Verbindung zu den dortigen Abolitionisten. Mit dem Beginn der Revolutionskriege im April 1792 sah er

seine Aufgabe in der Verteidigung der Revolution und des Vaterlandes. Er war ein Anhänger des neuen Regimes, von dem er sich die Abschaffung der Sklaverei erhoffte, und baute als Oberst und Brigadeführer eine *Légion nationale des Américains et du Midi* auf, die erste aus freien Farbigen bestehende Militäreinheit Europas; sie kam in Nordfrankreich und den Niederlanden zum Einsatz. Die Wirren der Revolution stellten Saint-Georges vor schwierige Entscheidungen. In einem kritischen Moment entschied er sich für die revolutionäre Seite und gegen eine Meuterei zu Gunsten von Marie Antoinette, seiner früheren königlichen Partnerin am Fortepiano.

Dennoch geriet auch er in die Mühlen des Terrors. Ohne Anklage verbrachte er 1793/94 dreizehn Monate in Festungshaft, ständig von der Hinrichtung bedroht. Zuletzt sehen wir ihn 1796 als Mitglied der Delegation, die das Pariser Direktorium unter der Leitung des Kommissars Léger-Félicité Sonthonax (1763–1813) in die Kolonie Saint-Domingue (später Haiti) entsandte, um dort die 1793 von Sonthonax bei einem früheren Besuch 1793 eingeleitete Abschaffung der Sklaverei voranzutreiben. Diese Reise – man kann es in Ermangelung von Zeugnissen nur vermuten – muss für Saint-Georges eine große Enttäuschung gewesen sein. Zum Beispiel erlebte er als Augenzeuge, wie im Süden der Kolonie unter dem Regime von *gens de couleur* (also «Mulatten»), geführt von André Rigaud (1781–1811), Weiße wie Schwarze gleichermaßen brutal unterdrückt wurden.⁶

In Saint-Domingue wurde Saint-Georges weder als Politiker oder Soldat noch als Show-Fechter oder Musiker gebraucht. Im Frühjahr 1797 kehrte er nach Paris zurück. Er starb dort am 10. Juni 1799 nach einem letzten Versuch, abermals als Kapellmeister ein Sinfonieorchester auf die Beine zu stellen.

So einzigartig diese Biographie ist, so sehr bündelt sie doch Eigenarten und Widersprüche der Epoche: Sklaverei in den Kolonien und aufgeklärte Adelskultur in Paris, Rassismus und eine Toleranz, die es zuließ, dass ein Farbiger zu Führungspositionen im Kulturleben aufstieg, höchste Professionalität in avantgardistischer Musik und zugleich im Fechtsport, also einer typischen Körperpraktik der untergehenden Feudalität. Joseph Bologne geriet mitten in die Französische Revolution hinein und kam in zumindest periphere Berührung mit zwei anderen großen politischen Bewegungen des Revolutionszeitalters: der Revolution erst von freien Farbigen, dann von Schwarzen in Haiti sowie dem Abolitionismus, der sich von England aus transatlantisch organisierte. Bologne, vom *chevalier* in einen *citoyen* verwandelt, starb wenige Monate vor der Machtergreifung Bonapartes als Erster Konsul, mit dessen sklavereifreundlicher Politik er größte Schwierigkeiten gehabt hätte. Von Lebensalter und Sozialisation her war er noch ein Mann des vorrevolutionären Ancien Régime, doch er erlebte unmittelbar die Militarisierung der französischen Gesellschaft, die zum Signum des napoleonischen Zeitalters werden sollte.



Zwei unterschiedliche Lebensläufe, in denen sich jeweils Eigenheiten, Widersprüche und Ambivalenzen der im vorliegenden Band untersuchten Epoche bündeln: Links der karibisch-europäische Musiker und Fechter Chevalier de Saint-Georges (1745–1799, geboren als Joseph Bologne), rechts der chinesische Jurist und Diplomat Wu Tingfang (1842–1922). Beide stammten aus Elitemilieus, wiesen «globale» Lebensläufe mit Stationen auf verschiedenen Kontinenten auf und engagierten sich auf unterschiedliche Weise politisch-gesellschaftlich.

Ein Mann des Ancien Régime war auch der Chinese Wu Tingfang (1842–1922). Wie Bologne gehörte Wu weder zu den Berühmtheiten seiner Zeit noch zu der überwältigenden Mehrzahl von Frauen und Männern, die kaum je in den Quellen Erwähnung finden. Vielmehr waren sowohl Wu als auch Bologne in ihren jeweiligen Elitemilieus anerkannt, sind aber heute so gut wie vergessen. Gemeinsam war ihnen außerdem ihre gesellschaftliche Rolle – eine Rolle, die «globale» Lebensläufe zur damaligen Zeit üblicherweise noch kennzeichnete: Beide waren, auf ganz unterschiedliche Weise, Außenseiter, *marginal men*.

Wus Lebensreise beginnt am entgegengesetzten Ende der Welt, in China, ziemlich genau hundert Jahre nach derjenigen des «schwarzen Mozart» aus Guadeloupe, wie Bologne bisweilen genannt wurde. Wu Tingfang fand sich in eine andere Welt hineingeboren, in andere und veränderte globale Zusammenhänge. Er kam im Jahr des Vertrags von Nanjing zur Welt, der Chinas dramatische Niederlage im Opiumkrieg gegen Großbritannien besiegelte und zum ersten einer langen Reihe von «ungleichen» Verträgen zwischen China und sämtlichen Großmächten werden sollte. Er starb achtzig Jahre später, als soeben die erste große Welle eines anti-imperialistischen chinesischen Nationalismus eingesetzt hatte. Auch in Wus Lebenszeit fällt eine große Revolution: die sogenannte Xinhai-Revolution; sie zer-

störte im Herbst 1911 eine kaiserliche Ordnung, die mehr als 2100 Jahre lang kontinuierlich bestanden hatte.⁷

Ein männlicher Chinese vom Jahrgang 1842, mit einer Familientradition erfolgreich gemeisterter Staatsprüfungen und möglicherweise sogar des Staatsdienstes, hätte sich normalerweise auf die Examina vorbereitet, die regelmäßig im ganzen Land abgehalten wurden. Er wäre im besten Fall die Leiter der verschiedenen Prüfungsebenen und Schwierigkeitsgrade emporgeklettert, hätte vielleicht sogar das Hauptstadtexamen bestanden und wäre dann am Kaiserhof, in der Hanlin-Akademie zu Peking oder als eine Art von Landrat und Amtsrichter irgendwo im Reich beschäftigt worden, hätte also ein Leben als kultivierter und mit Verwaltungsaufgaben der verschiedensten Art betrauter Beamten-Gelehrter («Mandarin») geführt. Bis zur Abschaffung der Staatsprüfungen im Jahr 1905 hatten Mitglieder der Oberschicht in aller Regel einen solchen Karriereweg vor Augen. Wu Tingfang wurde, anders als Joseph Bologne, insofern bereits in eine revolutionär veränderte Situation hineingeboren, als es für ihn diese Option schon nicht mehr gab. Denn er war nicht auf dem Boden des Reiches zur Welt gekommen, sondern in einem auslandschinesischen Milieu in Singapur. Wus gesamtes Leben wurde durch den britischen Kolonialismus in Asien geprägt. Er wurde in einer 1819 gegründeten britischen Kolonie geboren und wuchs in einer anderen, nämlich Hongkong, auf, die 1843, ein Jahr nach seiner Geburt, als britische Kronkolonie an der südchinesischen Küste errichtet wurde.

Für jemanden, der später in mehreren Ministerämtern dienen würde, war Wus Herkunft nicht nur regional, sondern auch sozial ungewöhnlich. Sein Vater war ein Kaufmann, jedoch kein reicher Patrizier, wie es sie auch unter den Chinesen in Südostasien gab, sondern ein nicht sehr wohlhabender Kleinhändler mit begrenztem Geschäftsradius. Dies war jedoch selbst im klassischen China kein striktes Hindernis für gesellschaftlichen Aufstieg, und in Wus Kindheit und Jugend taten sich nunmehr neue soziale Chancen auf. 1845 zog die Familie nach Guangzhou (Kanton) zurück, von wo sie ursprünglich kam. Dort begann der Knabe seine Erziehung auf traditionelle Weise damit, dass er mit einem örtlichen Privatlehrer die klassischen Bücher des Konfuzianismus studierte. Später betrachtete Wu das Auswendiglernen der kanonischen Schriften als Zeitverschwendung. Dennoch ist offensichtlich, dass er in seinem ganzen Handeln von konfuzianischen Prinzipien geprägt blieb. Als er später Christ wurde, verschwand diese Prägung nicht. Seine persönliche Spielart des Christentums war keine pietistische, den persönlichen Glauben und die Spiritualität in den Vordergrund stellende Variante, sondern eine Tugendlehre und Sozialphilosophie, die auf derselben Ebene angesiedelt war wie der strikt innerweltliche Konfuzianismus und sich deshalb durchaus mit ihm verbinden ließ.

Wu Tingfang verdankte seinen weiteren beruflichen Aufstieg der christlichen Mission. Vermittelt über örtliche Missionare erhielt er die Chance, 1855 – also

mit 13 Jahren – das St. Paul's College in der jungen Kolonie Hongkong zu besuchen. In dieser angesehenen Missionsschule, die eigentlich dazu gedacht war, chinesische Pastoren auszubilden, aber bald zu einer allgemein qualifizierenden Schule für Söhne des Hongkonger Bürgertums wurde, lernte er während der folgenden vier Jahre ausgezeichnetes Englisch. Er gehörte also nicht zu den Handelsvermittlern entlang der Chinaküste, die sich nur in gebrochenem Pidgin-Englisch mit ihren europäischen Geschäftspartnern verständigen konnten, sondern war ein Mitglied der ersten Generation von Chinesen, die sprachlich den neuen Außenkontakten ihres Landes und den Erfordernissen der Kommunikation auf internationalem Parkett vollkommen gewachsen waren.

Ein persönlicher Glücksfall für Wu war es, dass er 1862 in eine der reichsten chinesischen Familien Hongkongs einheiraten konnte. Innerhalb weniger Jahre hatten sich in der Kronkolonie Ansätze zu einer chinesischen Bourgeoisie gebildet, wie es sie im Kaiserreich selbst niemals gegeben hatte. Die Quellen ihres Wohlstandes waren unterschiedlich und auf vielfältige Weise kombiniert: älterer Reichtum (vor allem in auslandschinesischen Familien), Handel, Bankwesen und Immobiliengeschäfte, Staatsdienst in mittleren Rängen der entstehenden Kolonialverwaltung. Diese aufstrebenden Hongkonger Familien verfügten meist über Kontakte sowohl in das Reich hinein als auch zu Auslandschinesen, sei es zunächst in Singapur, Malaya oder Niederländisch-Ostindien, sei es später in den USA.

Wu Tingfangs Schwiegervater war Assistent des berühmten Missionars und Sinologen Dr. James Legge gewesen, des maßgebenden Übersetzers der chinesischen Klassiker in die englische Sprache;⁸ er war als Pastor ordiniert worden und hatte nebenbei ein großes Vermögen angesammelt. Wus Schwiegermutter stammte aus einer Beamtenfamilie und brachte Beziehungen zur bürokratischen Elite des Reiches mit, die der Familie auch in Hongkong nützen konnten. In dieses gerade entstehende Milieu eines bilingualen, christlichen, aber in seiner Welthaltung dezidiert chinesisch-konfuzianisch bleibenden Kolonialbürgertums mit ausgeprägten kulturellen Interessen und einem geradezu patriotischen Verantwortungsgefühl für die chinesische Gemeinschaft in Hongkong, in der man philanthropisch tätig war und Funktionen des *community leadership* übernahm, trat Wu Tingfang mit seiner Heirat ein.⁹ Damit stand ihm ein großes Familiennetzwerk offen. Es verstand sich von selbst und entsprach sowohl der protestantischen als auch der hier ganz ähnlichen konfuzianischen Tradition, den Söhnen und auch den Schwiegersöhnen die bestmögliche Ausbildung zu ermöglichen.

Wu war zuerst als Dolmetscher tätig und stieg in der Kolonialverwaltung auf, aber nur bis zu der relativ niedrigen *colour bar*, die innerhalb der Bürokratie galt und die neben den erheblich geringeren Gehältern für Chinesen von Anfang an für viel Unmut sorgte. In dieser Situation traf der dreißigjährige Wu Tingfang die wichtigste berufliche Entscheidung seines Lebens: Er ging nach England, um sich

als Jurist ausbilden zu lassen. Das war vor einem chinesischen kulturellen Hintergrund ein enormer Schritt, denn es hatte in China niemals ein voll ausgebildetes Recht und ein selbstständiges Justizwesen gegeben. Rechtliche Fragen wurden, vereinfacht gesagt, von den konfuzianisch geschulten Allround-Beamten nebenbei erledigt. 1874 trat Wu in London in Lincoln's Inn ein, die praxisnahe Ausbildungsstätte für Anwälte. Seinen Kursus durchlief er ungewöhnlich schnell und erhielt schon Anfang 1877 seine Zulassung als *barrister* vor Gericht. Nachdem er bereits auf den britischen Inseln und dem europäischen Kontinent gereist war, machte er sich über die USA, wo damals ein neuartiger anti-chinesischer Rassismus grassierte, auf den Heimweg nach Hongkong. Dort praktizierte er als Anwalt, der insbesondere die Rechte von Chinesen verteidigte. Dass er viel von der Welt gesehen hatte, kam ihm dabei zugute.

Wu Tingfangs weitere Karriere sei hier so knapp wie möglich skizziert. Er war in der Politik der Kronkolonie aktiv, vor allem als Berater aufgeschlossener Gouverneure und als erstes chinesisches Mitglied des Legislativrates – eher ein symbolisches als mit Einfluss verbundenes Amt. 1882 wechselte er in den Dienst der Qing-Dynastie und kehrte danach niemals für längere Zeit nach Hongkong zurück. Er war Gesandter in den USA, in Spanien und in Peru, das angesichts zahlreicher chinesischer Arbeitsimmigranten ein diplomatisch wichtiges Land war. Überall hielt er Vorträge, um für China und seine Kultur zu werben und chinesischen «Gastarbeitern» ein freundlicheres Umfeld zu verschaffen.¹⁰ Ähnlich wie Saint-Georges trat er als Mann des Ancien Régime, das allerdings in China in seinen letzten Jahren reformfreudiger war als Ludwig XVI., auf die Seite der Revolution. 1912 war er für kurze Zeit Justizminister in der ersten Regierung der Republik und bemühte sich um die Einführung einer unabhängigen Justiz im neuen konstitutionellen Staatswesen; später war er jeweils für kurze Zeit Außenminister und Ministerpräsident.

Wu Tingfangs Leben verlief weitaus weniger pittoresk und dramatisch als das viel kürzere des Chevalier de Saint-Georges. Er repräsentiert einen Typus, der sich in der Epoche des Übergangs am Ende des 19. Jahrhunderts in Asien und Afrika weit verbreitet findet. Nahezu überall entstanden zahlenmäßig sehr kleine Gruppen und Milieus von kosmopolitischen Vermittlern zwischen den Kulturen.¹¹ Sie folgten einem bürgerlichen Lebenszuschnitt und bewunderten manche Errungenschaften der euro-amerikanischen Zivilisation; am meisten ein Recht, das der Idee nach für alle Mitglieder eines Staatswesens gleichermaßen galt und von autonomen Gerichten verteidigt wurde, sowie die Effizienz von staatlichem Verwaltungshandeln. Sie verkörpern die letzte Generation von Menschen einer Ära der Ancien Régimes vor dem Auftreten eines fordernden, lautstarken und mobilisierenden Nationalismus. Obwohl sie unter rassistischer Diskriminierung und den alltäglichen Demütigungen der kolonialen Situation litten, protestierten sie dagegen nur sanft und mit guten Manieren. In ihnen verschmolzen Gentle-

man-Ideale westlicher und indigener Herkunft. Sie waren keine Advokaten allumfassender Verwestlichung, sondern hofften auf die Harmonisierbarkeit unterschiedlicher Kulturen, die sich gegenseitig respektieren und sich dabei aufeinander zubewegen sollten. Dabei waren sie unweigerlich elitär, vertrauten auf die Macht und Klugheit eines reformierten Staates und pflegten ein patriarchalisches Verhältnis zum «einfachen Volk». Mit dem Eintritt der Massen in die Politik war ihre Rolle ausgespielt. Damit endete auch das 19. Jahrhundert.

Periodisierung

Die Kapitel dieses Bandes behandeln eine Zeit, die ungefähr durch die beiden geschilderten Lebensläufe gerahmt wird.

Warum dieser Zeitausschnitt? Dazu sind einige allgemeine Bemerkungen erforderlich.

Unter Historikern hat sich niemals Einigkeit über den Nutzen und die Notwendigkeit von Periodisierung erzielen lassen. Für die einen sind die meisten Periodisierungsfragen «ein Pseudoproblem und weitgehend irrelevant».¹² Die anderen erklären emphatisch: «Periodisierung ist die methodologische Grundlage der modernen Erforschung der Geschichte.»¹³ Zu welcher theoretischen Lösung des Problems man auch gelangen mag: Wer ein umfangreiches Buch der global angelegten Untersuchung einer bestimmten Periode widmet, muss erklären, warum diese Epoche so und nicht anders aus dem chronologischen Kontinuum abgegrenzt wird. Diese Rechenschaftspflicht wird umso dringlicher, wenn sich das Buch in eine längerfristig angelegte Reihe einfügt, also in Nachbarschaft zu Bänden steht, die frühere und spätere Zeiten behandeln. Die Nahtstellen zwischen den Bänden, so möchte man meinen, sind die besonders tiefen Zäsuren im Geschichtsverlauf, die Wendejahre, die Epochenbrüche, die Daten von radikalem Ende und unerhörtem Neubeginn. Ein langes 19. Jahrhundert durch den Beginn der Französischen Revolution 1789 und den Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 zu begrenzen, wäre eine klassische Umsetzung eines solchen Konzepts. Sie findet sich unzählige Male in der Literatur.

Eine andere Strategie der Periodisierung bevorzugt eher weiche und elastische Umrisse. Sie misstraut der Konstruktion einer Epoche als einer «sinnerfüllten raumzeitlichen Einheit» (Siegfried Kracauer)¹⁴ und bestreitet, dass sich die Geschichte, verstanden als ein evolutionärer Strom, durch Ereignisse säuberlich takten lässt. Unabhängig von aller Geschichtstheorie hat ein solches Konzept auch zwei praktische Nachteile. Zum einen vollzieht sich zwar die Geschichte von «großer» Politik und Krieg meist im Modus von Plötzlichkeit und abrupten Veränderungen, viel weniger aber die Geschichte von Wirtschaftsordnungen, gesellschaftlichen Formationen, Religionen oder künstlerischen Stilen. In all diesen

Bereichen gibt es selbstverständlich zuweilen rasche und komprimierte Schübe und Trendwenden; man denke an die Stiftung des Islam zu Beginn des 7. Jahrhunderts, an Martin Luthers Reformation ziemlich genau neun Jahrhunderte später oder auch an das plötzliche Auftreten des Kubismus in der Malerei im Jahre 1907. Hinter solch spektakulären Ereignissen verbergen sich aber in der Regel kontinuierlicher ablaufende Hintergrundprozesse, die schwierig mit exakten Jahreszahlen zu belegen sind, etwa die Bildung neuer sozialer Milieus oder die Erschöpfung älterer Formen künstlerischen Ausdrucks.

Zum anderen hat es eine weltgeschichtliche Sichtweise in allen Epochen bis hin zur Gegenwart mit einer Vielzahl von Eigenzeiten und lokalen Chronologien zu tun. So etwas wie eine einheitliche Weltzeit, in die sich jede beliebige partikuläre Zeit gewissermaßen per Tabelle umrechnen lässt, gab es bis zum Ende des 19. Jahrhunderts nicht.¹⁵ Auch schuf sich die historische Erinnerung zahlloser Gesellschaften – wenn ihnen denn überhaupt eine solche Erinnerung wichtig war und sie nicht primär in mythischen Denkwelten lebten – ganz unterschiedliche und jeweils spezifische Vergangenheiten. Vor dem 20. Jahrhundert gab es kein einziges Ereignis, das, wie etwa das Ende des Zweiten Weltkriegs 1945, als epochale Veränderung für die ganze Menschheit anerkannt wurde. Was vielen heute als universalgeschichtlicher Durchbruch erscheint, etwa die nordamerikanische Unabhängigkeitserklärung von 1776, in der sich «Erfahrungen und Erkenntnisse von Jahrtausenden» bündelten,¹⁶ entfaltete seine globale Wirkung erst in langwierigen Prozessen der Rezeption und Traditionsbildung.¹⁷ Die vielen Teil-Chronologien auf der Welt lassen sich also nicht addieren oder übereinanderschichten, und ein global gültiges Periodenmuster ergibt sich nicht als arithmetisches Mittel aus solchen begrenzten Temporalitäten.

Aus diesen Gründen empfiehlt sich ein vorsichtiges Herangehen an die Frage weltgeschichtlicher Periodisierung, ein *low-key approach*. Perioden sollten weniger als die Zeitstrecken zwischen sinnbeladenen Superdaten («1789», «1914») verstanden werden denn als Kraftfelder mit variablen Rändern. Eine weltgeschichtliche Periodisierung wird überdies nie ganz die Gefahr vermeiden können, bestimmte regionale Chronologien gewichtiger zu bewerten als andere. Dies sollte keineswegs bedeuten, europäische Epochenvorstellungen naiv dem Rest der Welt überzustülpen; Kategorien wie «Mittelalter» oder «frühe Neuzeit» lassen sich nicht einfach auf außereuropäische Gesellschaften übertragen, es sei denn mit bedeutenden Modifikationen. Andererseits wird sich bei aller Bereitschaft, Peripherien einzubeziehen, die Weltgeschichte nicht von der historischen Erfahrung auf der Osterinsel oder im zentralafrikanischen Regenwald her periodisieren lassen.

Der Band innerhalb der *Geschichte der Welt*, der dem vorliegenden chronologisch vorausgeht,¹⁸ übernimmt weder die übliche Vorstellung von einer «frühen Neuzeit» zwischen 1500 und 1800, noch schließt er sich dem Konzept eines

langen «Alteuropa» an, das den gesamten Zeitraum von 1000 (oder gar 800) bis 1800 umfasst.¹⁹ Vielmehr setzt er im 14. Jahrhundert ein, zur Zeit des Schwarzen Todes und einer folgenreichen geopolitischen Neuordnung in China und Zentralasien. Er lässt die dort entwickelten makroregionalen Geschichten bereits um die Mitte des 18. Jahrhunderts auslaufen, endet also nicht dramatisch mit der Boston Tea Party oder dem Sturm auf die Bastille. Das kalendarische 18. Jahrhundert bildet für die *Geschichte der Welt* mithin eine Zone des chronologischen Übergangs: Es wird als ein janusköpfiges Zeitalter verstanden, das sich ebenso als Ende eines großen historischen Bogens begreifen lässt wie als Inkubationszeit von etwas Neuem, das man meist als «Moderne» bezeichnet.

Zugleich dient uns das 18. Jahrhundert als Experimentierfeld für einen radikalen Wechsel der Darstellungsweise. Spätestens um die Mitte dieses Jahrhunderts hatten die Kontakte zwischen den Kontinenten nach Quantität und Intensität eine Größenordnung erreicht, die es nahelegt, vom Primat einer regionalen Gliederung der Darstellung zum Prinzip einer Verfolgung systematischer Gesichtspunkte rund um den Globus umzuschalten. Bereits im Band *Weltreiche und Weltmeere* wurde Fernkontakten und ihren Rückwirkungen mehr Aufmerksamkeit geschenkt als in den früher üblichen additiven Weltgeschichten, die eine geringe Zahl «großer Zivilisationen» relativ unverbunden nebeneinanderstellten. Der vorliegende Band geht von der Beobachtung aus, dass im 18. Jahrhundert einige großräumige Integrationsschübe zusammentrafen. Dies wird ein Thema in allen Kapiteln des Buches sein, so dass es in dieser Einleitung genügt, beispielhaft nur wenige Aspekte zu nennen: Im Atlantik erreichten die Verschleppung von Sklaven und der Handel mit Waren aus der Plantagenproduktion ihren Höhepunkt. Am Vorabend der europäischen Industrialisierung wurde das mit Sklavenarbeit betriebene Agrobusiness zu einem der beiden wichtigsten Motoren der entstehenden Weltwirtschaft. Der zweite Motor war der maritime Asienhandel, bei dem europäische Chartered Companies und asiatische Kaufleute und Seefahrer zusammenwirkten. Aus den Aktivitäten europäischer Händler in solchen asiatischen Ländern, aus denen sie nicht radikal ausgeschlossen waren (etwa Japan und Vietnam), entstand expansive Kolonialherrschaft: der Briten in Bengalen, der Niederländer in Indonesien außerhalb der wenigen zuvor schon kontrollierten Stützpunkte. Imperial motivierte See-Expeditionen erschlossen die pazifische Inselwelt und banden 1788 mit der Landung der ersten britischen Schiffe in Australien einen bis dahin unbekanntem Kontinent in globale Zusammenhänge ein. 1788/89 lässt sich also eine folgenschwere Koinzidenz von Anfängen feststellen: erstens der Beginn der kolonialen Besiedlung Australiens, zweitens der Ausbruch der Französischen Revolution (die ab 1792 mit den Revolutionskriegen enorme internationale Auswirkungen haben sollte) und drittens die Amtsübernahme des ersten Präsidenten, George Washington, der Beginn der effektiven Staatlichkeit der Vereinigten Staaten von Amerika.

Während die Französische Revolution überwiegend «hausgemacht» war und ihr internationaler Kontext bei der Erklärung ihrer Ursachen eine wichtige, allerdings nicht eine ausschlaggebende Rolle spielt,²⁰ ergab sich die Rebellion von dreizehn nordamerikanischen Kolonien der britischen Krone unmittelbar aus einer Krise transatlantischer Integration. Ohne die Verbreitung von Ideen der europäischen Aufklärung in der Neuen Welt und ohne Versuche der britischen Imperialmacht, ihre Kontrolle in Nordamerika zu festigen, wäre es schwerlich zur Sezession der Kolonisten gekommen; Ähnliches galt für die Unabhängigkeitsbewegung in Lateinamerika kurze Zeit später. Zur gleichen Zeit vollzogen sich großräumige Integrationsprozesse im kontinentalen Eurasien. Das Zarenreich expandierte südwärts in Richtung Schwarzes Meer und trieb zugleich die Erforschung und Kolonisierung Sibiriens voran.²¹ Mit noch größerem militärischem Aufwand unterwarf sich das von der mandschurischen Qing-Dynastie geführte China große Teile Innerasiens, die von Mongolen, Tibetern und muslimischen Volksgruppen bewohnt waren. Als Vielvölkerreich erreichte China in den 1750er Jahren das territoriale Maximum seiner Reichsbildung während der gesamten Kaiserzeit. Entgegen zeittypischen Erwartungen eines allgemeinen «Bellizismus» handelten die beiden expansiven Imperialismen Russlands und Chinas 1727 einen Modus vivendi aus, der bis in die 1850er Jahre halten würde. Der «Pentarchie» der Großmächte Frankreich, England, Russland, Österreich und Preußen im Europa westlich von Moskau entsprach gegen Ende des 18. Jahrhunderts eine mehr oder weniger friedliche Koexistenz von vier Imperien in großen Teilen des kontinentalen Asien: des chinesischen, osmanischen, russländischen und des britischen.

Fügt man zu diesen wirtschaftlichen und territorialen Integrationsvorgängen noch den ideengeschichtlichen Umstand hinzu, dass im Zeitalter der Aufklärung globale Zusammenhänge und universale, über einzelne Religionssphären hinaus gehende Wertbeziehungen zum ersten Mal – vor allem unter dem Stichwort des «Kosmopolitismus» – systematisch gedacht wurden, dann finden sich mehrere Gründe, um zunehmende Verbindungen über große Distanzen hinweg zu diagnostizieren und den Versuch zu unternehmen, einer «lateralen», Querbeziehungen und Vergleiche betonenden Perspektive den Vorrang vor einer Betrachtung aus den Regionen heraus zu geben.²²

Für das Ende unseres Darstellungszeitraums bedarf es solcher Argumente schon nicht mehr. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, als viele Merkmale heutiger Vorstellungen von Globalisierung bereits erkennbar waren (Massenwanderungen, schnelle Telekommunikation, interkontinentaler Handel mit Rohstoffen und Agrarprodukten in großen Mengen, Auslandsinvestitionen, Ferntourismus, grenzüberschreitende Standardisierungen, Ausbreitung politischer Ordnungsvorstellungen wie zum Beispiel des Verfassungsgedankens, Expansion von Weltreligionen, Aufbau globaler Wissenschaftsbeziehungen usw.), legt die Fülle an Verflechtungen eine transnationale und globale Beobachtungsperspektive nahe.

Vom monetären Goldstandard bis zum Aufbau der ersten internationalen Organisationen (man denke an das 1863 gegründete Internationale Komitee vom Roten Kreuz) kristallisierten sich solche Verflechtungen in immer höheren Graden der Institutionalisierung.

Gerade diese Vielzahl und Dichte großräumiger und grenzüberschreitender Verbindungen macht es aber schwierig, ein vereinfachendes Periodisierungskriterium zu gewinnen. Die Mühe, die Historiker damit haben, in diesen Jahren einen Übergang von der Frühgeschichte der Globalisierung zur «eigentlichen» Globalisierung zu entdecken, ist dafür ein anschauliches Beispiel. Spätestens ab der Jahrhundertmitte verbreitete sich nicht nur in Europa ein Gefühl der Beschleunigung und des Aufbruchs in eine «neue Zeit». Man hat von den «globalen 1860er Jahren» gesprochen, als sich in mehreren Teilen der Welt ähnliche Veränderungen abspielten.²³ Ebenso gut kann aber von den globalen 1870ern oder 1880ern die Rede sein. Die 1870er Jahre sind ein besonders guter Beobachtungspunkt, weil mit der Schaffung des Deutschen Reiches 1866–1871 und der Berliner Konferenz von 1878 die (geo-)politische Neuordnung Eurasiens und Nordamerikas (Meiji-Erneuerung in Japan ab 1868, Restauration der Qing-Dynastie nach der Niederlage der Taiping-Rebellion 1864, *Reconstruction* in den USA nach dem Ende des Bürgerkriegs 1865 usw.) zu einem vorläufigen Abschluss kam, die Eroberung und Kolonisierung Afrikas aber noch bevorstand, die 1881/82 begann. Auch war dies das Jahrzehnt der energisch vorangetriebenen Verlegung interkontinentaler Telegraphenkabel und des beginnenden Übergangs kapitalistischer Unternehmensformen vom heroischen Industrie- oder Bankpionier zum überindividuellen Konzern.

Klare Zäsuren sind im raschen Fortgang der Entwicklung schwer zu erkennen und zu markieren. Deshalb verzahnen sich manche Kapitel unseres Bandes mit dem Folgeband *Weltmärkte und Weltkriege 1870–1945*.²⁴ So, wie einige Autoren es dort von der Sache her geboten sahen, weit ins 19. Jahrhundert zurückzugehen, folgen einige unserer Erzählungen einem Sog in die Zukunft. Selbst der beispiellos tiefe Einschnitt, den der von fast niemandem erwartete Beginn eines Krieges zwischen den Massenheeren sämtlicher europäischer Großmächte im August 1914 bedeutete, kappte keineswegs alle langfristigen Entwicklungen. Für die Geschichte von Imperien und Nationalstaaten war es nicht die Dekade der 1870er Jahre und auch nicht der Kriegsausbruch in Europa, die Epoche machten. Erst mit den Nachkriegsregelungen von 1919 bis 1923 kam ein langfristiger imperialer Zyklus an sein Ende.²⁵ Die Logik einzelner Entwicklungslinien sollte nicht in vorgegebene Zeitschemata hineingezwängt werden. Weltgeschichtliche Analyse erzeugt ihre eigenen Temporalitäten. Sie stopft kein Datengewimmel in einen Setzkasten mit vorgefertigten Periodenfächern.

Wege zur Modernität

In den herkömmlichen Darstellungen der Weltgeschichte markiert die Epoche, die in diesem Band behandelt wird, den Übergang zur «modernen» Welt. Dieser Übergang wurde häufig als tiefer Einschnitt verstanden – als Revolution, in einer einflussreichen Lesart sogar als «Doppelrevolution»: Die politisch-kulturelle Transformation, die von der Französischen Revolution eingeleitet wurde, habe gemeinsam mit dem materiell-ökonomischen Einschnitt, den die industrielle Revolution mit sich brachte, die Moderne eingeläutet.²⁶ Damit wurde – zunächst in Westeuropa und Nordamerika, dann allmählich in anderen Teilen der Welt – ein Standard etabliert, an dem sich andere Gesellschaften orientierten und abarbeiteten. Gemäß dieser Lesart bestand die Logik der Weltgeschichte fortan in einer Serie von Transformationen, in denen die Ergebnisse der französisch-englischen Doppelrevolution nachgeholt wurden: beispielsweise die allerdings weitgehend erfolglosen Revolutionen von 1848/49 auf dem europäischen Kontinent, die Meiji-Restauration in Japan 1868, die Reformversuche und Reformen in China 1898 und dann wieder ab 1905, allesamt sozusagen Wiederaufführungen der Französischen Revolution. Das Ergebnis war ein Bild der Moderne als einer Epoche, die sich von Ort zu Ort zu unterschiedlichen Zeitpunkten einstellte und im Wesentlichen innerhalb von einzelnen Gesellschaften realisiert wurde, auch wenn Vorbildwirkung und imperialer Druck stets eine Rolle spielten.

Die hier sehr schematisch skizzierte Modernisierungstheorie der Weltgeschichte ist längst in die Kritik geraten. Es ist deutlich geworden, dass die Vorstellung einer einheitlichen Liste von Merkmalen, die in der Summe und unter allen möglichen Bedingungen eine moderne Gesellschaft definieren, die Realität nicht trifft. Auch die folgenden Kapitel zeigen, dass die Annahme einer Teleologie der Modernisierung – vor allem der Übergang von Imperien zu Nationalstaaten, die Verschiebung gesellschaftlicher Macht von der Aristokratie zum Bürgertum, die Herausbildung der Kernfamilie, die Zurückdrängung von Religion in zunehmend säkularisierten Gesellschaften – der Wirklichkeit des 19. Jahrhunderts nur wenig entspricht. Ein so verstandener Begriff von «Moderne» – als Übergang von einfach strukturierten «traditionalen» zu ausdifferenzierten «modernen» Gesellschaften – hat als analytisches Instrument ausgedient.²⁷

Dessen ungeachtet waren viele Zeitgenossen im 19. Jahrhundert überzeugt, Zeugen grundlegender Veränderungen zu sein: Die Welt wandelte sich, und sie schien sich so grundlegend zu erneuern, dass der Eindruck eines Epochenbruchs weit verbreitet war. Zwar war das Substantiv «Moderne» lange Zeit nicht üblich; die Wortschöpfung fällt erst in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts.²⁸ Verantwortlich für den Neologismus war der französische Dichter Charles Baudelaire (1821–1867). Mit *la modernité* bezeichnete er die vorübergehende, vergängliche Erfahrung des urbanen Lebens und brachte damit ein Zeitverständnis zum Aus-

druck, das von einer tiefen Zäsur zwischen Vergangenheit und Zukunft geprägt war. Aber lange vor Baudelaire und lange vor der Kanonisierung «der Moderne» – in Deutschland fand der Begriff 1895 erstmals Eingang in die *Brockhaus-Enzyklopädie* – war für viele Zeitgenossen der Bezug auf die moderne Welt als Alltagserfahrung allgegenwärtig.²⁹

Modern zu sein war also eine Vorstellung der Akteure, ein Begriff der Selbstverständigung. Und mehr noch: Es handelte sich um einen Begriff, mit dem man Ansprüche anmelden konnte. Ein Modernitätsvorsprung konnte etwa die gesellschaftliche Vorrangstellung von Protestanten gegenüber Katholiken begründen, die Durchsetzung von Natur- und Ingenieurwissenschaften gegenüber dem humanistischen Bildungskanon, die Abschaffung der chinesischen Beamtenprüfungen oder auch die ägyptische Militärexpansion nach Süden in den Sudan. Der Begriff wurde ebenso zur Abgrenzung von früheren Epochen verwendet wie zur Distanzierung von gesellschaftlichen Gruppen, die als überholt und rückständig betrachtet wurden – innerhalb der eigenen Gesellschaft und darüber hinaus. Orte und Institutionen wurden eingerichtet, die das Moderne verkörpern und für die individuelle Erfahrung zugänglich sein sollten: das Museum, der Bahnhof, das Kaufhaus. Kolonialregierungen schufen Modelldörfer mit dem Ziel, der kolonisierten Bevölkerung die Vorteile von Steinhäusern, Schulen und öffentlicher Gesundheit augenfällig zu machen. In Tomioka, hundert Kilometer nordwestlich von Tokio, richtete die japanische Regierung 1872 eine Modell-Fabrik ein, welche die geordnete, disziplinierte moderne Seidenfabrikation vorführte. Der chinesische Beamtengelehrte, konservative Reformler und Unternehmer Zhang Jian machte um die Jahrhundertwende die Stadt Nantong im Yangzi-Delta zu einer Modellstadt mit modernen Fabriken, einem Theater, Sportplätzen und Parks.³⁰

Auch wenn die sozialwissenschaftliche Modernisierungstheorie mit ihren Annahmen über Entwicklungsrichtung, Verlaufsformen und die funktionale Interdependenz verschiedener Wirklichkeitsbereiche überholt ist, so ließen sich die historischen Akteure doch von ihren eigenen Vorstellungen von Modernisierung leiten.³¹ Wenn man will, kann man die Reformdebatten, die sich vor dem Hintergrund tiefer gesellschaftlicher Krisen durch das 19. Jahrhundert zogen, als Formen von zeitgenössischen Modernisierungstheorien lesen. Musste ein modernes Land ein Parlament haben, demokratische Wahlen, eine Verfassung? Konnte man bei der Veränderung des eigenen Landes durch Anleihen von außen frei auswählen – die Banken aus Belgien, die Organisation des Heeres aus Preußen, Justizwesen und Gesetze aus Frankreich, die Ordnung der Arbeitsverhältnisse aus Japan? Waren wirtschaftlicher Aufschwung und militärische Stärke ohne kulturellen Wandel zu haben? Ließ sich eine Gesellschaft an moderne Zeiten anpassen, ohne das Christentum und den im Westen vorherrschenden Individualismus zu übernehmen? Fast überall entzündete sich eine heftige Debatte über die Frage, wie viel Eigenes die modernisierenden Reformen überleben würde; ob, wie Protas-

gonisten der chinesischen Selbststärkungsbewegung in den 1860er bis 1880er Jahren postulierten, eine strikte Trennung zwischen chinesischen kulturellen Normen und Werten auf der einen, westlichem Anwendungswissen auf der anderen Seite eine sinnvolle Strategie sein könne.

Wenn man die zahlreichen Diskussionen über politische und soziale Reformen ab dem späten 18. Jahrhundert Revue passieren lässt, ergibt sich ein Panorama von Moderne-Entwürfen. Die Reformprojekte waren das Werk von Aktivisten der Modernisierung, die ihre Gesellschaften umgestalten und an die moderne Welt anpassen wollten. Ob nun Rammohan Roy in Bengalen, Rifa'a al-Tahtawi in Ägypten, Fukuzawa Yukichi in Japan oder Yu Kilchun in Korea: Häufig traten sie als Pädagogen ihrer Nation auf, als Lehrmeister, die den hegemonialen Zivilisierungsdiskurs auf ihre eigenen Landsleute übertrugen. Der ägyptische Bauer sei «dumm wie ein Esel an einem Wasserrad, der Schritt für Schritt langsam vor sich hin trottet», befand Quasim Amin, ägyptischer Nationalist und einer der Gründer der Universität in Kairo.³² Die selbsternannten Reformen hatten alle Hände voll zu tun. Die Diskussionen waren von Ort zu Ort verschieden und setzten auf je unterschiedlichen lokalen Bedingungen auf. Sie waren überdies nirgendwo einheitlich, sondern der Gegenstand von heftigen Auseinandersetzungen und Konflikten, die sich an fast jedem beliebigen Punkt entzünden konnten: Über den Verzehr von Schweinefleisch, die Einführung von Schulen für Mädchen und Frauen oder die angemessene Haartracht wurde ebenso kontrovers gestritten wie über die Höhe von Zolltarifen oder die Koppelung des Wahlrechts an Grundbesitz.

Diese Debatten fanden nicht gleichzeitig statt; sie entstanden in Momenten, in denen lokale gesellschaftliche Krisen durch die Anbindung an globale Prozesse eine zusätzliche Dringlichkeit erhielten. Sie setzten daher in Bengalen oder in Ägypten sehr viel früher ein als etwa auf den Philippinen oder in Korea, wo die Herausforderungen, die mit der Ausweitung imperialer Herrschaft und kapitalistischer Produktion einhergingen, sich erst am Ende des 19. Jahrhunderts stellten. Die Debatten sahen auch jeweils anders aus und hatten andere Schwerpunkte, nicht zuletzt, weil sich die Akteure auf andere Vorbilder beziehen konnten und die zur Verfügung stehenden Modelle mit der Zeit wechselten. Wer zu Beginn des 19. Jahrhunderts auf England und Frankreich geschaut hatte, orientierte sich nach 1870 vielleicht an Preußen-Deutschland oder nach 1895 an Japan.

Die Auseinandersetzungen über die Anpassung an die moderne Welt fanden mithin nicht gleichzeitig statt, aber doch unter Bedingungen der Gleichzeitigkeit. Das mag paradox klingen – aber es besagt im Kern, dass Reformvorhaben von Akteuren initiiert wurden, die global dachten und sich an anderen Gesellschaften ihrer Zeit orientierten. In der Tat ist auffällig, wie sehr die Urteile darüber, was jeweils als modern zu gelten hatte und was als rückständig, von dem Blick über die Grenzen und der Einordnung in globale Zusammenhänge geprägt waren. Man sollte den Gegensatz nicht überstrapazieren; auch im 19. Jahrhundert wur-

den politische und soziale Veränderungen häufig als Rückkehr zu goldenen Zeiten, als Wiederaneignung einer verlorenen gegangenen Klassik interpretiert. Aber insgesamt hatte sich das Muster der Legitimierung verändert: Im Vordergrund standen nicht mehr, wie in vormodernen Gesellschaften üblich, der Bezug zur je eigenen Vorgeschichte und die Lehren aus der eigenen Vergangenheit, sondern der Vergleich mit Anderen und die Ausrichtung an geopolitischen Realitäten der Gegenwart.

Während die klassischen Theorien der Moderne einen Parcours von Entwicklungsstadien nahelegen, den Gesellschaften durchlaufen müssen, erschien die moderne Welt vielen Reformern im 19. Jahrhundert eher als zusammenhängendes Ganzes, als ein Zustand, an dem sie sich abarbeiten mussten. Diese moderne Welt war asymmetrisch und nicht überall gleich, aber man konnte ihr nicht entkommen; sie war die Bedingung, unter denen Akteure operierten, ob sie es wollten oder nicht. Die Hinwendung zum Raum (*spatial turn*), die Sozialwissenschaftler am Ende des 20. Jahrhunderts vollzogen, d. h. die Betonung von gleichzeitig im Raum wirksamen Faktoren anstelle interner Entwicklungen, wurde von vielen Akteuren im 19. Jahrhundert in ihrer täglichen Praxis bereits vorausgesetzt. Das Gefühl der Dringlichkeit, wenn es darum ging, Gesellschaften zu verändern und an neue Herausforderungen anzupassen, speiste sich meist aus dem globalen Bewusstsein der Akteure. Es war gerade der Eindruck globaler Gleichzeitigkeit, der nahelegte, dass keine Zeit zu verlieren sei.³³

Zeitgenössische Narrative globaler Veränderung

Dabei herrschte keineswegs Einigkeit darüber, wie sich die Herausbildung von globaler Gleichzeitigkeit sowie von weltweit wirksamen Standards und Normen erklären ließ – und was jeweils daraus folgte. Zeitgenössisch fanden sich zahlreiche unterschiedliche Deutungsmuster, die nicht selten ideologisch aufgeladen waren und als Waffe in politischen Auseinandersetzungen dienen konnten. Viele von ihnen betrachteten die Herausbildung moderner Gesellschaften und einer zunehmend integrierten, globalisierten Welt als parallele und zusammengehörende Prozesse.³⁴ Mit etwas Willen zur Verallgemeinerung lassen sie sich auf zwei zentrale Erklärungsangebote zurückführen, die im 19. Jahrhundert miteinander konkurrierten und die sich zugleich auf vielen Ebenen überlagerten und ergänzten: einerseits die Wege in die Moderne als Aushandlung von Eigenem und Fremden, und andererseits die Vorstellung von einem gerichteten, alle Gesellschaften zwangsläufig erreichenden Zeitpfeil.³⁵

Das erste zentrale Deutungsmuster – die Gegenüberstellung von Eigenem und Fremdem – war fast überall ein grundlegendes Element der Auseinandersetzungen

über gesellschaftliche Entwicklung. Der Eintritt in die moderne Welt wurde als zum Teil schmerzhafter Prozess der Ablösung von eigenen Traditionen, partiell auch als Überformung durch eine fremde Kultur wahrgenommen. Die Diskussion darüber konnte unterschiedliche Formen annehmen, von denen die Dichotomie zwischen Ost und West im 19. Jahrhundert die einflussreichste war. Dieses Muster fand sich auch in Europa und Nordamerika, wengleich die Ost-West-Logik dort meist implizit blieb. Viele Beobachter setzten die Herausbildung der modernen Welt mit der Ausbreitung westlicher Errungenschaften gleich. Eine berühmte Zeitdiagnose stammte von Max Weber (1864–1920), der um die Wende zum 20. Jahrhundert «den spezifisch gearteten ›Rationalismus‹ der okzidentalischen Kultur» für die grundlegende Umgestaltung moderner Gesellschaften verantwortlich machte. Insbesondere die Absage an traditionelle, mythisch oder religiös abgestützte Weltdeutungen – Immanuel Kants (1724–1804) «Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit»³⁶ – und die Durchsetzung kapitalistischer Produktionsformen, die von einer entsprechenden Kultur ermöglicht und untermauert wurde, galten ihm als Ergebnisse der euro-amerikanischen Geschichte.³⁷ Diese Sicht auf die Herausbildung der modernen Welt als Alleingang Euro-Amerikas war auch der Kern der unterschiedlichen Zivilisierungstheorien, mit denen die europäischen Mächte ihre koloniale Expansion rechtfertigten. Europäische Administratoren griffen daher in die lokale Kultur und soziale Ordnung ein, um Praktiken zu eliminieren – Polygamie, Witwenverbrennung, gemischte Bäder, Rundhütten usw. –, die mit einer modernen Ordnung nicht kompatibel zu sein schienen. Der Zivilisierungsdiskurs wurde so zu einem Programm mit allgemeingültigem Anspruch, der nicht zuletzt deshalb so einflussreich war, weil er sowohl das Verhältnis zwischen Staaten beschreiben konnte als auch die Hierarchien innerhalb von Gesellschaften erklärte und legitimierte.³⁸

Der Diskurs der Zivilisierung war eine Selbstausslegung und Stilisierung des «Westens», aber nicht nur das: Die zahlreichen Europareisen von Monarchen und Mitgliedern regierender Häuser – von Ahmad Bey aus Tunis, der 1846 nach Paris reiste, bis hin zur Englandreise des japanischen Prinzen Komatsu Akihito im Jahre 1901 – legen Zeugnis dafür ab, dass die Faszination durch moderne Institutionen und Technologien nicht nur europäische Autosuggestion war. Der iranische Schah Nasir al-Din sah das Ziel seiner Deutschlandreise 1878 im «Sammeln all der Informationen und der Erfahrungen, die für die iranische Regierung und Nation von Bedeutung sein können».³⁹ Die japanische Regierung begab sich von 1871 bis 1873 für anderthalb Jahre in die Vereinigten Staaten und nach Europa, um die Orte der Moderne – von Schulen, Krankenhäusern und Fabriken bis hin zu Theatern und Kurorten, aber auch das Gefängnis in Berlin-Moabit – in Augenschein zu nehmen.⁴⁰

Vor allem in Asien wurde die Begegnung mit dem modernen Euro-Amerika in Form einer Gegenüberstellung von Ost und West kognitiv verarbeitet. Der bekann-

teste Vertreter einer solch binären Sicht war der bengalische Dichter Rabindranath Tagore (1861–1941). Seine Kontrastierung eines materialistischen Westens und eines spirituell-geistigen Orients traf den Zeitgeist des späten 19. Jahrhunderts und machte ihn zu einem frühen kulturellen Weltstar, der bei seinen Reisen nach China, Japan und Südostasien ebenso von einem großen Publikum empfangen wurde wie in den Vereinigten Staaten oder in Europa. Aber jede Gesellschaft hatte ihre eigenen Tagores, die den Schock des Neuen in eine Sprache kleideten, die Moderne als Invasion erscheinen ließ.

Dabei war die binäre Aufteilung der Welt in «Ost» und «West» zunächst nicht mehr als ein kategorialer Rahmen. Wie diese Dichotomie mit Bedeutung gefüllt wurde, hing ganz von der Position und Agenda der Sprecher ab. Eine prominente Lesart setzte den Westen einfach mit Moderne gleich und degradierte alles andere zur überkommenen Tradition. «Ost vs. West» stand dann im Kern für «alt vs. neu». Eine zweite Strategie weigerte sich, pauschal eine Überlegenheit des Westens anzuerkennen. Tagore etwa setzte auf die Ergänzung und gegenseitige Befruchtung zwischen West und Ost und nahm an, dass keine Seite ohne die andere auskommen könne. Die von ihm gegründete Visva Bharati-Universität im bengalischen Santiniketan drückte die Komplementarität bereits in ihrem Namen («Gemeinschaft der Welt mit Indien») aus. Auch diese Sicht war weit verbreitet – selbst in Euro-Amerika, wo im Zeichen der Zivilisationskritik der Blick nach Asien empfohlen wurde, als «höchst willkommenes Korrektiv, um unser inneres Leben perfekter, vollständiger, universaler, in der Tat wahrhaftig menschlicher zu machen».⁴¹

Daneben gab es auch eine dritte Deutung der Gegenüberstellung von Eigenem und Fremden, die vor einer zu weit gehenden Nachahmung Europas oder der Vereinigten Staaten warnte. Ihre Vertreter gingen nicht von der Überlegenheit des westlichen Modells aus, sondern betonten die kulturellen und sozialen Kosten, die mit einer Orientierung an Euro-Amerika einhergingen: Moderne nicht als Versprechen, sondern als Zumutung. Aus dieser Sicht waren die Modernisierungsvorhaben kolonialer Regierungen oder lokaler Reformparteien kein Fortschritt, sondern standen für die Verdrängung sozialer Einrichtungen und kultureller Wertordnungen. Häufig wurde der Protest gegen Verwestlichung als eine Kritik an der Verdrängung kultureller Raffinesse durch moderne Technologie und materiell-militärische Überlegenheit formuliert. «Der durchschnittliche Mensch aus dem Westen war es gewohnt, Japan als barbarisch zu betrachten, solange es sich in die sanften Künste des Friedens vertiefte. Seit es damit begann, auf den Schlachtfeldern der Mandschurei im großen Stil Gemetzel anzurichten, nennt er es zivilisiert», klagte der japanische Philosoph Okakura Tenshin (1862–1913) um die Jahrhundertwende. «Wie gern würden wir Barbaren bleiben, wenn unser Anspruch auf Zivilisation auf dem grausigen Ruhm des Krieges beruhte. Wie gern würden wir den Moment abwarten, wenn auch unserer Kunst und unseren Idealen angemessener Respekt gezollt wird.»⁴²

In diesen Ansätzen wurden die späteren Positionen der *postcolonial studies* zum Teil vorweggenommen. Im ausgehenden 19. Jahrhundert entwickelten indische Historiker wie Dadabhai Naoroji, Mahadev Govind Ranade oder Romesh Chunder Dutt einflussreiche Theorien der De-Industrialisierung Indiens als Folge kolonialer Herrschaft. Wenig später propagierte auch Mohandas Karamchand («Mahatma») Gandhi (1869–1948) kulturellen Widerstand gegen westlichen Imperialismus und gegen das Denken in Kategorien einer universalen «Zivilisierung». Aus seiner Sicht waren es gerade die Eingriffe der Briten in Südasien, die zum Niedergang der indischen Kultur und Gesellschaft beigetragen hatten. In dieser Interpretation waren moderne Institutionen und Werte das Ergebnis einer kulturellen Überformung, die gepaart mit wirtschaftlicher Ausbeutung den Niedergang nichtwestlicher Ordnungen und Lebensweisen mit sich bringen mussten.⁴³

Das zweite zentrale Deutungsmuster, mit dem die Zeitgenossen im 19. Jahrhundert den Aufbruch in die moderne Welt interpretierten, war die Erzählung vom Fortschritt. Anders als die Gegenüberstellung von Eigenem und Fremden basierte dieses Narrativ auf der Annahme einer universalen Entwicklung, die nicht der alleinige Besitz einer bestimmten Kultur oder Gesellschaft sei. Während das Ost-West-Paradigma die Welt als Nebeneinander diverser Kulturen verstand und mithin von unterschiedlichen Räumen ausging, vertraute das Narrativ des Fortschritts auf ein Vokabular der Zeitlichkeit: Pioniere und Nachzügler, Zeitunterschiede, Rückständigkeit.

Schon das war neu: Die Abgrenzung von der Vergangenheit war ein Signum der Moderne-Vorstellung, die sich seit dem 19. Jahrhundert durchsetzte. Noch um die Mitte des 18. Jahrhunderts ging der deutsche Altertumsforscher Johann Joachim Winckelmann (1717–1768) davon aus, dass die Nachahmung der Antike «der einzige Weg für uns sei, groß, ja wenn es möglich ist, unnachahmlich zu werden».⁴⁴ Wenige Jahrzehnte später war dieser Verweis auf das antike Vorbild kaum mehr üblich: Wenn Zeitgenossen von modernen Gesellschaften sprachen, dann war damit zunächst vor allem eine zeitliche Kluft gemeint: die Abgrenzung vom Alten, vom Überkommenen, von Zeiten, die nun im Rückblick unbeweglich und statisch erschienen. Der japanische Philosoph Fukuzawa Yukichi sprach vom Übergang des traditionellen zum modernen Japan als «Verwandlung von Feuer in Wasser», so groß schien die Kluft zwischen damals und heute.⁴⁵

Häufig war das eine Fiktion, zumindest eine Stilisierung: Je größer die Distanz zu früheren Epochen erschien, desto klarer ließ sich die Modernität der jeweiligen Gegenwart profilieren. «Modern» war mithin zunächst ein Zeitbegriff, der nahelegte, dass Entwicklung dynamisch war und die Zukunft sich grundlegend von der Vergangenheit unterschied.⁴⁶ Überhaupt war die Vorstellung von der modernen Welt eng an eine neue Zeiterfahrung geknüpft und wurde mit Tempo und Beschleunigung assoziiert. Die technologische Entwicklung – das Dampfschiff, die Eisenbahn, die Rikscha, der Telegraph – schien dem gesellschaftlichen

Leben bis hin zum städtischen Alltag einen neuen, immer schneller getakteten Rhythmus aufzuprägen. Dieser Eindruck korrespondierte mit der weit verbreiteten Überzeugung, gesellschaftlichen Wandel von ungeahnter Tragweite zu erleben, der sich in atemberaubendem Tempo vollzog. Wer da zu spät kam, der konnte den Rückstand kaum noch aufholen. Um zum modernen Westen aufzuschließen, sei es nötig, den Sonntag abzuschaffen, forderten reformorientierte Kreise in Japan in den 1870er Jahren. Denn «selbst wenn wir jetzt die Menschen dazu bringen, Tag und Nacht zu rennen, werden wir den Westen nicht in weniger als ein paar Jahrzehnten überholen. Und wenn das so ist, um wieviel länger wird es dauern, wenn sie jede Woche einen ganzen Tag verschwenden?»⁴⁷ Die Sorge vor dem Zurückbleiben, vor dem Zuspätkommen bewirkte ein Gefühl der Dringlichkeit, das man den Äußerungen vieler Reformer, von Valparaíso bis Hanoi, entnehmen kann.

«Modern» als Zeitbegriff diente zugleich dazu, die Welt zu ordnen und in eine zeitliche Abfolge zu überführen. So schrieb der anglo-irische Philosoph und Parlamentarier Edmund Burke (1729–1797) in einem Brief an den schottischen Historiker William Robertson (1721–1793) im Jahr 1777: «Die große Landkarte der Menschheit liegt jetzt vor uns ausgebreitet; und es gibt kein Stadium und keine Schattierung der Barbarei, und keine Form der Kultiviertheit, die wir nicht im selben Moment vor Augen haben. Die so ganz anderen Umgangsformen in Europa und China; die Barbarei in Persien und Abessinien; die unberechenbaren Verhaltensweisen in der Tatarei und in Arabien; der wilde Zustand in Nordamerika und in Neuseeland.»⁴⁸ Modern und zivilisiert zu sein wurde zu einem Maßstab, an dem sich eine globale Ordnung orientieren konnte. Dieses evolutionäre Zeitverständnis verbreitete sich nach und nach im Laufe des 19. Jahrhunderts. «Je weiter man zurückblickt», erläuterte der ägyptische Übersetzer und Reformier Rifa'a al-Tahtawi, der die Jahre 1826 bis 1831 in Frankreich verbracht hatte, «desto deutlicher sieht man die Rückständigkeit des Menschen in Bezug auf Fleiß und Kultur. Je weiter nach vorne man jedoch blickt, desto deutlicher werden Fortschritt und Weiterentwicklung. Dieser Fortschritt kann in Stufen gemessen werden, indem man die Entfernung von oder Nähe zu dem primitiven Zustand misst. In diesem Sinne kann die gesamte Menschheit in unterschiedliche Stufen aufgeteilt werden.»⁴⁹

In dieser Wahrnehmung stand die moderne Welt für die Überwindung alles Althergebrachten und Obsoleten, als Aufbruch in die Zukunft, dem sich keine Gesellschaft entziehen konnte. Die modernen Institutionen und Deutungsmuster – etwa politische Partizipation, Rechtsstaatlichkeit oder eine nichttranszendente, naturwissenschaftliche Weltsicht – wurden dann nicht als Import oder Invasion von außen betrachtet, sondern in erster Linie als Entwicklungschance, die jeder Gesellschaft gleichermaßen offenstand. An vielen Orten begannen Reformer damit, das «Neue» zu feiern und die Ablösung von Traditionen im Interesse nationaler Erneuer-

erung einzufordern. In den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts wurde etwa in China das Wort *xin* (neu) geradezu inflationär gebraucht.⁵⁰

In reformerischen Zirkeln verbreitete sich die Vorstellung von der Universalität der Moderne auch über Europa und die Vereinigten Staaten von Amerika hinaus.⁵¹ Aber selbst wenn sich die beiden zentralen Deutungsmuster – Moderne als fremd versus Moderne als neu – in der Theorie diametral entgegenstanden, überlagerten sie sich in der Praxis doch häufig und ergänzten sich. Auch diejenigen, die die Herausbildung einer modernen Gesellschaft als Etappe auf einem vorwärtsgerichteten Zeitpfeil interpretierten, suchten nach Inspiration und den geeigneten Ingredienzien dafür – und zwar sowohl in den eigenen Traditionen als auch andernorts. Al-Tahtawi etwa war überzeugt, dass all das, was ihm an der französischen Gesellschaft wertvoll und nachahmenswert erschien, sich auch in islamischen Traditionen finden ließ. Das Konzept der Freiheit beispielsweise entspreche der Betonung von Gerechtigkeit (*adl*) und Unparteilichkeit (*insaf*) im klassischen muslimischen Denken.⁵²

Obwohl immer wieder an die Verbindung mit eigenen oder fremden Traditionen angeknüpft wurde, bedeutete das Zeitpfeil-Modell eine Weigerung, in starren und unveränderlichen Kategorien von Ost versus West zu denken. Zwar konnten westeuropäische Gesellschaften im Moment für den Fortschritt stehen, aber das würde nicht notwendigerweise für immer so bleiben. Frankreich mochte die wissenschaftlichen Errungenschaften parat haben, mit denen eine moderne Zivilisation auch für Ägypten zu erreichen war, jedoch war in den Augen al-Tahtawis das wissenschaftliche Wissen nur ein Mittel, um Ägyptens verlorene Größe wiederzugewinnen; schließlich war die arabische Welt lange Zeit der Lehrmeister Europas gewesen, wenn es um die Wissenschaften ging.⁵³

Andere gingen noch weiter in ihrem Beharren auf geographisch-kulturell neutralen Wegen in die Moderne. Um ein Beispiel aus dem 20. Jahrhundert zu nennen: Als der indische Sozialwissenschaftler Benoy Kumar Sarkar im Jahr 1922 an der Berliner Universität einen öffentlichen Vortrag hielt, versicherte er: «Ich bin nicht hier, um Ihnen zu raten, dass Deutschland die Lehre der Natur aus Indien oder dem Orient übernehmen sollte.» Sarkar trat hier also nicht als Neuaufgabe von Tagore auf, sondern als sein Antipode: «Ich bin hier, um der Welt zu verkünden, dass eine Reform der Sozialwissenschaften nur möglich ist, wenn [...] Gleichberechtigung als erstes Postulat aller (sozial)wissenschaftlichen Untersuchungen anerkannt wird.»⁵⁴ Dies war eine Absage an eine ontologische Unterscheidung von Orient und Okzident, eine Absage an die Ost-West-Matrix, die Tagore nicht nur in Indien, sondern auch in Europa populär gemacht hatte. Für Sarkar ging es stattdessen um ein Gespräch über alternative Entwürfe einer ökonomischen, politischen und kulturellen Ordnung der Welt.⁵⁵

Damit stand Sarkar nicht allein. Wenige Jahre zuvor hatte sich der japanische Christ Ebina Danjô ebenfalls gegen Tagore und das Ost-West-Paradigma ge-

wandt. «Die prägenden Entwicklungen der heutigen Zeit werden durch den Einfluss von Kultur und Zivilisation bestimmt, die die Welt Tag für Tag verändern. [...] Es ist deshalb falsch, Kultur und Zivilisation in zwei Teile – Ost und West – zu spalten. Man sollte Kultur und Zivilisation vielmehr in Alt und Neu einteilen.»⁵⁶ Und auch der panislamische Gelehrte Jamal ad-Din Al-Afghani (1838/39–1897) setzte sich dezidiert von einer Weltsicht ab, die die Moderne mit bestimmten kulturellen Traditionen gleichsetzte: «Die Engländer haben Afghanistan erreicht, die Franzosen Tunesien besetzt. Tatsächlich jedoch waren Usurpation, Aggression und Eroberung nicht das Werk der Engländer oder Franzosen. Vielmehr war es die Wissenschaft, die überall ihre Größe und Macht zur Geltung bringt. Die Unwissenheit konnte nicht anders, als sich demütig der Wissenschaft zu unterwerfen und ihre Unterordnung anzuerkennen. In Wahrheit hat die Macht noch nie den Wohnsitz der Wissenschaft verlassen. Jedoch verändert dieser wahre aller Herrscher ständig seine Hauptstadt. In manchen Zeiten zog er von Ost nach West, in anderen von West nach Ost.»⁵⁷

Die beiden zentralen Erklärungsmuster – Ost/West und alt/neu – waren jeweils Diskurse, mit denen Akteure auf die Herausforderung zunehmender globaler Verflechtung reagierten und die damit verbundenen rasanten Veränderungen verständlich machten. Sie wussten, dass man sich der modernen Welt nicht einfach entziehen kann, selbst wenn man sich gegen einige Aspekte, die mit ihr verbunden zu sein scheinen, zur Wehr setzt. Politischer und sozialer Wandel, davon gingen die meisten Reformer aus, waren im späten 19. Jahrhundert Teil weltweiter Zusammenhänge. Die Wege in die moderne Welt, geprägt von staatlicher Konsolidierung und Territorialisierung, dem Eintritt der Massen in Öffentlichkeit und Politik, industriell-kapitalistischer Produktion und globalen Handelsströmen, waren zwar nicht identisch und außerdem stark asymmetrisch, sie konnten aber auch nicht unabhängig voneinander beschritten werden.

Zu diesem Band

Weltgeschichten bringen Weltgeschichten hervor. Das Genre generiert seine eigenen Besonderheiten und betont den globalen Charakter der Vergangenheit. Internationale Beziehungen, Regionen, übergreifender Austausch und die Entfaltung globaler Bewusstseinsformen rücken in den Vordergrund. Eine solche Perspektivierung, nicht die Kompilation von Daten und Fakten aus allen Teilen der Erde ist von Weltgeschichtsschreibung zu erwarten. Eine nebeneinandergereihte Abfolge von lokalen und nationalen Entwicklungen findet man ohnehin in einem großen Teil der herkömmlichen Historiographie, der sich auf jeweils eine Nation oder Großregion beschränkt. Der Anspruch des vorliegenden Bandes – wie des Gesamtwerks *Geschichte der Welt*

überhaupt – liegt darin, die Querverstrebungen und Kontaktstellen sichtbar zu machen, die sich den gewohnten Darstellungen entziehen.

Die Kapitel dieses Bandes interessieren sich für globale Verflechtung: die weltumspannende Integration von Märkten, die Entstehung transnationaler Gruppen und politischer Bewegungen, die grenzüberschreitende Mobilität, die großen Imperien und ihre weitgespannten Netze territorialer Besitzungen, die kulturellen Anleihen und Übersetzungsprozesse. Dabei ist die Aufmerksamkeit für Vernetzung nicht allein dem retrospektiven und auf eigene Weise teleologischen Blick geschuldet, der angesichts der gegenwärtigen Globalisierung nach früheren Formen und Vorläufern (und auch nach alternativen Mustern und Logiken) sucht. Vielmehr teilten schon die Zeitgenossen die Auffassung – mal euphorisch, mal voller Sorge –, dass die Welt immer stärker zusammenrücke.

Der Arzt und zionistische Politiker Max Nordau (1849–1923) etwa warnte 1892 vor den Problemen, welche die immer engere Kommunikation mit sich bringe. «Der letzte Dorfbewohner», so sein alarmierter Eindruck, «nimmt [...] neugierig verfolgend und empfangend an tausend Ereignissen theil, die sich auf allen Punkten der Erde zutragen.»⁵⁸ W. E. B. Du Bois (1868–1963) hingegen, ein afroamerikanischer Soziologe, Publizist und Bürgerrechtler, feierte 1898 die globale Vernetzung als neues Stadium der Menschheitsgeschichte: «Auf unserm Frühstückstisch liegen jeden Morgen die Mühen Europas, Asiens, Afrikas und der Inseln der Meere; wir säen und nähren für unbekannte Millionen, und unzählige Menschen weben und pflanzen für uns; wir haben die Welt verkleinert und zugleich das Leben erweitert, indem wir Distanz zunichtemachten und die menschliche Stimme und die Sterne vergrößerten, Nation an Nation banden – sodass es heute nun erstmals in der Geschichte nur einen einzigen Standard menschlicher Kultur gibt, in New York ebenso wie in London, in Kapstadt ebenso wie in Paris, in Bombay ebenso wie in Berlin.»⁵⁹

An diesen zeitgenössischen Diagnosen war etwas dran – und zugleich waren sie deutlich übertrieben. Die Distanz war selbst für diejenigen, die sich Fahrten mit dem Dampfschiff und die Versendung von Nachrichten mit dem Telegraphen leisten konnten, keineswegs «vernichtet» – und noch viel weniger für jene weit größeren Teile der Bevölkerung, die ihr Leben im Wesentlichen an Ort und Stelle verbrachten und keine globalen Lebensläufe aufbauten. Wenn es in *Meyers Konversationslexikon* im Jahr 1890 hieß, eine «Reise um den ganzen Erdball» gehöre mittlerweile «zu den alltäglichen Vorkommnissen», dann war das stark einseitig formuliert.⁶⁰ Der Schock des Globalen ließ die transnationalen Netzwerke und Verbindungen relevanter und unausweichlicher erscheinen, als sie es tatsächlich waren. *Connectivity* war schon im 19. Jahrhundert eine Ideologie, und Mobilität bzw. Vernetzung galt als Ausweis individueller Modernität.

In gewisser Weise besteht die Gefahr der Überzeichnung globaler Vernetzung auch für die Geschichtsschreibung. Globalhistoriker sind fasziniert, wenn auch

nicht unbedingt begeistert, von den großen Imperien, den weitgespannten Handelsnetzen, von den Reisenden und Migranten, den Übersetzungsprojekten und den fernen Echos auf Ideen, die zunächst partikular und spezifisch erscheinen. Aber diese Faszination hat oftmals zur Folge, dass weniger mobile Sektoren und Personen nur noch am Rande behandelt werden. Während die Globalgeschichte der Seeleute floriert, haben die Bauern – während unseres Berichtszeitraums in vielen Gesellschaften noch über 90 Prozent der Bevölkerung – kaum globalhistorisches Interesse auf sich gezogen.

Auch die folgenden Kapitel interessieren sich vor allem für die Frage, wie sich die Geschichte der Welt im Zusammenhang verstehen lässt: Wie kann man die Entwicklung in unterschiedlichen Regionen vergleichen? Welche Beziehungen und Kontakte gab es zwischen ihnen, und welche Rolle spielten sie? In welchem Maße reagierten Gesellschaften auf globale Herausforderungen, inwiefern waren Ereignisse und Prozesse von überschaubarer Reichweite auch Effekte globaler Integration? Dieser Zugriff rückt Austausch, Vernetzung und globale Zusammenhänge in den Mittelpunkt – als Resultat einer besonderen Fragestellung und eines spezifischen Erkenntnisinteresses. Gleichwohl ist es wichtig, nicht zu vergessen, dass auf diese Weise zusätzliche Dimensionen der Vergangenheit ausgeblendet werden, deren Behandlung bei anderen Spielarten der Geschichtsschreibung gut aufgehoben ist.⁶¹

Die Kapitel dieses Bandes zeigen, dass in unterschiedlichen Bereichen, je nach Autor und Forschungslage, ganz neue Akzente gesetzt werden können.⁶² Sie sind nicht einheitlich aufgebaut; einige besitzen stärker Überblickscharakter, während andere explorativer vorgehen und thesehafter verfasst sind. Alle Kapitel stellen ein Deutungsangebot dazu bereit, wie das Zusammenwachsen der Welt in der Zeit zwischen der Mitte des 18. und dem Ende des 19. Jahrhunderts interpretiert und erklärt werden kann. Der Band erhebt dabei keinen Anspruch auf enzyklopädische Vollständigkeit und ist nicht in erster Linie als Nachschlagewerk gedacht. Wer faktische Auskünfte über die Geschichte aller Teile der Welt in unserem Zeitraum sucht, findet sie leicht in zahlreichen Publikationen und im Internet. Schließlich wäre es unredlich, die jeweils spezifischen Forschungserfahrungen der Autoren zu verleugnen. Sie alle haben einen Hintergrund in der Geschichte unterschiedlicher Teile Asiens. Weltgeschichtsschreibung lässt sich zwar nur bedingt auf regionale Blickpunkte reduzieren. Dennoch würde eine Weltgeschichte, die als Erweiterung der Geschichte Europas konzipiert ist, anders aussehen als die in diesem Band vorgestellte Sichtweise, und eine Mexiko-Historikerin oder ein Australien-Spezialist hätten gewiss eigene regionale Akzente gesetzt.

Die Einteilung der Kapitel nach den Bereichen Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft folgt einem klassischen Schema, das auf die frühe Soziologie der Moderne zurückgeht und sich als konventioneller Ordnungsrahmen für Interpretationen, die über die Konvention hinausgehen, bewährt hat. Solche sehr forma-

len Kategorien bieten eine Alternative zu einer geographischen Gliederung einer globalgeschichtlichen Epocheninterpretation, ohne sogleich eine alles übergreifende Generalthese zu suggerieren. Die Entwürfe der frühen Soziologie gingen von der Differenzierung verschiedener Lebensbereiche aus, die sich im Prinzip getrennt voneinander und gemäß eigener Prinzipien und Gesetze entwickeln. In vormodernen Gesellschaften fielen politische Autorität, gesellschaftliches Prestige und wirtschaftliche Macht noch häufig zusammen, üblicherweise ideologisch abgestützt durch religiöse Diskurse. Seit der Wendezeit um 1800 hingegen entstanden peu à peu Gesellschaften, in denen einzelne Sphären eine größere Unabhängigkeit voneinander erlangten und beispielsweise ökonomische Entscheidungen ohne Rücksicht auf politische Instanzen oder religiöse Verbote getroffen werden konnten.

Eine solche Zeitdiagnose war selbst ein Produkt der Epoche, die in diesem Band in den Blick genommen wird. Sie wird in den folgenden Kapiteln daher auch nicht als analytisch letztes Wort behandelt, sondern als ganz pragmatischer Ordnungszugang zu einem immens dicht bestückten Themenkosmos. Die Autoren behandeln die Bereiche nicht als rigide voneinander abgegrenzt. So war die Entstehung von modernen Mittelschichten in den Hafenstädten aller Kontinente nicht von der Ausbreitung des Kapitalismus zu trennen; das Aufkommen neuer regionaler Zusammenhänge im Zuge der Globalisierungsdynamik zeigte sich sowohl auf politischer als auch auf kultureller Ebene; und ohne den westlichen Imperialismus wäre die Expansion des Christentums kaum zu erklären, auch wenn sie nicht monokausal auf diese Ursache beschränkt werden darf.

Darüber hinaus kann man im 19. Jahrhundert zwar eine allmähliche Herausbildung von gesellschaftlichen Bereichen beobachten, die stärker eigengesetzlich organisiert waren als in den Jahrhunderten zuvor. Aber anders als die verschiedenen Modernisierungstheorien dies erwartet hatten, entwickelte sich die funktionale Differenzierung nicht überall auf dieselbe Weise. So ließ sich der Prozess der Säkularisierung – die Beschränkung der Religion auf einen eigenen Bereich – in Frankreich gut beobachten; für Indien, die malaiische Halbinsel oder auch die Vereinigten Staaten galt Analoges in viel geringerem Maße. Die Unterscheidung der vier Kapitel geschieht daher in heuristischer Absicht und sollte eher als Ausrichtung von vier Fenstern auf die Vergangenheit verstanden werden denn als ein geschlossenes und allumfassendes analytisches System.

**REGIONEN UND REICHE
IN DER POLITISCHEN
GESCHICHTE DES LANGEN
19. JAHRHUNDERTS
(1750–1924)**

Cemil Aydin

EINLEITUNG

Weder ein «Kampf der Kulturen» noch das «Ende der Geschichte» – Regionen in der politischen Globalgeschichte des 19. Jahrhunderts neu denken

Eine politische Universalgeschichte des langen 19. Jahrhunderts zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu schreiben, zu einem Zeitpunkt also, da schon seit langem die Hegemonie Europas und des Westens durch aufstrebende Mächte in Asien und Lateinamerika infrage gestellt wird, bietet neue Perspektiven und wirft neue Fragen auf. Die internationale Ordnung des frühen 21. Jahrhunderts verliert, wie Charles Kupchan zeigt, ihre um Europa und Amerika zentrierte Gestalt und wird zu einem polyzentrischen System, das Kupchan als «no one's world» beschreibt, als eine Welt, die keinem mehr gehört.¹ Längst schon ist die globale Hegemonie der europäisch-atlantischen Region von einer durch regionale Gleichgewichte geprägten Weltordnung abgelöst, auch wenn die pessimistischen Vorstellungen vom Untergang des Abendlands aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg nicht Wirklichkeit geworden sind. Im allmählichen Übergang zu einer polyzentrischen Welt entspannte sich eine Debatte über die politische Bedeutung von Kulturen in den neuen Strukturen der Weltordnung. Anknüpfend an Arnold Toynbees kulturtheoretischen Ansatz aus der Zeit des Kalten Krieges betrachtete beispielsweise Samuel Huntington Kulturen als die Grundbausteine weltpolitischer Regionen, auf denen die internationale Ordnung nach dem Ende des Kalten Krieges aufbauen werde. Doch obgleich die polyzentrische Ordnung zu Beginn des 21. Jahrhunderts gewisse Ähnlichkeiten zu den regionalen Welten Mitte des 18. Jahrhunderts aufweisen mag (zugleich aber auch deutliche Unterschiede), leiten sich solche Ähnlichkeiten nicht aus einer kulturellen Kontinuität oder aus den Traditionen nicht-westlicher Gesellschaften ab, welche die jahrhundertelange eurozentrische globale Hegemonie überdauerten. Was wir heute als Regionen und Kulturen ansprechen

und beschreiben, entstand vielmehr Ende des 19. Jahrhunderts als Folge einer imaginierten geopolitischen Ordnung und Einteilung der Welt: in eine «weiße» abendländische, eine muslimische, eine «gelbe» asiatische, eine «schwarze» afrikanische. Die Geschehnisse im langen 19. Jahrhundert, das Entstehen globaler Normen und die zunehmende Verflechtung der Reiche und geopolitischen Regionen zu verstehen, mag dazu beitragen, bestimmte Eigenarten der Dekolonisation im 20. Jahrhundert wie auch der gegenwärtigen Weltordnung zu erhellen.

Die weltgeschichtliche Forschung hat nachdrücklich auf die bedeutende Rolle verwiesen, die Reiche und imperiale Vorstellungen in der Geschichte des 19. Jahrhunderts spielten, und so mächtige globale Tendenzen verdeutlicht, indem sie die bislang übliche Fokussierung auf nationale Entitäten revidierte. Eine solche Perspektive bietet ein Korrektiv gegen die Evidenzen eines kulturzentrierten Blicks auf die Weltgeschichte, der die internationale Ordnung in Zonen gemeinsamer kultureller oder religiöser Orientierung unterteilt, während Reiche, die innerhalb und jenseits solcher Kulturzonen existieren, außen vor bleiben. Doch wird in vielen einführenden Lehrveranstaltungen die Weltgeschichte nach wie vor in die Geschichte Europas, diejenige Ostasiens (oder Asiens insgesamt) und diejenige des Nahen und Mittleren Ostens (oder der islamischen Welt) aufgeteilt. In Lehrbüchern zur neueren Geschichte des Nahen Ostens finden sich zweifellos Abschnitte zum frühen Islam, in Einführungen zum modernen Ostasien wird ein Abriss zum Konfuzianismus und Buddhismus nicht fehlen, und auch wenn Darstellungen zum neuzeitlichen Europa nicht immer mit dem Christentum beginnen, werden sie implizit dieses Europa als den Geburtsort herrschender globaler Normen darstellen. Die Perspektive auf Reiche offenbart hingegen Denkfehler des Kulturessentialismus, selbst wenn sich in der Geschichte manchen Imperiums, wie des chinesischen, Kultur narrative und nationalstaatliche Wege überlagern mögen. Tatsächlich forderten im Verlauf des 20. Jahrhunderts triumphalistische Narrative des Nationalismus und des Nationalstaats die Geschichte der Reiche heraus. Mit dem nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1960er Jahre erkennbaren allmählichen Zerfall imperialer Strukturen entwickelten sich Nationalismen zur vorherrschenden politischen Form einer neu definierten globalen, durch internationale Gesetze und Institutionen geregelten Governance.

Das 19. Jahrhundert war nicht nur die Zeit der «Geburt der modernen Welt», sondern gleichermaßen eine Epoche der Herausbildung zahlreicher neuer kultureller, regionaler und nationaler Identitäten.² Eine politische Geschichte dieses langen 19. Jahrhunderts sollte sich daher nicht allein auf Reiche, Nationen, die internationale Staatengesellschaft und die Weltgemeinschaft konzentrieren, sondern zugleich die Bedeutung von Regionen als einer fortbestehenden Größe im Gang der neueren Weltgeschichte in den Blick nehmen, seien diese Regionen nun geopolitisch, kulturell, ethnisch oder religiös begründet.

Häufig gingen regionale geopolitische Vorstellungen und imperiale Projekte Hand in Hand. Die Fokussierung im vorliegenden Beitrag auf Regionen in der politischen Geschichte steht insofern einer Konzentration auf Reiche keineswegs entgegen, sondern ergänzt sie. Auch wenn die Bezugnahme auf kulturelle und geopolitische Regionen häufig religiöse und «rassistische» Essentialismen oder ideologische Konzepte aufruft, bedeutet dies nicht, in angemessener Historisierung und Kontextualisierung auf die Kategorie der Region verzichten zu müssen. Fragen des «Regionalen» (oder auch die mit regionaler Identität verknüpften religiösen und «rassistischen» Aspekte) gänzlich auszublenden birgt die Gefahr, die politische Transformation der Welt in der Epoche der Imperien und Nationalismen nur unvollständig zu erfassen.

Insbesondere im imperialen und imperialistischen Zeitalter zwischen den 1880er und den 1920er Jahren entfalteten verschiedene Pan-Nationalismen ihre Wirkung, darunter Paneuropa-Ideologien ebenso wie Panislamismus oder Panafrikanismus. Die Bedeutung solcher Pan-Nationalismen lässt sich nicht im linearen Narrativ eines Übergangs von einer Welt der Imperien zu einer der Nationalstaaten fassen. Beispielsweise wirkten die Ideale und Illusionen muslimischer Geschlossenheit am Vorabend des Ersten Weltkriegs als eine wichtige und ernstzunehmende politische Kraft, die Konzepte imperialer Strategien ebenso formte wie Perspektiven der Dekolonisation oder Vorstellungen des Globalismus. Im Fernen Osten begründete die panasiatische Ideologie eine Identität der Bevölkerung der Region als «gelbe Rasse» und griff dabei auf Werte und Traditionen des ostasiatischen Tributsystems in der Mitte des 18. Jahrhunderts zurück; später dann wurde sie zu einem integralen Bestandteil in der Gesamtstrategie des Japanischen Kaiserreichs. Ähnlich spielten Konzeptionen und Diskurse afrikanischer Verbundenheit, eines gemeinsamen europäischen Erbes, lateinamerikanischer Kooperation oder panbuddhistischer Zusammengehörigkeit in den imperialen, nationalistischen oder internationalistischen Politiken des frühen 20. Jahrhunderts ihre Rolle. Darüber hinaus blieben im langen 19. Jahrhundert geprägte politische Vorstellungen regionaler Kultur ein wichtiges Erbe auch der nachimperialen Epoche, wie sich an Projekten wie der Europäischen Union, der Afrikanischen Union und gleichermaßen an gängigen Diskursen muslimischer Zusammengehörigkeit sehen lässt. Ein historischer Blick auf geopolitische Vorstellungswelten kann dazu beitragen zu verstehen, wie Ideen von Kultur, Region und «Rasse» das neue Selbstverständnis verschiedener Weltreiche in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entscheidend prägten und selbst noch den Prozess der Dekolonisation formten.

Die Feststellung, Regionen seien keine Inseln ohne Verbindung untereinander, ist indes ein Gemeinplatz, insbesondere angesichts der zunehmend weltumspannenden imperialen Ordnung des 19. Jahrhunderts. Zudem waren die geopolitischen Regionen gegen Ende jenes Jahrhunderts selbst Produkte der Globalisierung, und

zwar nicht nur in ihrer regionalen Binnenstruktur, sondern auch im Hinblick auf die durch Weltreiche und imperiale Rivalitäten geschaffenen Verflechtungen. Es ist daher wichtig zu verstehen und zu untersuchen, wie und warum moderne regionale Projekte, Diskurse und Verbindungen in der westlichen Welt, in Asien, Afrika, der muslimischen Welt und Lateinamerika aufkamen, um sodann die imperiale und nationalistische Politik der Epoche zu prägen.

Regionale Kategorien der muslimischen Welt, Asiens, Afrikas, der «gelben» oder der «schwarzen Rasse» entstanden nicht aus dem Impuls, die imperiale Ordnung infrage zu stellen. Tatsächlich schuldeten verschiedene regionale und/oder kulturelle Formationen, etwa die Vorstellung einer Welt des Islam oder Asiens, ihre Inhalte ihrer symbiotischen Beziehung zu jeweiligen imperialen Ordnungen. In einigen Fällen waren es auch Reiche, die regionale Verbindungen stifteten, so beispielsweise die auf das Britische Empire zurückgehenden Zusammenhänge im Indischen Ozean. Doch die zunehmende Mobilität und die steigenden Austauschmöglichkeiten, die sich in der imperialen Infrastruktur boten, bildeten lediglich ein Moment bei der Herausbildung panmuslimischer, panafrikanischer und panasiatischer Regionalisierungen. Wichtiger noch waren die wachsenden ethnischen Spannungen und rassistischen Spaltungen, auf denen regionalistische Projekte aufbauten – und den politischen Willen zu ihrer Durchsetzung. Angesichts des Erstarkens antimuslimischer und gegen «Farbige» gerichteter Diskurse in den Metropolen des britischen, des französischen, des russischen oder des niederländischen Weltreichs begann eine Generation gebildeter Einwohner dieser Reiche, solche Formen der Konstruktion und Ausgrenzung des Anderen infrage zu stellen; afrikanische, muslimische und asiatische Überlieferungen und Identitäten wurden reartikuliert, nicht zuletzt mit dem Ziel, gleiche Bürgerrechte für alle Untertanen zu fordern.

Unsere Untersuchung der Epoche zwischen den 1750er und den 1920er Jahren wird sich auf regionale Formationen konzentrieren, auch um zu vermeiden, allen Regionen der Welt eine global unterschiedslose und uniforme Zeitlichkeit zuzuschreiben. Die Atlantischen Revolutionen waren für Europa und die westliche Hemisphäre von Bedeutung, doch nicht für den Fernen Osten. In vergleichbarer Weise war der Opiumkrieg für die ostasiatischen politischen Eliten äußerst wichtig, doch gilt das kaum für die muslimischen Eliten West- oder Nordafrikas, für die wiederum die Tanzimat-Reformen im Osmanischen Reich oder die Reformen in Ägypten unter Muhammad Ali entscheidender waren. Es lassen sich somit im langen 19. Jahrhundert in unterschiedlichen imperialen Situationen und geopolitischen Regionen unterschiedliche Wendepunkte ausmachen. Gleichwohl soll diese Tatsache nicht von der Bedeutung interimperialer und interregionaler Verbindungen ablenken, noch vom Gewicht multiregionaler, internationaler und globaler Trends. Im Zeitalter des Hochimperialismus entstanden Querverbindungen zwischen unterschiedlichen geopolitisch regionalen Vorstellungswelten

aufgrund einer gemeinsamen Auseinandersetzung mit der eurozentrischen Natur globaler Normen und Machtstrukturen.

Die Kapitel in diesem Band stehen an der Schnittstelle zwischen einem auf Regionen fokussierenden Ansatz in früheren Bänden der *Geschichte der Welt*, die sich der Zeit bis zum 18. Jahrhundert widmen, und dem globalgeschichtlichen, Regionen überschreitenden Ansatz der Bände zur globalisierten Welt nach 1870. So wird im Band zur Epoche zwischen 1350 und 1750 die Geschichte der Weltreiche anhand von fünf Regionen diskutiert: Es sind dies Eurasien zwischen Russland und Japan, die islamische Welt des Osmanischen und des Persischen Reichs, das Mogulreich in Indien und die Handelswelt des Indischen Ozeans, das maritime Südostasien und Ozeanien sowie der neuentstandene transatlantische Raum. Die verschiedenen Kapitel in jenem dritten Band *Weltreiche und Weltmeere* verweisen allesamt auf die Tendenzen einer zunehmenden globalen Verbundenheit der unterschiedlichen Regionen unter ihrer jeweiligen imperialen Herrschaft, behandeln dabei jedoch die politischen Traditionen und Formationen der einzelnen Regionen getrennt voneinander. Im Band *Weltmärkte und Weltkriege*, der chronologisch an den hier vorliegenden Band anschließt, ist der regionale Fokus hingegen weitgehend aufgegeben, was der Natur einer sich globalisierenden und dadurch kleiner werdenden Welt nach 1870 geschuldet ist. Charles Maiers Kapitel «Die Erfindung moderner Staatlichkeit», Tony Ballantynes und Antoinette Burtons «Imperien und Globalität» sowie Emily Rosenbergs «Transnationale Strömungen in einer Welt, die zusammenrückt» bieten einen interpretativen Überblick der gegenwärtigen Geschichtsschreibung zu Globalisierung, transnationalen Netzwerken und Imperien zwischen Mitte des 19. und Mitte des 20. Jahrhunderts. Das vorliegende Kapitel nun, das die Regionalisierung der sich globalisierenden Welt zum Gegenstand hat, wird bemüht sein zu erklären, warum die stärker werdenden globalen Beziehungen und die Entwicklung der Imperien im späten 19. Jahrhundert eine neue Szenerie regionaler Verbindungen, Identitäten und Formationen schufen.

Der hier verwendete Begriff der Region ist durch Überlegungen der kritischen Geographie inspiriert; seine Grundlage findet er in den historischen Umwälzungen der Zeit zwischen den 1770er und den 1920er Jahren. Zentrale regionale Vorstellungen, namentlich «Europa», «die Welt des Islam», «Asien», «Afrika» und «Iberoamerika», beziehen sich entsprechend, ohne jeglichen impliziten geographischen Determinismus, einzig auf Netzwerke politischer Identität und geographischer Imagination. Das Kapitel verwendet solche politischen Regionalbezeichnungen nicht als rigide, klar abgesteckte Demarkationslinien, die unterschiedliche Zonen einer hochintegrierten imperialen Weltordnung trennen. Denn tatsächlich beziehen sich alle diese Bezeichnungen auf mehrdeutige und wechselhafte Geographien, die einander überlagern und in keinem Fall eindeutig imperialen Grenzen oder Konzepten entsprechen. Auch in den Köpfen vieler Akteure vollzog sich im Hinblick auf Bedeutung und Reichweite solcher politischer Regionen im halben Jahrhundert

ihrer Existenz ein historisch bedingter Wandel. Doch ungeachtet aller Ambivalenzen ist der Begriff der Region zweifellos geeignet, ein wichtiges Übergangsstadium zu identifizieren, nämlich das der Verwandlung der eurozentrischen imperialen Weltordnung Ende des 19. Jahrhunderts zu einer auf Nationalstaaten gegründeten internationalen Ordnung nach dem Ersten Weltkrieg.

Der in diesem Kapitel verfolgte regionale Ansatz leistet so einen Beitrag, die von Jürgen Osterhammel für die Globalgeschichte des 19. Jahrhunderts festgestellte «asymmetrische Referenzverdichtung» weitergehend zu kontextualisieren und zu historisieren.³ Mit der gegen Ende jenes Jahrhunderts zunehmenden Mobilität von Information, Gütern und Menschen begannen außereuropäische gesellschaftliche Eliten zu Europa als einem politischen Modell aufzuschauen und machten damit diese Region zu einem Angelpunkt moderner Referenzverdichtung. Was zu Anfang des 20. Jahrhunderts «der Westen» genannt wurde, umfasste nicht Europa insgesamt, sondern stand für eine eklektische und dehnbare Sammlung von Dingen, in erster Linie aus England, Frankreich und Deutschland; doch auch das übrige Europa und ebenso die USA leisteten ihre Beiträge, abhängig vom jeweiligen Kontext und den historischen Akteuren. Neben der weltumspannenden Macht der europäischen Reiche prägten insbesondere Vorstellungen von Rasse und Kultur diese Metageographie des «Westens» (und Europas), und es entstand eine politische Region, die sowohl für die eigene Bevölkerung als auch für die Eliten anderer Regionen gleichermaßen handlungsrelevant wurde.

Die Geschichte vom Westen und dem Rest der Welt ist in der Historiographie der Moderne bereits ein prominentes Thema. Doch darf die Konzentration auf den Westen nicht dazu führen, die Herausbildung und die normierende Macht nichtwestlicher geopolitischer Imaginationen Afrikas, Asiens und der muslimischen Welt außer Acht zu lassen. Unser Interesse an den verschiedenen Regionen richtet daher die Aufmerksamkeit verstärkt auf intraregionale Referenzverdichtungen sowie politische Austauschprozesse, insbesondere mit Blick auf das politische Zentrum innerhalb der jeweiligen Region. Es mag vielleicht als ein Widerspruch erscheinen, dass regionale politische Vorstellungen ausgerechnet in einem Zeitalter hervortraten, das eine weltumspannende Mobilität von Gütern, Kapital, Ideen, Information und Menschen in bislang unerhörtem Ausmaß und beispielloser Geschwindigkeit prägte. Tatsächlich gehört zur Globalisierung des 19. Jahrhunderts die grundlegende Erfahrung der Zirkulation von Dingen und Ideen über alle Grenzen von Reichen, Regionen und Religionen sowie die Beschränkungen des Ortes und der Kultur hinweg, wenn auch in unterschiedlichen Intensitäten. Doch was die politischen Vorstellungswelten anbelangt, zeigten sich innerhalb der jeweiligen regionalen Geographien Komplexe politischer Modellierung, des Austauschs und der Imagination, ungeachtet der Bedeutung eines weltweit geteilten Ideenrepertoires. Unsere Perspektive hilft daher, in der Globalisierung von Normen den Beitrag einzelner Regionen zu erkennen und so zu vermeiden, alle

internationalen und globalen Werte geographisch auf europäisch-nordamerikanische Ursprünge zurückzuführen.

Im langen 19. Jahrhundert zwischen den 1770er und den 1920er Jahren stand, wie das vorliegende Kapitel zeigen wird, die Herausbildung einer globalisierten Weltordnung nicht in Widerspruch zum Fortbestehen regionaler oder kultureller Eigenheiten; neue geopolitische Identitäten gründeten auf den Beziehungen älterer religiöser und regionaler Netzwerke. Bestimmte Orte, kulturelle Kontexte, religiöse Traditionen und regionale Dimensionen bewahrten ihre Bedeutung, und das nicht einfach ungeachtet, sondern tatsächlich gerade *aufgrund* der Globalisierung. Mitte des 19. Jahrhunderts, als immer engere Verbindungen die Welt der Regionen charakterisierten, bildete sich gleichzeitig mit der interimperialen Weltordnung eine Reihe geopolitischer Regionen heraus. Das letzte Viertel des Jahrhunderts dann – die europäischen Reiche in Asien und Afrika standen auf dem Höhepunkt ihrer Hegemonialmacht – war eine Zeit neuerlicher Regionalisierung der Welt, nicht so sehr infolge allgemeiner Kritik am Kolonialismus, als vielmehr als Resultat bürgerlicher Bestrebungen im Innern der Imperien, Rivalitäten zwischen ihnen und der zunehmenden weltweiten Mobilität. Das erklärt den paradoxen Höchststand interasiatischer, interafrikanischer und intramuslimischer Verbindungen und Verflechtungen in jenem Zeitalter «westlicher» Hegemonie. Um die Persistenz des Regionalen im globalen Zusammenwachsen zu zeigen, gilt unsere Aufmerksamkeit insbesondere der Frage, wie pan-nationalistische Projekte in der muslimischen Welt, in Asien und Afrika sowie regionale Formationen in Europa und Lateinamerika sich in der politischen Geschichte des langen 19. Jahrhunderts behaupteten.

Hinsichtlich der Chronologie unterteilt das Kapitel die eineinhalb Jahrhunderte zwischen dem Siebenjährigen Krieg bis in die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg in vier Phasen. Ein erster Abschnitt, 1750–1815, ist die Periode des Übergangs: von einer Welt untereinander verbundener Regionen, die Mitte des 18. Jahrhunderts darauf gründete, dass die islamische Welt, Ostasien und die europäisch-atlantische Sphäre in relativer Selbstständigkeit existierten, zu einer zunehmenden Verschränkung der Regionen der europäischen und der muslimischen Welt nach der Neuordnung Europas im Gefolge der Atlantischen Revolutionen. Die Zeit nach den Atlantischen Revolutionen wurde auch Zeuge der Entstehung einer neuen Region, die die Länder Lateinamerikas und anfänglich, wenn auch nie ganz eindeutig, auch die USA umfasste. Im zweiten Abschnitt dann widmet sich das Kapitel dem Erstarken der verschiedenen Imperien, Königreiche und Staaten zwischen den 1820er und den 1880er Jahren, einer Zeit also, als die ostasiatische Region der europäischen imperialen Welt eingegliedert wurde. Auch die muslimischen Gesellschaften gerieten bis Mitte der 1880er Jahre mehrheitlich unter europäisch imperiale Herrschaft, was zu lang anhaltenden Spannungen zwischen der metropolitanen christlichen Identität der diversen europäischen Imperien und derjenigen ihrer muslimischen

Untertanen führte, im komplexen Wechselspiel mit dem Reich der muslimischen Herrscherdynastie der Osmanen. Der anschließende dritte Abschnitt konzentriert sich auf die Geopolitisierung und (Re-)Regionalisierung der Weltordnung von den 1880er Jahren bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs. In dieser Periode legiti- mierten sich Imperien stärker durch die Berufung auf Hierarchien von «Rasse» und Kultur, und verschiedene pan-nationale rassische, religiöse und kulturelle Vor- stellungen boten Versuchen, die imperiale Herrschaft der europäischen Mächte über die Welt des Islam, Afrika und Ostasien zu zähmen, einzuschränken oder zu beenden, ein neues Repertoire und neue Sichtweisen der Weltordnung. Vor diesem Hintergrund bildete sich nicht nur eine afrikanische Identität heraus, auch die Vor- stellung des an die Person des osmanischen Sultans gebundenen Kalifats spielte in der Globalisierung der muslimischen Öffentlichkeit eine wichtige Rolle als Bezugs- punkt der Neuverhandlung der imperialen Welt, die sie gleichwohl nicht notwen- digerweise zerschlagen sollte. Der vierte Abschnitt schließlich widmet sich der He- rausbildung einer neuen Weltordnung in der Periode von der italienischen Invasion Libyens bis zu den vielfältigen Veränderungen im Gefolge des Ersten Weltkriegs – darunter die Revolution der Bolschewiki, die Pariser Friedenskonferenz, die Auf- lösung Österreich-Ungarns und des russischen Zarenreichs sowie die Beseitigung des Osmanischen Kalifats –, als die Eliten der europäischen Imperien, nationalis- tische und durch regional-kulturelle Zusammengehörigkeit verbundene Kräfte um eine neu gestaltete, doch letztlich instabile imperiale Weltordnung rangen. Die regionale Perspektive trägt so dazu bei zu erkennen, wie in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg neben Vorstellungen nationaler Selbstbestimmung auch panasia- tische, panislamische und panafrikanische Ideologien an Bedeutung gewannen, ebenso wie Projekte, die politische und kulturelle Hegemonie Europas in der Welt zu verlängern und neu zu beleben.

1. VON DER WELT DER REGIONEN ZUR GLOBALISIERTEN IMPERIALEN WELT (1750–1815)

Der politische Zustand der Weltordnung Mitte des 18. Jahrhunderts

Bevor wir uns der Globalisierung der Weltordnung im 19. Jahrhundert zuwenden, gilt es, die Situation Mitte des 18. Jahrhunderts mit ihren drei unterscheidbaren imperialen Regionalord-

nungen zu verstehen. Tatsächlich dominierten zu jener Zeit etliche Reiche weltweit die politische Bühne, die sich im Großen und Ganzen drei verschiedenen regionalen und zugleich kulturellen Sphären zuordnen lassen: einer ostasiatischen, einer islamischen, die sich über weite Gebiete in Eurasien und Nordafrika erstreckte, und einer christlich-europäischen, die Europa und die westliche Hemisphäre umfasste. Dennoch sind diese drei Sphären keineswegs als deutlich gegeneinander abgegrenzte Kulturkreise zu betrachten. Sie wiesen gleichermaßen Verbindungen und Gemeinsamkeiten wie Unterschiede auf. Beispielsweise gab es keine islamischen, christlichen oder chinesischen geschlossenen und isolierten Tributsysteme mit eindeutigen Grenzziehungen. In manchen Reichen existierten unterschiedliche Traditionen imperialer Legitimität und regionaler Ordnung nebeneinander, so im Osmanischen Reich, in China und im Zarenreich. All diese Regionen wiesen sowohl untereinander als auch mit supraregionalen globalen Netzwerken verbundene, einander überlagernde Strukturen auf. Zugleich müssen wir die Beziehungen zwischen den regionalen Ordnungen im 18. und 19. Jahrhundert ebenso wie die Globalisierung dieser Regionen jenseits des Narrativs einer singulären internationalen Ordnung betrachten, die sich in Europa herausgebildet und von dort aufgrund ihres – als Inklusionskriterium angeführten – zivilisatorischen Standards über den Erdball ausgebreitet habe.⁴ Ebenso wenig können wir von einem Kampf oder Zusammenstoß zwischen der «zivilisierten»

europäischen Weltordnung und ihren islamischen oder ostasiatischen Rivalen ausgehen. Neue kulturelle und geopolitische Identitäten der «muslimischen Welt», Afrikas, Asiens oder der «gelben Rasse» bildeten sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts heraus, nicht bereits im 18. Jahrhundert.

Die Prozesse, die regionale politische Ordnungen, Strukturen der Legitimität und Handelsnetzwerke schufen, waren, wie Sebastian Conrad und Prasenjit Duara feststellen, «vielfältig und heftig umkämpft. In keinem Fall waren sie naturwüchsiges Ergebnis geographischer oder kultureller Konstellationen und sind folglich als Projekte zu begreifen, deren Triebfedern die Interessen sozialer Akteure sind.»⁵ Jede der drei großen regionalen kulturellen Formationen der Welt in der Mitte des 18. Jahrhunderts war zudem offen und wurde sowohl durch globale Netzwerke wie auch durch die Beziehungen zu den verschiedenen anderen regionalen Ordnungen geprägt. Darüber hinaus bleiben kulturelle und geographische Regionen zwar ein Anlass, über die Globalpolitik Mitte des 18. Jahrhunderts nachzudenken, doch davon abgesehen sind Imperien die relevanten Kräfte, wenn es um Krieg, Frieden und Diplomatie geht; sie stehen für eine häufig hybride, gleichwohl jedoch universelle Legitimität, die nicht selten landläufige Vorstellungen von Region, Religion oder Zivilisation erweitert oder sogar überwindet.⁶ Die Kaiser der chinesischen Qing-Dynastie (1644–1911) waren Schutzherren und Herrscher buddhistischer, taoistischer, muslimischer und schamanistischer Untertanen, und sie förderten gleichzeitig ein konfuzianisch ausgerichtetes Verwaltungs- und Tributsystem. Zu den universalistischen Prinzipien im Osmanischen Reich und auch im Mogulreich gehörte der Schutz der nichtmuslimischen Bevölkerung ebenso wie das Einbeziehen nichtmuslimischer imperialer Traditionen in einer kosmopolitischen Synthese. Die russischen Zaren waren nicht nur Herrscher über orthodoxe Christen, sondern auch über Muslime, Juden und Mongolen; andere christliche Herrscher in Europa sicherten sukzessive allen ihren andersgläubigen Untertanen religiöse Toleranz zu. Wir wollen uns daher im Folgenden zunächst einen allgemeinen Überblick über die imperialen Mächte, die kulturellen Werte und die diplomatischen Gepflogenheiten der drei großen Regionalordnungen Mitte des 18. Jahrhunderts – also Europas, der Welt des Islam und Ostasiens – verschaffen, bevor wir uns der internationalen politischen Geschichte des langen 19. Jahrhunderts zuwenden.

Die europäisch-christliche Region

Enge Handelsbeziehungen, Diplomatie und Kriege formten in Europa die regionale Ordnung der Imperien und Staaten samt deren Randgebieten und übersee-

ischen Besitzungen. Die Grenzen dieser europäischen Region waren flexibel und veränderlich: Sie umfasste Territorien, die zum Hoheitsgebiet der orthodoxen

Monarchen Russlands oder zu dem der muslimischen Sultane des Osmanischen Reichs gehörten, und auch in Übersee dehnten Flotten, Siedler und Soldaten die Imperien in verschiedene Winkel der Welt aus, über die gesamte westliche Hemisphäre und bis zum Indischen Ozean. Das zunehmende Ausmaß wechselseitiger Beziehungen zwischen den dynastischen Staaten England, Frankreich, Spanien, Portugal, Preußen, Österreich und Russland, den Osmanen und der Niederländischen Republik begründete eine lange Tradition diplomatischer Gepflogenheiten, des Handelsrechts, von Mustern des Regierungshandelns und der Kriegskunst.⁷ Es gab keine Hegemonialmacht in Europa, die, vergleichbar mit China in Ostasien, alleine in der Lage gewesen wäre, einen stabilen imperialen Block zu schaffen, nicht zuletzt aufgrund der entscheidenden Rolle des Osmanischen Reichs und des Zarenreichs in der frühen Neuzeit, die eine solche Hegemonialstellung einer einzelnen Monarchie anderen gegenüber verhinderte.⁸ Einige europäische Reiche verfügten über bedeutende überseeische Besitzungen, insbesondere in der westlichen Hemisphäre, die zusätzliche finanzielle Ressourcen und Möglichkeiten bereitstellten, für die Mutterländer aber auch größeren Verwaltungsaufwand bedeuteten. Darüber hinaus waren mehrere europäische Imperien Seemächte und unterhielten Handelskolonien an den Küsten Afrikas und Asiens, gleichwohl machten Handelsstützpunkte auf Inseln oder auf dem kontinentalen Festland die Länder noch nicht zu Hegemonialmächten in diesen Gebieten.

Die geographische Identität Europas basierte im 18. Jahrhundert in der Hauptsache auf durch gedruckte Bücher oder intellektuelle Kreise beförderte Gemeinsamkeiten. Doch auch das Christentum war weiterhin für viele europäische Monarchien, Reiche und Imperien eine wichtige Grundlage der kulturellen Identität. So lässt sich das Gewicht des christlichen geistigen Erbes auf die Politik in Europa beispielsweise an theologischen Auseinandersetzungen um die Zulässigkeit von Bündnissen mit «Heiden» ablesen, wie man alle Nichtchristen bezeichnete. Tatsächlich wurden solche Bündnisse eingegangen, doch stießen sie bis ins 18. Jahrhundert vorwiegend auf Ablehnung, insbesondere dann, wenn sie sich gegen andere «Christenmenschen» richteten.⁹ Dennoch trieb die Realpolitik viele christliche Herrscher zu derartigen Bündnissen. Die Christenheit Europas verteilte sich freilich auf die katholische sowie auf protestantische und orthodoxe Kirchen; viele Monarchien herrschten dementsprechend über christliche Bevölkerungen unterschiedlicher Konfessionen. Und nicht nur in Südost- und Osteuropa oder Nordafrika lebende Muslime wurden von Fall zu Fall als Verbündete oder Heiden angesehen, auch Angehörige anderer christlicher Konfessionen waren häufig Anlass ähnlicher Diskurse, galten mal als Verbündete, mal als Ungläubige oder Ketzer. So war es auch möglich, dass protestantische Monarchen in einem politischen Bündnis mit osmanischen Muslimen einen Schulterchluss gegen katholische «Götzendiener» sahen.¹⁰ Was das Zarenreich anbelangte, so existierte zwar die kulturelle Kluft zwischen dem orthodoxen Christentum dort und dem

Katholizismus und Protestantismus der Gesellschaften Mittel- und Westeuropas, doch Heiraten und das Entsenden von Diplomaten, der Austausch von Beamten und die Reisen von Gelehrten zwischen den verschiedenen Ländern verstärkten während des gesamten 18. Jahrhunderts sukzessive die Beziehungen der russischen Herrscher zu den Dynastien im übrigen Europa. So konnte eine protestantische deutsche Fürstentochter einen russischen Fürsten heiraten, zum orthodoxen Christentum konvertieren und eines Tages sogar Zarin von Russland werden, wie im Falle Katharinas der Großen.

Gleichzeitig entwickelten sich unter spanischer, portugiesischer, britischer und französischer Herrschaft in der westlichen Hemisphäre vielfältige transatlantische Beziehungen zwischen Europa und dem amerikanischen Doppelkontinent. Die Vorstellung der Spanier und Portugiesen, es sei an den europäischen Christen, in die nichtchristlichen Territorien auszuziehen, sie zu besiedeln und zu erobern, beruhte nicht zuletzt auf der Überzeugung, verpflichtet zu sein, diesen Ländern das Christentum zu bringen. Eine ähnlich wichtige Rolle spielte im Falle des Britischen Empire der dem protestantischen Christentum innewohnende religiöse Universalismus, dem sich in den britischen Kolonien in Amerika eine Gelegenheit bot, die westliche Hemisphäre durch protestantische Siedler zu erschließen. Auch in den französischen Kolonien in Nordamerika kam dem Gedanken der katholischen Missionierung der autochthonen Bevölkerung eine gewisse Bedeutung zu. Und im Osmanischen Reich standen aufgrund der Stellung christlicher Bildungsnetzwerke häufig vor allem griechische, armenische und christlich-arabische Untertanen in Handelsbeziehungen und im intellektuellen Austausch mit Europa. In vielen europäischen Reichen gehörten Juden und Muslime zu den Untertanen, und auch durch sie war Europa mit der übrigen mediterranen Welt verbunden.

Die Beziehungen der imperialen Mächte Europas untereinander gestalteten sich Mitte des 18. Jahrhunderts häufig turbulent, militärische Rivalitäten bis hin zu verlustreichen Kriegen zwischen den verschiedenen Reichen waren an der Tagesordnung. Die am heftigsten umkämpfte Grenzlinie verlief in Osteuropa zwischen dem Osmanischen Reich, dem Habsburgerreich und dem Russischen Kaiserreich. Nicht selten waren auch andere regionale Mächte wie die Königreiche Schweden und Polen involviert. Ergebnis der zahlreichen Kriege in Osteuropa waren erhebliche territoriale Verschiebungen, insbesondere brachten sie Russland Mitte des 18. Jahrhunderts einen Seehafen am Schwarzen Meer ein.¹¹ Russland und Preußen entwickelten sich zudem bis 1875 zu starken Militärmächten und sicherten sich dadurch ihre seit jener Zeit herausragende Stellung in der europäischen regionalen Ordnung.¹² Neben den Kriegen zwischen dem Osmanischen, dem Russischen und dem Habsburgerreich war die bedeutendste kriegsrische Auseinandersetzung für die europäischen imperialen Mächte der Siebenjährige Krieg (1756–1763). Dieser begann als Konflikt zwischen Großbritannien und Frankreich, bezog jedoch schon bald fast alle anderen europäischen Mächte

ein und wurde selbst in Nordamerika und Asien ausgefochten. Die häufigen und kostspieligen Kriege in Europa führten zur Herausbildung größerer Reiche und zum Verschwinden kleinerer politischer Einheiten, sodass sich bis Mitte des 19. Jahrhunderts die Zahl der europäischen Länder letztlich auf eine Handvoll verbleibender Reiche und organisierter Staaten reduzierte.¹³ Die Kriege machten es für die Staaten erforderlich, regelmäßig Haushaltsmittel für kostspielige militärische Auseinandersetzungen und Streitkräfte bereitzustellen, was sich in den überseeischen Kolonien letztlich als ein Vorteil der europäischen Reiche erweisen sollte. Darüber hinaus brachte es die Existenz etlicher starker Imperien und Staaten mit sich, dass Machtgleichgewichten und Bündnispolitik in Europa größere Aufmerksamkeit zuteilwurde. Wechselnde Bündnisse und Gegnerschaften fanden ihr Gegenstück in Bemühungen um Netzwerke innerhalb der Imperien, die sukzessive langfristige Beziehungen zwischen konkurrierenden oder sogar Krieg führenden Mächten begründeten.

Im 18. Jahrhundert entstand in Europa ein Staatensystem, dessen Grundlage die tatsächliche Herrschaft über ein Territorium war.¹⁴ 1750 lag der Westfälische Friede, der 1648 den Dreißigjährigen Krieg beendet hatte, rund ein Jahrhundert zurück. Der Friede von Karlowitz, der 1699 diplomatische Parität herstellte und das Machtgleichgewicht zwischen dem Osmanischen Reich einerseits und dem Habsburgerreich sowie dem Russischen Kaiserreich andererseits begründete, lag jedoch nur ein halbes Jahrhundert zurück. Eine maßgebliche Rolle bei der Aushandlung des Übereinkommens von Karlowitz spielte Alexandros Mavrokordatos (1636–1709), ein osmanischer Diplomat griechischer Herkunft, der an der Universität Bologna studiert hatte. Dies deutet darauf hin, dass es kulturell und bezogen auf Rechtsfragen Überschneidungen zwischen den imperialen Vorstellungen der osmanischen und der österreichischen Seite gab.¹⁵ Der Friedensvertrag von Karlowitz war in erster Linie kein Vertrag zwischen Muslimen und Christen, gleichwohl führte die Aussicht auf einen dauerhaften Frieden zwischen den beiden Reichen verschiedentlich dazu, Aspekte von Krieg und Frieden sowohl in der muslimischen als auch in der christlichen Tradition neu zu interpretieren.¹⁶ Das Osmanische Reich stimmte im Verlauf des 18. Jahrhunderts der festen Einrichtung diplomatischer Vertretungen in Istanbul zu. Wenn im Gegenzug nicht ebenfalls Botschafter entsandt wurden, so verweist das nicht auf politische Ungleichgewichte oder religiöse Vorbehalte einer der beiden Seiten, sondern in erster Linie auf pragmatische Erwägungen über den Wert von Diplomatie, Spionage und Handel seitens der osmanischen Eliten. Nach 1793 begann auch das Osmanische Reich, in den Hauptstädten anderer imperialer Mächte dauerhaft Botschaften einzurichten.¹⁷

Kurz und gut, Ende des 18. Jahrhunderts gab es zwischen den imperialen Mächten in Europa so etwas wie ein Bewusstsein und praktische Ansätze einer regionalen politischen Kultur. Dies war die Voraussetzung für Eheschließungen unter Adligen unterschiedlicher Reiche oder auch dafür, dass eine königliche

Familie sich den Schutz einer anderen erbitten konnte, wie im Fall des Schwedenkönigs Karl XII., der in Istanbul Zuflucht fand. Europäische Monarchen teilten nicht nur die französische Sprache und höfische Umgangsformen, sondern kannten einander auch recht gut, was Formen der Kommunikation und die Herausbildung eines europaweiten Systems erlaubte, das nur zum Teil auf dem Christentum beruhte.

Die Ordnung der ostasiatisch-konfuzianischen Region

Die ostasiatische Regionalordnung bestand aus den heutigen Ländern China, Japan, Korea und Vietnam und erstreckte sich darüber hinaus weit nach Südost- und Zentralasien; ihre Grundlage

waren gemeinsame kulturelle Werte, aber auch die geographische Nähe einer überschaubaren Zahl auf dem Land- oder Seeweg verbundener Staaten und Reiche. Die ostasiatische oder chinesische, konfuzianisch geprägte politische Region war indes niemals ein fest umrissenes Gebiet, noch beruhten ihre politische Ordnung oder ihre internationalen Beziehungen auf unveränderlichen Prinzipien. Gleichwohl gab es besondere Beziehungen zwischen verschiedenen politischen Zentren in Ostasien und darüber hinaus Teilen Südostasiens, zu deren Grundlagen neben geteilten Legitimitätsvorstellungen ein gemeinsamer Kanon überlieferter Schriften gehörte, die gute Regierungsführung ebenso verhandelten wie Ethik und moralische Werte. Ähnlich wie die europäische Region oder die Gebiete unter muslimischer Herrschaft war Ostasien zugleich Schauplatz konkurrierender Projekte und problematischer Machtgleichgewichte; zudem war die Region mit geographischen und technologischen Einschränkungen konfrontiert, und unter den imperialen Mächten gab es auch hier Kriege und Konflikte.¹⁸

Das ostasiatische Tributsystem hielt sich vor allem in Ländern mit einer starken konfuzianischen politischen Kultur, namentlich in China, Korea, Japan und Vietnam; all diese Länder verwendeten chinesische Schriftzeichen und folgten einem chinesischen Modell von Staatlichkeit.¹⁹ Zu einer koreanischen Tributmission in die chinesische Hauptstadt gehörten beispielsweise der Erwerb von Büchern, gelehrte Dispute, Festmahle oder der rituelle Austausch von Tributgeschenken. Die Dominanz konfuzianischer Werte implizierte freilich keine Homogenität der politischen Systeme. Japan etwa hatte unter dem Tokugawa-Shōgunat ein vollkommen anderes innenpolitisches System als Korea oder China; neben dem Festhalten an der überlieferten Samurai-Ordnung verzichtete der Staat beispielsweise darauf, bei Bewerbern für die höhere Beamtenlaufbahn deren Kenntnis konfuzianischer Lehren zu überprüfen. Gleichwohl teilte Japan mit China und Korea einen Kanon konfuzianischer Schriften und Vorstellungen.

gen, und auch buddhistische religiöse Netzwerke spielten eine Rolle. Nicht alle auswärtigen Beziehungen Chinas (oder Koreas oder Vietnams) waren indes Tributbeziehungen. So folgte etwa China nicht nur in seinen Beziehungen zu Russland, sondern auch im Verhältnis zum ebenfalls konfuzianisch geprägten Nachbarland Japan keineswegs einer Tributlogik. Einen gemeinsamen, konfuzianisch bestimmten kulturellen Hintergrund und friedliche diplomatische Beziehungen gab es vor allem zwischen China, Korea, Japan und Vietnam. Jenseits dieser Kernländer, auf einer zweiten Stufe, waren gemeinsame konfuzianische Werte für die Beziehungen zu Gebieten wichtig, die selbst nicht konfuzianisch geprägt waren, wie Siam, Java, Angkor, Thailand und Burma.²⁰ Gelegentlich finden sich Beispiele von nicht auf China zentrierten Tributbeziehungen, beispielsweise solche zwischen Vietnam und Laos oder zwischen Japan, Korea, den Siedlungsgebieten der Ainu und den Ryukyu-Inseln (Okinawa).²¹ Die chinesischen Verbindungen mit Südostasien zeigen zudem starke Bezüge zu regionalen buddhistischen, muslimischen und christlichen religiösen Traditionen und Netzwerken. Unter Umständen vermittelten muslimische Sultanate in Südostasien Verbindungen zu anderen muslimischen Sultanaten im Westen oder auch in Ostasien. Solche vielfältigen Tributbeziehungen schufen «eine komplexe Welt sich überlagernder Souveränitäten»,²² in denen Gebiete wie die Ryukyu-Inseln ebenso Tributbeziehungen mit China unterhielten wie etwa das japanische Lehen Satsuma.²³

Das ostasiatische Tributsystem schuf im Verlauf des 18. Jahrhunderts eine relativ dauerhafte und stabile zwischenstaatliche Ordnung und begünstigte so die Expansion des Qing-Reichs in Zentralasien.²⁴ Angesichts der zahlreichen und fortdauernden militärischen Auseinandersetzungen in Südasien, Europa und im eurasischen Raum war ein solcher Friedenszustand unter den in hohem Maße militarisierten ostasiatischen Staaten eine außerordentliche Leistung und schuf die Voraussetzungen für stärkere wirtschaftliche, soziale und kulturelle Verbindungen in der Region. Auf diese dynamische und stabile – und keineswegs abgeschottete und selbstbezogene – Regionalordnung trafen ab dem 16. Jahrhundert die imperialen Handels- und Kriegsflotten Portugals, der Niederlande und Großbritanniens. Für die Ankömmlinge bedeutete dies zunächst, die Regeln des ostasiatischen Tributsystems kennenzulernen, sie anzunehmen und zu befolgen. Obschon es den europäischen Mächten in der Zeit nach den Opiumkriegen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gelang, durch politischen Druck und militärische Mittel die Normen des ostasiatischen Tributsystems auszuhebeln und zu verändern, gab es zwischen der Logik der neuen Machtverhältnisse und der alten Tributordnung eine Zeit der Vermittlung. Kurzum, die Transformation der globalen Beziehungen zwischen der ostasiatischen Region und anderen (Südasien, dem Indischen Ozean, muslimischen Netzwerken, europäischen Seemächten) nachzuvollziehen bedeutet nicht, dem Untergang der alten Werte des konfuzia-

nischen Tributsystems und dem Triumph der europäischen Wertvorstellungen im 19. Jahrhundert eine Teleologie zu unterstellen.²⁵

Die lange bestehende eurozentrische und nationalistische Perspektive der Literatur über die Abschottung Chinas, Japans und Koreas hat die Forschung in jüngerer Zeit revidiert; dazu beigetragen haben ausführliche Archivrecherchen ebenso wie eine theoretische Wende, die von der These Abstand nahm, die Beziehungen Ostasiens zu Europa seien das entscheidende Kriterium, um über Öffnung oder Isolation zu befinden.²⁶ Gewiss mögen arabische oder italienische Reisende auf ihrem Weg nach Korea oder Japan auf Schwierigkeiten und Hindernisse gestoßen sein, doch für Chinesen, Japaner, Vietnamesen oder Koreaner gab es viel weniger Probleme, die Länder ihrer Nachbarn zu besuchen. Betrachtet man Reisehindernisse als Kriterium, so müsste das mittelalterliche christliche Europa angesichts der Widerstände, mit denen damals den Kontinent bereisende oder gar hier lebende Muslime oder Chinesen konfrontiert waren, ebenfalls als «abgeschottet» gelten. Protestantische holländische Kaufleute, denen der Aufenthalt auf der kleinen Insel Dejima in der Bucht von Nagasaki erlaubt war, sahen das im Japan der Tokugawa bestehende Einreiseverbot für Missionare und Kaufleute aus den katholischen Reichen Spanien und Portugal in einem positiven Licht, werteten es als eine weise Entscheidung. Erst Mitte des 19. Jahrhunderts, als Japan sich – durch US-amerikanische und europäische Kriegsschiffe bedroht – gezwungen sah, bestehende Beschränkungen des freien Handels fallen zu lassen, verkehrten sich frühere Feststellungen über Handelshemmnisse in ein negatives Urteil über die Abschottung des Landes (*sakoku*) gegenüber westlichen Tendenzen. Tatsächlich allerdings trieben die Regierungen der Tokugawa und darüber hinaus etliche Lehen wie Satsuma fortwährend Handel mit China und Korea; andererseits war ihnen die verstärkte Seepresenz der Europäer in der Region sehr wohl bewusst.²⁷ Im Unterschied zur Perspektive des 19. Jahrhunderts, die den – reglementierten, in der Hand niederländischer Kaufleute liegenden Handel mit Europa als Sinnbild der Isolation betrachtete, sahen zeitgenössische japanische Beobachter darin die Öffnung des Landes zur Welt.²⁸

Auch gegenüber den muslimischen Regionen in Zentral- und Südostasien isolierte sich Ostasien im 18. Jahrhundert nicht. Unter dem in der Zeit der Qing-Dynastie gefestigten Tributsystem gab es während des gesamten Jahrhunderts in ganz Ostasien und bis ins innere Eurasien hinein einen lebendigen kulturellen und politischen Austausch. Das Tributsystem förderte neben erweiterten Handelsbeziehungen auch die Migration zwischen den beteiligten Gebieten und regelte darüber hinaus die Beziehungen zwischen den Staaten. Der konfuzianische kulturelle Hintergrund des Systems hinderte die mandschurischen Qing-Kaiser nicht daran, sich auch andere kulturelle und religiöse Traditionen wie den Buddhismus oder den Islam zunutze zu machen.²⁹ Tatsächlich waren nicht alle Untertanen im chinesischen Qing-Reich Konfuzianer, und gegenüber ihren zentralasiatischen

Tributären verwendeten die mandschurischen Kaiser den Titel Khan. Der Umstand, dass Chinas Herrscher einer mandschurischen Dynastie entstammten – und das Land zudem bereits zuvor die Regentschaft eines mongolischen Kaiserhauses erlebt hatte –, verdeutlicht die starken Verbindungen zwischen der chinesischen politischen Kultur und zentralasiatischen politischen Traditionen. Zentralasiatischen Tributären und Untertanen gegenüber griff das imperiale China auf eine ganze Reihe anderer Prinzipien, Werte und Titel zurück. Gleichzeitig teilten innerhalb der ostasiatischen Region etliche Gesellschaften im Hinblick etwa auf gute Regierungspraxis oder internationale Beziehungen gemeinsame kulturelle Werte.

Die konfuzianisch begründeten Traditionen staatlicher Verwaltung im ostasiatischen Tributsystem schufen Mitte des 18. Jahrhunderts zentralisierte und militariserte, doch innenpolitisch stabile Staaten in China, Japan und Korea. Diesen konfuzianischen Staaten gelang es allesamt, ein geordnetes Regierungssystem hervorzubringen, Wirtschaftsbeziehungen abzusichern, in ihrem Herrschaftsbereich einen protonationalstaatlichen kulturellen Austausch zu fördern sowie das Bevölkerungswachstum zu konsolidieren. Die robusten Traditionen der staatlichen Verwaltung in Ostasien etablierten, wie Hiroshi Mitani anmerkt, in gewisser Weise die protonationalen Voraussetzungen der imperialen Welt im späten 19. Jahrhundert.³⁰ Das Erbe des ostasiatischen Tributsystems im 18. Jahrhundert sollte immer mitbedacht werden, wenn es darum geht, die im 19. Jahrhundert sich vollziehende Transformation der Region wie auch deren Verflechtung mit globalen Entwicklungen wie der Herausbildung von Imperien oder mit Phänomenen wie Dekolonisation und Nationalismus zu erörtern.

Eine politisch gespaltene muslimische Gemeinschaft

Mitte des 18. Jahrhunderts existierte keine regionale muslimische Ordnung, die dem ostasiatischen Tributsystem oder den Beziehungen zwischen Dynastien, Staaten und Gesellschaften in Europa, ihren Bündnissen und Konflikten, vergleichbar gewesen wäre. Von muslimischen Dynastien kontrollierte Gebiete im eurasischen Raum oder in Afrika konstituierten keine einheitliche Region oder kulturelle Ordnung wie die europäisch-christliche oder die ostasiatisch-konfuzianische. Der geographische Raum, der sich von Mali und Nigeria bis Südostasien erstreckte, war zu weit und zu disparat, als dass sich darin ein geschlossenes politisches System hätte herausbilden können. Neben den drei großen kosmopolitischen Reichen – dem Osmanischen, dem Persischen (der Safawiden, der Afschariden und der Kadscharen) und dem Mogulreich –, die sich von Anfang des 16. bis Anfang des 18. Jahrhunderts über weite Gebiete mit muslimischen Gesell-

schaften erstreckten, existierte eine Vielzahl mittlerer und kleinerer Sultanate, Emirate und Königreiche. Doch selbst im Herrschaftsbereich der drei imperialen Großreiche gab es mehr Nichtmuslime als Muslime, und umgekehrt lebte ein großer Anteil der Muslime weltweit nicht dort.

Trotz des Fehlens einer Europa oder Ostasien vergleichbaren Regionalordnung existierte eine Vielzahl von Traditionen, Normen und Werten, meist abgeleitet aus muslimischen Rechts- und Glaubensgrundsätzen, die ein Gerüst von Regeln boten, um die Mobilität von Menschen, Gütern und Ideen zu begünstigen sowie – ungeachtet der Gegebenheiten unter der jeweils herrschenden Dynastie – Beziehungen und Austausch zwischen muslimischen Bevölkerungen zu fördern. Beispielsweise hatten die in all diesen Sultanaten und Reichen lebenden Muslime nach allgemeiner Auffassung immer das Recht, nach Mekka zu pilgern oder an einer Medrese außerhalb ihres Heimatlandes zu studieren. Islamische Rechtsnormen für Handel und Gewerbe wie auch für das gesellschaftliche Leben respektierten mehr oder weniger alle muslimischen Herrscher, obwohl selbstverständlich Raum für unterschiedliche Interpretationen und lokale Unterschiede blieb. Selbst in Zeiten militärischer Konflikte und Zusammenstöße existierten für die muslimischen Befehlshaber unumstößliche Gesetze und Prinzipien, die die Kriegsführung, das Verhalten gegenüber Gefangenen und Zivilisten sowie kulturelle Belange regelten. In weiten Teilen Eurasiens und Afrikas teilten muslimische Gesellschaften die Curricula der Medresen und religiöse Rituale, und auch die Traditionslinien und Verbindungen der Sufi-Orden erstreckten sich über imperiale Grenzen hinweg.

Die muslimische Kultur förderte nicht nur die äußerst hohe Mobilität von Gelehrten, Studenten, Pilgern, Kaufleuten, Abenteurern und Migrantinnen. Sie verband auch verschiedene Weltregionen miteinander, von Europa bis Afrika, von Zentralasien bis Südostasien und bis nach Anatolien. Die über drei Kontinente verstreut lebenden muslimischen Gesellschaften bildeten, wie John Voll anmerkt, weder ein einheitliches Wirtschaftssystem, noch ein Reich oder auch nur einen politischen Zusammenhang, doch waren sie eine «Diskursgemeinschaft». Dieser waren bestimmte Vorstellungen des Erlaubten und Rechtmäßigen sowie eines anständigen und tugendhaften Lebens gemein.³¹ In der Kultur der islamischen Welt gab es zahlreiche Strukturen, die die verschiedenen Gemeinschaften miteinander verbanden, etwa Sufi-Orden, Handelsverbindungen, Pilger- und Bildungsnetzwerke und nicht zuletzt die Verbreitung literarischer und religiöser Schriften. Bemerkenswerterweise verloren diese Strukturen im Zeitalter der europäischen imperialen Herrschaft über muslimische Gesellschaften nicht an Bedeutung. Im Gegenteil, sie gewannen an Reichweite und Einfluss, je mehr Pilger nach Mekka reisten, je häufiger muslimische Studenten ferne Schulen besuchten, um dort Religion zu studieren und sich spirituell fortzubilden, und je dichter die Handelsnetzwerke wurden.

Innerhalb des kulturellen Weltsystems, das sich um muslimische Herrscherdynastien in Eurasien und Afrika entwickelte, gab es vielfältige regionale Subsysteme mit eigenen politischen und imperialen Traditionen. Die turko-persisch-mongolische Synthese mit islamischer Tradition, die die drei Großreiche der frühen Neuzeit – Osmanisches, Safawiden- und Mogul-Reich – hervorgebracht hatte, kennzeichnete ein gemeinsames Universum monarchischer Legitimität.³² Für die kulturelle Vitalität der drei Großreiche waren vor allem die persische und die osmanische Sprache wesentlich, das Arabische hingegen war die Kommunikationssprache der gebildeten Eliten von Nordafrika bis Südostasien.³³ Nicht zuletzt angesichts der hinduistischen Bevölkerungsmehrheit integrierte und stützte das Mogulreich eine kosmopolitische Elite, die auch nichtmuslimische Amtsträger einschloss, und griff dabei auf einen hybriden Kanon von Schriften, historischen Referenzen und Verwaltungsvorstellungen zurück, die sich nicht auf ihre muslimische Komponente reduzieren lassen.³⁴ Ein weiteres gutes Beispiel für ein solches Subsystem bietet die stark persische Traditionen akzentuierende höfische Kultur der Safawiden und der Mogulkaiser wie auch ihre gemeinsame, auf Abstammung und Tradition, insbesondere auf das Erbe von Tamerlan und Dschingis Khan, sich berufende Legitimität.³⁵ Noch während des 18. Jahrhunderts betrachteten die muslimischen Herrscher des Iran, Afghanistans, Zentralasiens und Indiens die Territorien der jeweils anderen aufgrund gemeinsamer politischer Bezugspunkte als mögliche Expansionsräume. So geschah es, dass das Persische Reich nach den 1737 errungenen, spektakulären militärischen Triumpfen in Indien nach 1747 in einigen Gebieten selbst unter die Herrschaft der afghanischen Durrani-Dynastie geriet. Unter der Regentschaft Ahmad Schah Durrani (reg. 1747–1772) erlangten die Afghanen nicht nur die Kontrolle über Teile des Iran, Zentralasiens und Indiens, sondern setzten auch dazu an, verschiedene muslimische Provinzen des Qing-Reichs zurückzuerobern.

Das Osmanische Reich war in mancher Hinsicht ebenfalls Teil dieser turko-mongolischen imperialen Tradition. Neben der, zumindest gelegentlichen, Würdigung Tamerlans äußerte sich dies vor allem in der stolzen Pflege persischer Dichtkunst. Zugleich eignete sich die osmanische Elite bestimmte Elemente der byzantinisch-römischen und der europäischen imperialen Traditionen an und schuf eigene Legitimitätsvorstellungen.³⁶ So konnte ein osmanischer Sultan sich als Erbe des Römischen Reiches betrachten und den Titel Caesar (Kaiser) beanspruchen, ohne darin einen Widerspruch zu dem imperialen Vermächtnis zu sehen, das auf mongolische und muslimische politische Traditionen rekurrierte.³⁷ Ein Reich, dessen Herrscher wie die Osmanen aus einer muslimischen Dynastie stammten, war imstande, als Erbe turko-mongolischer, römischer und muslimischer imperialer Traditionen gleichermaßen aufzutreten und so gewappnet in die Auseinandersetzungen mit Rivalen und Nachbarn rund ums Mittelmeer, in Osteuropa, der Kaukasusregion und Westasien einzutreten.³⁸ Für die Regierung

im Osmanischen Reich spielten zudem nicht nur in der Verwaltung und im diplomatischen Dienst christliche Unterhändler und Eliten eine Rolle, sondern auch in Armee und Flotte. Als Demetrius Cantemir, ein christlicher Woiwode aus Moldau, im Russisch-osmanischen Krieg 1711 die Seiten wechselte und sich Russland anschloss, bewog dies das Osmanische Reich dazu, die Politik indirekter, auf Tributleistungen beruhender Herrschaft über südosteuropäische Fürstentümer aufzugeben und stattdessen von Istanbul aus Statthalter einzusetzen. Zu Gouverneuren ernannte die Regierung der Osmanen keine christlichen Adligen aus den jeweiligen Gebieten, sondern Männer aus Phanarioten-Familien, der Istanbuler christlichen griechischen Elite.³⁹ Zu jener Zeit unterhielten die christlichen und jüdischen Untertanen des Osmanischen Reichs äußerst intensive Beziehungen zum gelehrten, kulturellen und politischen Leben in Europa. In vergleichbarer Weise spielten armenische Christen eine wichtige Rolle in den weitgespannten Netzwerken des Handels und des kulturellen Austauschs vom Indischen Ozean bis zum Mittelmeer, zwischen Osmanischem, Safawiden- und Mogul-Reich.⁴⁰

Das Vorhandensein kultureller Gemeinsamkeiten sowie eine Reihe geteilter Rechtsvorstellungen und religiöser Werte im 18. Jahrhundert darf freilich nicht als ein Zeichen panislamischer Verbundenheit oder einer einheitlichen islamischen Kultur verstanden werden. Es gab keine Vorstellung eines gemeinsamen Dschihad gegen Nichtmuslime und noch nicht einmal systematische Versuche, sie zu bekehren. Die muslimischen Reiche und Sultanate waren zu sehr durch je eigene Interessen und heftige Rivalitäten untereinander gespalten, als dass eine derartige muslimische Geschlossenheit möglich gewesen wäre. Im Verlauf der Konflikte mit den Osmanen etwa versuchten die Safawiden, unter den christlichen Reichen und Fürstenstaaten in Europa Verbündete gegen ihre Gegner zu finden. Umgekehrt sah das Osmanische Reich keinerlei Notwendigkeit, das Nachbarreich und seine muslimische Herrscherdynastie gegen die russische Expansion auf persisches Territorium zu unterstützen.⁴¹ Auch die britische East India Company (EIC) konnte im Krieg gegen das muslimische Sultanat Maisur (Mysore) auf die Unterstützung anderer muslimischer Fürstenstaaten bauen.⁴² Dennoch gab es gelegentlich Umstände, die das Besinnen auf muslimische oder sunnitische Gemeinsamkeiten förderten, insbesondere wenn die Ausübung der Religion grundsätzlich bedroht schien. So fingen Ende des 18. Jahrhunderts muslimische Gelehrte in Indien an, im Sultan des Osmanischen Reichs den potentiellen Beschützer ihrer religiösen Rechte zu sehen. Ebenso gab es Verbindungen zwischen einigen der muslimischen Khanate Zentralasiens und dem Osmanischen Sultanat, die auf Vorstellungen muslimischer Zusammengehörigkeit beruhten.⁴³ Doch finden sich Beispiele, bei denen von einem muslimischen Zusammenhalt gegen einen gemeinsamen, in der Regel christlichen Feind die Rede ist, Mitte des 18. Jahrhunderts viel seltener als Ende des 19. Jahrhunderts im Diskursfeld panislamischer Verbundenheit, und darüber hinaus fehlt jenen die globale, geopolitische Konnotation, die nach 1870 sukzessive deutlich werden sollte.

Mitte des 18. Jahrhunderts pflegten muslimische Netzwerke Kultur und Gelehrsamkeit oder förderten die Mobilität von Menschen, ohne dass es hierzu der schützenden Hand eines geeinten muslimischen Reichs oder auch einer Allianz mehrerer Fürstenstaaten bedurft hätte. Eine solche nicht integrierte Ordnung der muslimischen kulturellen Welt erleichterte es den europäischen See- und Landmächten, an verschiedenen Stellen auf Gebiete muslimischer Herrscher vorzudringen und sich dort festzusetzen, beispielsweise in Südostasien (Malakka und Java), Südasien (Bengalen), auf der Krim, im Kaukasus und in Ostafrika. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts, mit dem Niedergang des muslimischen Krim-Khanats und der Annexion der Krim durch das Russische Kaiserreich, begann unter muslimischen Rechtsgelehrten ein Disput über die religiösen und weltlichen Pflichten und Gebote eines Lebens unter einem christlichen Herrscher.⁴⁴ Das Friedensabkommen von Küçük Kaynarca von 1774 löste das Problem teilweise, indem es den in Russland lebenden Muslimen zugestand, sich an den osmanischen Sultan zu wenden, während umgekehrt die orthodoxen Christen im Osmanischen Reich von da an den Schutz der russischen Regenten genossen. Wenn muslimische Tarenten unter christlicher Herrschaft lebten, hatten sie die politischen Vorstellungen der Realität anzupassen, die nunmehr verlangte, die Ausübung des Glaubens mit der Loyalität gegenüber einem nichtmuslimischen Herrscher in Einklang zu bringen. Unter dem Druck portugiesischer und niederländischer Aggression oder auch angesichts der Alternative, entweder mit europäischen Handelskompanien zu kooperieren oder sich dem chinesischen Tributsystem zu unterwerfen, begannen muslimische Sultanate, ihre bereits brüchig gewordenen Legitimitätsvorstellungen zu überdenken, und entwickelten Strategien, sich mit den neuen politischen Realitäten zu arrangieren.⁴⁵

Um 1750 gab es schätzungsweise dreißig Dynastien, die über verschiedene Länder der muslimischen Welt herrschten; einige Gebiete waren Teil größerer Reiche, so etwa, unter osmanischer Herrschaft, das Khanat der Krim oder die nordafrikanischen Regentschaften der Beys von Tunis und Tripolis (Libyen).⁴⁶ Die Monarchie der scherifischen Alawiden-Dynastie in Marokko, das Bornureich im Nigergebiet, die Khanate Khiva und Kokand in Zentralasien oder die Sultanate Banten und Aceh in Südostasien waren Beispiele für muslimische Länder, in denen eine bemerkenswerte Tradition von Legitimität und der Herausbildung staatlicher Strukturen existierte. Andererseits gab es allein im relativ kleinen geographischen Gebiet rund um Äthiopien und Somalia fünf muslimische Herrscherdynastien. Angesichts der in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zur Verfügung stehenden Transportmöglichkeiten und Kommunikationstechnologien war ein umfassendes internationales System muslimischer Länder, das all diese Dynastien verbunden hätte, ein Ding der Unmöglichkeit.

Gab es eine regionale Ordnung in Afrika?

Auf dem afrikanischen Kontinent existierten Imperien und Königreiche ganz verschiedener Art, gleichwohl gab es für Afrika als Ganzes niemals eine solch

Verbindungen stiftende Erfahrung wie die mongolische Eroberung des eurasischen Raums oder die Expansion des Römischen Reiches rund um das Mittelmeer. Ende des 19. Jahrhunderts sollte sich das von Rassevorstellungen geprägte, geopolitische Bild des «Schwarzen Kontinents» entwickeln; es scheint daher von Belang, die politischen Erfahrungen verschiedener Gemeinschaften Afrikas im Verlauf des 18. Jahrhunderts zu beleuchten. Der Kontinent Afrika bildete keine einheitliche Region, noch existierte in der frühen Neuzeit in irgendeiner Weise etwas wie eine afrikanische Identität. Nordafrika stand größtenteils unter der dezentralisierten Herrschaft des Osmanischen Reiches sowie der muslimischen Alawiden-Dynastie in Marokko. Geschichtlich gab es weitere dynastisch beherrschte muslimische Länder auf dem afrikanischen Kontinent, etwa das Songhai-Reich, das Reich Kanem-Bornu oder das Sultanat der Funj, die durch Handels- und Pilgerrouen lose miteinander verknüpft waren. In vielerlei Hinsicht spiegelten die afrikanischen muslimischen Reiche die Eigentümlichkeiten muslimischer kultureller Beziehungen im afrikanischen Kontext wider.⁴⁷ Ein besonderer Aspekt der muslimischen Königreiche in Afrika war offenbar die Herausbildung religiös geprägter Staaten, mit einem Fokus auf dem Dschihad, dem heiligen Krieg, der sich gegen Nichtmuslime und Muslime gleichermaßen richtete. So wurde etwa das Kalifat von Sokoto (1809–1906) durch eine puristische Bewegung unter Führung von Usman dan Fodio (1754–1817) nach Feldzügen gegen andere muslimische Gemeinwesen gegründet. Solche dschihadistischen puristischen Bewegungen traten auch außerhalb Afrikas auf, etwa die Bewegung der Wahhabiten in Arabien, doch wurden sie häufig von größeren Reichen unterdrückt.

Südlich der Sahara gab es in Afrika viele weitere Königreiche und Stammesstaaten; einige pflegten auch Handelsbeziehungen zu europäischen Kaufleuten. Ab 1652 unterhielt die niederländische Ostindien-Kompanie (Verenigde Oostindische Compagnie, VOC) eine Niederlassung an der Südspitze des Kontinents. Holländische Siedler beherrschten die dort entstandene Kapkolonie, bis die Briten 1795 die Macht übernahmen. Um 1850 hatte die südafrikanische Kolonie eine beachtliche Größe erreicht, die Zahl der europäischen Siedler überstieg die Marke von 20 000, hinzu kam eine noch höhere Zahl von Sklaven. Kriegerische Auseinandersetzungen der europäischen Siedler am Kap gegen Khoikhoi- und Xhosa-Stämme führten letzten Endes zur Festigung der weißen Herrschaft über das Territorium, obschon anfänglich die Buren den Streitkräften der Stämme militärisch nicht eindeutig überlegen waren. Nach 1795 waren es in Südafrika nicht zuletzt britische Handelsschiffe, die über den Handel mit den Siedlern hinaus deren

Schutz verstärkten. Während sich die niederländische und britische Präsenz zunächst am Kap konzentrierte, unterhielt das Königreich Portugal in Afrika eine Reihe von Hafenkolonien, darunter Luanda, das als Drehscheibe für den Sklavenhandel diente. Verschiedene afrikanische Königreiche, so das Kasanje-, das Matamba- und das Ovimbundu-Reich, unterstützten die Portugiesen.

Auch andere politische Gemeinwesen in Afrika waren am Sklavenhandel beteiligt, etwa das Yoruba-Königreich Oyo (dessen Zentrum im heutigen Nigeria liegt), das Königreich Dahomey (im heutigen Benin) oder das Königreich Aschanti (auf dem Gebiet des heutigen Ghana). Indes gab es in Afrika südlich der Sahara kein hegemoniales Reich, das weite Teile des Kontinents beherrscht hätte. Zwar existierten verschiedene starke Staaten, beispielsweise Bunyoro und Buganda (auf dem Territorium des heutigen Uganda), doch waren solche Länder nirgendwo in Afrika groß genug, um Herrschaftsstrukturen eines imperialen Systems auszubilden. Selbst die älteste Monarchie des Kontinents, das christliche Äthiopien, zerfiel und erlebte eine lange, bis 1855 währende Zeit ohne zentrale Regierungsgewalt.

Im Süden Afrikas trat an die Stelle kleinerer Gemeinschaften von Ackerbauern, die um 1770 das Bild dominierten, bis in die 1830er Jahre sukzessive eine Reihe großer, zentralisierter Königreiche, darunter AmaZulu, AbakwaGaza und das AmaNdebele-Reich.⁴⁸ Das Zulu-Reich etwa schuf umfangreiche militärische Strukturen, die auf Stammeszugehörigkeiten gründeten. Während der Regentschaft des Königs Shaka (reg. 1818–1828) gelang es zudem, neue Militärtechniken zu entwickeln, und das Königreich kontrollierte ausgedehnte Flächen Weide- und Ackerland. Zwei Nachbarn von AmaZulu, Lesotho und Swasiland, bildeten ebenfalls staatsähnliche Strukturen heraus, nicht zuletzt um sich gegen ihre überlegenen Nachbarreiche zu schützen.

Globale Tendenzen Mitte des 18. Jahrhunderts

Gab es strukturelle, langfristige Trends, die Mitte des 18. Jahrhunderts die drei großen internationalen imperialen Zusammenhänge dazu zwangen, stärker zu

interagieren? Lässt sich die Globalisierung der politischen Ordnung im späten 19. Jahrhundert in ihren Ursprüngen bereits Mitte des 18. Jahrhunderts erkennen?

Der Übergang mehrerer regionaler Formationen zu einer globalisierten imperialen Ordnung vollzog sich zwischen den 1750er und den 1880er Jahren, in einer Zeitspanne von mehr als einem Jahrhundert. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts entstanden so unter den verbliebenen Königreichen und Imperien weltweit enge Verbindungen, ein sich globalisierendes gemeinsames System aus Handel und Diplomatie, Verträgen und Kriegen. Aus der Perspektive der 1750er Jahre freilich

wäre es unmöglich gewesen, den Prozess vorherzusehen, der zur Herrschaft der europäischen Imperien über die Gemeinwesen und Staaten im ostasiatischen und muslimischen Kulturkreis führte. Tatsächlich wirkten die ostasiatische Region unter der Herrschaft der Qing-Dynastie und ebenso der Nahe und Mittlere Osten des Osmanischen Reichs solide gebaut, und sowohl diese Reiche als auch andere schienen zudem über das Potential zu verfügen, ihre Herrschaft zu sichern und sogar auszuweiten. Immerhin war China seit dem späten 17. Jahrhundert nach Zentraleurasien expandiert.⁴⁹ Sowohl unter den Han-Eliten als auch darüber hinaus in der Bevölkerung des Großreichs stand die Legitimität der mandschurischen Kaiser von China nicht infrage. Und schließlich war es sogar gelungen, die letzte aus Zentralasien stammende Nomadenmacht, das Dzungaren-Reich, vernichtend zu schlagen. Das chinesische Reich der Qing-Dynastie zeigte während der sechzigjährigen Amtszeit des Kaisers Qianlong (reg. 1735–1796) keinerlei Anzeichen eines politischen oder militärischen «Niedergangs». Im Gegenteil, die intellektuellen Traditionen und die politische Macht Chinas gleichermaßen ließen koreanische, vietnamesische und japanische Gelehrte und Eliten im 18. Jahrhundert aufschauen.

In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts eroberte Nadir Schah vom Iran aus Indien und schuf in den eroberten Gebieten ein ausgedehntes imperiales Tributsystem. Es waren die Invasion Nadir Schahs und eine Reihe afghanischer militärischer Überfälle, nicht die europäischen Seemächte, die den Zerfall des Mogulreichs einleiteten. Doch auch wenn das Reich im Kern zerfiel und der weiterhin in Delhi residierende Mogulkaiser seine Macht weitgehend verlor, blieb jeder der daraus hervorgehenden Provinzstaaten eine gewaltige politische Einheit und durchaus mit einem europäischen Königreich oder auch Imperium vergleichbar. Aus Sicht der muslimisch-persischen imperialen Tradition im Iran und in Indien wie auch aus der konfuzianisch fundierten, mandschurisch-chinesischen internationalen Ordnung waren in beiden Herrschaftsbereichen die europäischen Imperien mit ihren Vorstößen zur See nicht zwingend eine ernstzunehmende Bedrohung.

Tatsächlich lassen sich, wie Sanjay Subrahmanyam in seinen Arbeiten eindrucksvoll verdeutlicht, die Geschichte des internationalen politischen Systems der Neuzeit und der besondere Gang der Entwicklung in Europa (Westfälischer Friede, Atlantische Revolution, Moderne etc.) entkoppeln, um so zu erkennen, dass es eine weltweite Verschiebung gab, bei der zahlreiche unterschiedliche Ursachen und Veränderungen zu jenem Wandel beigetragen haben, der in der Globalisierung der Weltordnung im Verlauf eines langen Jahrhunderts des Umbruchs zu beobachten ist.

Was nun globale Entwicklungstendenzen anbelangt, die Verbindungen zwischen verschiedenen Teilen der Welt schufen und sie schließlich transformierten, so ist, erstens, hervorzuheben, dass Mitte des 18. Jahrhunderts die Erkundung der Welt bereits bis an ihre äußersten Grenzen vorgedrungen war. Schon hundert

Jahre bevor Mitte des 19. Jahrhunderts Telegraph und Dampfschiffahrt verbreitet nutzbar wurden, war weltweit ein starker Anstieg des Handels zwischen den Regionen zu verzeichnen, was nicht zuletzt die neu entstehende Kultur des Kaffee-, Tee-, Tabak- und Opiumkonsums (und -handels) erklärt. Handel und Konsum förderten zugleich ein höheres Maß kulturellen und politischen Austauschs und Miteinanders. Was Christopher Bayly die «archaische Globalisierung» nennt, schuf im 18. Jahrhundert engere Verbindungen weit entfernter Gebiete.⁵⁰ Die überseeische Expansion der Briten, Franzosen und Niederländer, aber auch europäische Entdeckungsexpeditionen, für die James Cooks Fahrten zum Sinnbild wurden, waren wichtige Aspekte jener Globalisierung. Europäer hatten daran rein quantitativ einen überproportionalen Anteil, doch zum Zeitalter der Erkundung der Welt gehörten gleichermaßen die nicht minder bedeutsamen osmanischen, japanischen, indischen und chinesischen Erfahrungen, gewonnen durch Reisen, aber auch durch Übersetzungen und intellektuelle Entdeckungen.⁵¹ Die Entwicklung der Reiseliteratur und deren Übersetzung aus anderen Sprachen spielte überhaupt eine sehr wichtige Rolle, sie weckte nicht nur die Neugierde, sondern vermittelte auch Wissen über ferne Gegenden. Die Buchdruckerei des muslimisch-osmanischen Gelehrten İbrahim Müteferrika (1674–1745) verlegte in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts mehr Werke zur Geographie und Beschreibung der Welt als zu religiösen Themen. Selbst im äußersten Fernen Osten, in Japan, zeigten Gelehrte, wenn sie das Abschotten und Bewahren des Landes vor etwaigen von außen drohenden Gefahren befürworteten, ein großes Wissen, was die Geographie, die Reiche und Religionen der Welt anbelangte.⁵² Es war eine sukzessive Erweiterung des geographischen Wissens um entfernte Erdteile, die seit Mitte des 18. Jahrhunderts stattfand.

Zweitens trugen die Verbreitung geographischer Kenntnisse und Bilder wie auch die größere Mobilität dazu bei, bereits existierende Vorstellungen eines weltumspannenden Reichs zu stärken, über das Erbe früherer chinesischer, römischer, tamerlanisch-dschingisidischer oder muslimischer Traditionen hinaus.⁵³ In allen Großreichen der Welt, bei Habsburgern, Briten und Franzosen ebenso wie bei Osmanen, Russen oder Qing erfuhr um 1750 die überlieferte Idee vom Weltreich neue Interpretationen, und das Wissen um die Ausweitung des Welthandels ging darin ebenso ein wie vervollkommnete geographische Kenntnisse. Frühere Weltreichvorstellungen wurden revidiert und durch Überlegungen etwa zum Welthandel und darüber, welchen Wohlstand er bringen mag, ergänzt, aber auch durch eine gewisse intellektuelle Offenheit, die später allgemein Aufklärung genannt werden sollte. Die vielfältigen, über die Jahrhunderte tradierten imperialen Bilder verblassten um die 1750er Jahre nicht einfach, sondern wurden in neue Deutungsmuster und neue wirtschaftliche Perspektiven eingeordnet und übersetzt oder mit ihnen verschmolzen. Es gab Reiche unterschiedlicher Art, mit neuartigen Strategien der Machtverteilung, neuen Legitimitätsstrukturen und

Vermittlungsansätzen. Reiche schienen weiterhin beständig und durchsetzungsfähig zu sein.

Drittens hatte sich bis etwa 1750, wie Victor Lieberman mit Blick auf die frühe Neuzeit in Südostasien gezeigt hat, in vielen Teilen der Welt eine deutliche Verschiebung vollzogen, die an die Stelle lokaler Fragmentierung eine politische Konsolidierung treten ließ. Diese allgemeine Tendenz zur Zentralisierung des Staates wurde unterstützt durch neue Mittel einer straffen staatlichen Verwaltung mit besseren Abläufen.⁵⁴ Hinzu kamen technologische Entwicklungen und eine veränderte Kriegsführung, die die imperialen Zentralisierungstendenzen ebenfalls verstärkten. Durch die intensivierten Beziehungen untereinander sowie häufigere und kostspieligere Kriege waren die imperialen Mächte zugleich auf höhere Steuereinnahmen angewiesen und mussten daher lernen, wie sie diese ihren Untertanen abpressen konnten. Der Zirkel aus Kriegsführung, Steuererhebung und imperialer Zentralisierung verschaffte Großreichen wie dem Russischen, dem Britischen oder dem der Habsburger einen geringfügigen Vorsprung, insofern sie effizient und energisch daran arbeiteten, Armeen zu rekrutieren und Steuern einzutreiben. Auch die überseeischen Kolonien einiger europäischer imperialer Mächte erwiesen sich gegenüber den Rivalen als Vorteil, brachten sie den Mutterländern doch zusätzliche Einnahmen aus Kolonialsteuern und der Ausbeutung von Ressourcen. Aus unterschiedlichen Legitimitätstraditionen und imperialen Erfahrungen heraus lernten die Imperien aber zugleich auch voneinander, neue Wege einzuschlagen, um höhere Mittel für die Aufrüstung von Armee und Kriegsflotte aufzubringen. Historische Kontingenzen spielten für den Ausgang staatlicher Konsolidierungsprozesse und imperialer Neuanfänge ebenfalls eine Rolle. Die Erfahrungen des Siebenjährigen Krieges brachten das Britische Empire dazu, die stärkste Kriegsmarine der Welt zu schaffen, was den Briten in späteren militärischen Auseinandersetzungen enorm zugutekommen sollte. Das Russische Reich unternahm seit der Zeit Peters des Großen gewaltige Anstrengungen, seine Steuereinnahmen und seine militärische Schlagkraft zu erhöhen. Auch dem Osmanischen Reich gelang es schließlich im ersten Viertel des 18. Jahrhunderts, sich zu restrukturieren und die Zentralmacht neuerlich zu stärken, ungeachtet einer Reihe innenpolitischer Krisen, darunter nicht zuletzt die Rebellion der Janitscharentruppe und Widerstände lokaler Honoratioren.

Imperiale Zentren konnten straucheln, zerfallen oder sich neu aufrichten. Sie konnten militärisch schwächer oder stärker werden. Ausschlaggebend war, ob ihre militärische Macht und Schlagkraft durch Kontrahenten auf die Probe gestellt wurde. Der polnische Staatenbund etwa verlor seine Souveränität nicht aus innenpolitischen Gründen, sondern weil das Land von drei rivalisierenden Reichen umgeben war, die gemeinsam die Teilung Polens betrieben. Persien war deutlich schwächer als das Osmanische Reich, doch die Osmanen hatten es mit

einer Reihe militärisch mächtiger Kontrahenten zu tun und mussten daher höhere territoriale Verluste als das Persische Reich hinnehmen.

Neben den angeführten drei wesentlichen Entwicklungstendenzen gab es im 18. Jahrhundert kein durchgängiges Muster, das bestimmte Regionen oder Kulturkreise in ihren wirtschaftlichen, militärischen oder politischen Möglichkeiten anderen gegenüber begünstigt hätte. Die Imperien der europäischen Region entwickelten, nicht zuletzt aufgrund ihres Zugangs zu den Ressourcen der westlichen Hemisphäre, beachtliche wirtschaftliche und militärische Potentiale, doch ergab sich daraus im Verlauf des 18. Jahrhunderts nicht zwangsläufig eine Vormachtstellung anderen Regionen der Welt gegenüber. Ostasien und die Welt des Islam stagnierten nicht, auch nicht im Vergleich zu Europa. Der Aufstieg und schließliche Vorsprung der europäischen Imperien im Welthandel hatte nicht den Niedergang der asiatischen Reiche zur Bedingung. Eine solche Vorstellung ginge davon aus, die Beziehungen zwischen den Imperien Europas und Asiens seien eine Art Nullsummenspiel. Doch tatsächlich war Ende des 18. Jahrhunderts eine auf kontinentalen Konkurrenzen aufbauende geopolitische Perspektive noch nicht in Sicht.

Entwicklung der Reiche in Asien

Angesichts der erheblichen Unterschiede, die sich zwischen den außereuropäischen Großreichen – dem Osmanischen, dem Persischen, dem Qing- und dem Mogul-

reich – auftraten, überrascht es, wenn viele Historiker deren Niedergang und Zerfall in etwa gleichzeitig datieren, nämlich gegen Ende des 18. Jahrhunderts. Die Probleme und Herausforderungen der asiatischen Reiche unterschieden sich nicht von denen der imperialen Mächte in Europa zu jener Zeit, und die Aufgaben, vor denen sie im 18. Jahrhundert standen, waren verglichen mit denen des 16. oder 17. Jahrhunderts keineswegs einzigartig.⁵⁵ Zwei Reiche in Asien erlebten gleichwohl Mitte des 18. Jahrhunderts eine tiefgreifende Krise, nämlich Persien und das indische Mogulreich. Persien ging durch dramatische Veränderungen, verbunden mit dem Niedergang und dem schließlichen Ende der Safawiden-Herrschaft 1722; lange Jahre konkurrierender dynastischer Ansprüche schlossen sich an, bis 1796 die Kadscharen sich als Herrscher in der neuen Hauptstadt Teheran etablierten. Dennoch sahen diese stürmischen Zeiten in Persien eine Reihe der spektakulärsten militärischen Erfolge gegen Nachbarländer.

Das Mogulreich konnte sich von der Invasion Nadir Schahs 1739 nicht erholen, einer traumatischen Erfahrung, die einherging mit der Eroberung und Brandschatzung der Hauptstadt Delhi und der Plünderung der kaiserlichen Schatzkammer; in der Folge zerfiel die Souveränität, und eine Reihe Regionalstaaten entstanden. Die



Der Maharadscha Ranjit Singh besucht einen Bazar. Das unter Ranjit Singh (reg. 1801–1839) in der Region Panjab errichtete vereinigte Königreich der Sikh bietet ein treffendes Beispiel für den inklusiven Charakter und den Universalismus imperialer Macht im frühen 19. Jahrhundert. In den Diensten des Herrschers standen, als loyale Beamte und Militärs mit unterschiedlichsten Aufgaben, gleichermaßen Muslime und Hindus.

Gründe, die zur sukzessiven Auflösung der zentralen Staatsgewalt im Mogulreich führten, waren Gegenstand historiographischer Kontroversen, ohne dass ein abschließendes Urteil gefallen wäre.⁵⁶ Klar ist, dass es dem Machtzentrum im Mogulreich zu Beginn des 18. Jahrhunderts nicht gelang, neuen Herausforderungen wie den Affronts der Marathen-Herrscher, der Rebellion der Rajputen oder der religiösen Mobilisierung der Sikhs zu begegnen, ungeachtet des unermesslichen Reichtums der Moguln. Freilich ließe sich der Zerfall und die Dezentralisierung der Staatsmacht auch als Stärke des indischen Subkontinents ansehen. Schließlich verteilte sich auch in Europa die Macht auf eine Vielzahl von König- und Kaiserreichen, was der Entwicklungsdynamik und dem weltweiten Einfluss dieses Teils Eurasiens keinen Abbruch tat. Viele der aus der Dezentralisierung Indiens hervorgegangenen Staaten, so das Reich des Nizam von Hyderabad, das Sultanat Mairur oder das Sikh-Reich des Maharadscha Ranjit Singh hatten eine größere territoriale

Ausdehnung und mehr Einwohner als Preußen, England oder Frankreich. Das Königreich der Sikh im Gebiet des Panjab (1799–1849) etwa wurde in den Kämpfen gegen die Dschihad-Bewegung des Sayyid Ahmad, die 1831 in der Schlacht von Balakot mit einem Sieg der Sikh-Truppen endeten, von muslimischen und Hindu-Untertanen gleichermaßen unterstützt. Das Ende des Mogulreichs bedeutete also weder für den indischen Subkontinent das Ende, noch war es eine natürliche Ursache der späteren Kolonialisierung durch das Britische Empire.

Als die britische East India Company in den 1750er Jahren die Kontrolle über Gebiete in Bengalen erlangte, war die Gesellschaft, auf den asiatischen Kontinent insgesamt bezogen, den nach wie vor verschiedene konkurrierende Reiche beherrschten, nur ein kleiner Akteur; und selbst das Britische Empire spielte in der polyzentrischen Welt Mitte des 18. Jahrhunderts eine zwar wichtige, doch keineswegs eine dominante Rolle. Es war die Auflösung des staatlichen Kerns Indiens in der Krise des Mogulreichs, teilweise ausgelöst durch Nadir Schahs Eroberung Delhis in den Jahren 1738/39, nur wenige Jahrzehnte zuvor, die der East India Company den Raum eröffnete, in Bengalen ihre Handelstätigkeit auszuweiten und darüber hinaus eine eigene Armee aufzustellen.⁵⁷ Doch auch wenn wir den Aufstieg einer Reihe von Provinzstaaten in Südasien sehen, währte das kulturelle Ansehen der Mogulkaiser fort. Dem Britischen Empire gelang es, besser als seinen potentiellen Rivalen, den europäischen Seemächten Frankreich, Niederlande und Portugal, mit verschiedenen indischen Staaten Allianzen einzugehen, sukzessive Handelsnetzwerke zu durchdringen und – vor allem in den Küstenregionen Indiens – administrative, finanzielle und geschäftliche Privilegien zu erlangen. Trotz des Machtzuwachses der EIC in Bengalen während der gesamten zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts musste das Empire die nominelle Souveränität und imperiale Macht des Mogulreiches in jenen Gebieten weiterhin anerkennen.⁵⁸

Die Ära nach Nadir Schah erlebte die Etablierung einer Reihe neuer Staaten, darunter Belutschistan, Sindh, Bahrain und Oman, sowie den Aufstieg verschiedener Herrscherdynastien rund um den Indischen Ozean, und auch die Fürstentstaaten Maisur und Hyderabad bestanden fort. Um ihre Macht zu erhalten und zu stärken, waren die aufstrebenden Dynastien jener Länder – Khan, Talpur, al-Chalifa und al-Bu Said – gezwungen, sich den neuen Verhältnissen anzupassen, die durch Handelsbeziehungen ebenso bestimmt waren wie durch die Entwicklung der Militärtechnologie oder regionale imperiale Netzwerke. Einigen Herrscherfamilien gelang es, die folgenden zwei Jahrhunderte zu überdauern, etwa der Dynastie al-Chalifa, die 1783 nach Bahrain kam, dort die Herrschaft übernahm und sie gegen alle regionalen Großmächte und die Dynastien der kleinen Nachbarländer behauptete. Auch der Aufstieg der Herrscherdynastie von Oman fiel in die Ära nach Nadir Schah. Die Kleinstaaten am Indischen Ozean und am Persischen Golf waren weder isolierte lokale Kräfte noch Marionetten größerer Reiche. Selbst in einem Geflecht von Beziehungen stehend, vertraten sie in vielfäl-

tiger Weise und umsichtig ihre Interessen und Vorstellungen gegenüber größeren Staaten und Imperien wie dem Osmanischen Reich, Persien oder Afghanistan, dem Britischen Empire oder dem Königreich Portugal.

Während des gesamten 18. Jahrhunderts schienen die dynastischen Staaten Ostasiens stabil und beständig. Das Chinesische Reich erweiterte sein Herrschaftsgebiet unter der Regentschaft des Mandschu-Kaisers Qianlong im Westen nach Zentralasien. Das China des 18. Jahrhunderts, bis in die Zeit des Wiener Kongresses in Europa, war alles andere als ein im Niedergang begriffenes oder krisengeschütteltes Land. Europäische Kaufleute trieben ihre Geschäfte mit China unter chinesischen Tributbedingungen und galten nicht als militärische Bedrohung. Umso überraschender war die Niederlage Chinas gegen die britische Flotte im Ersten Opiumkrieg 1839–1842. Japan war Mitte des 18. Jahrhunderts extrem militarisiert und zugleich eines der stabilsten und friedvollsten Länder weltweit. Die koreanische Yi-Dynastie war Mitte des 18. Jahrhunderts eines der ältesten Herrschergeschlechter der Welt. Vietnam befand sich im Prozess staatlicher Einigung, der 1802 abgeschlossen war, geprägt durch ein hohes Niveau des Vertrauens auf konfuzianische Staatstraditionen und das chinesische Modell des Regierungshandelns.⁵⁹ In gewisser Weise erlebte die Ära, die allgemein als die einer westlichen Vorherrschaft in Asien betrachtet wird, den Aufstieg einer starken Dynastie in Vietnam, einen in hohem Maße organisierten staatlichen Verwaltungsapparat und wirtschaftliche Prosperität.

Die Restrukturierung der europäisch-atlantischen Region im globalen Kontext

Was hat die gewaltige Veränderung der europäisch-atlantischen politischen Ordnung zwischen den 1770er Jahren und dem Wiener Kongress von 1815 ausgelöst und geformt? Die Antwort darauf

sollte sich zunächst auf eine Kette kontingenter Faktoren konzentrieren, die sodann die entscheidenden Treibkräfte hervorbrachten und einen langfristigen strukturellen Wandel bewirkten. Ganz oben unter diesen Faktoren rangierten die aufgrund neuer Militärtechnologien sich verändernde – und aufwändigere – Art der Kriegsführung sowie deren Folgen für Legitimität, Gestalt und Verwaltung der Imperien. Steigende Kosten und eine stetige Ausweitung der Kriegsführung im 18. Jahrhundert bildeten den Hintergrund nicht nur einer radikalen imperialen Neuordnung, sondern auch der Atlantischen Revolutionen. Es waren die imperialen Veränderungen und die Rivalitäten in und um Europa in der Zeit nach diesen Atlantischen Revolutionen, die sich im globalen Maßstab dauerhaft zum Vorteil der europäischen Reiche auswirken sollten.

Kostspielige Kriege und die Grenzen imperialer Reformen

Während des gesamten 18. Jahrhunderts führten die drei großen Landreiche, die in Osteuropa und teilweise im Kaukasus aneinanderstießen, nämlich Russland, das Osmanische Reich und das Reich

der österreichischen Habsburger, häufige, kostspielige und verlustreiche Kriege.⁶⁰ Es gab mehr als sieben bedeutende militärische Auseinandersetzungen zwischen dem Russischen oder dem Habsburgerreich und dem der Osmanen; hinzu kamen der Österreichische Erbfolgekrieg (1740–1748) und der Siebenjährige Krieg, sodass das 18. Jahrhundert eine Zeit war, in der Osteuropa extrem häufig von Kriegen heimgesucht wurde. Alle drei Reiche revidierten und reformierten in dieser Zeit ihre Vorstellungen politischen Handelns ebenso wie ihren Staatsaufbau. Auch für die Millionen Menschen, die unter russischer, osmanischer oder habsburgischer Herrschaft lebten, bedeuteten die Kriege des 18. Jahrhunderts tiefgreifende Veränderungen. Steuererhebungen und Einberufung zum Kriegsdienst sollten das Verhältnis der Reiche zu ihren Untertanen grundlegend wandeln. Ähnlich häufige, sinnlose, kostspielige und unpopuläre Kriege charakterisierten auch die osmanisch-iranischen Beziehungen bis Mitte des 18. Jahrhunderts. Mehrere Grenzstädte fanden sich in Händen mal der einen, dann der anderen Seite wieder, doch letztlich verliefen die Grenzen wieder dort, wo sie bereits vor dem 18. Jahrhundert verlaufen waren.⁶¹ Diese imperialen Kriege waren nicht im Geringsten ein Kampf der Kulturen christlicher und muslimischer Gemeinwesen oder schiitischer und sunnitischer Dynastien. Die Kriege waren zudem, wichtiger noch, nicht die einzige Form der Beziehung zwischen den etablierten Reichen: Intensiver kultureller Austausch, wirtschaftliche Verbindungen und die Kunst der Diplomatie entwickelten sich.

In diesem Zusammenhang spielte der Russisch-osmanische Krieg von 1768–1774, beinahe ein «Sechsjähriger Krieg», eine Schlüsselrolle und markierte einen Wendepunkt: Er endete mit der Niederlage der osmanischen Seite und veränderte das Machtgleichgewicht zwischen beiden Reichen.⁶² Anfänglich ging es den Osmanen in dem Krieg darum, Polen zu unterstützen und die Teilung des Königreichs zu verhindern, doch der Kriegsausgang verschob insgesamt die geopolitischen Machtverhältnisse in Osteuropa. Durch das 1774 geschlossene Friedensabkommen von Küçük Kaynarca geriet das Khanat der Krim mit seiner muslimischen Bevölkerungsmehrheit in den imperialen Herrschaftsbereich Russlands; die orthodoxen Christen im Osmanischen Reich hingegen genossen fortan russischen Schutz, und die russische Flotte erhielt Zugang zum Schwarzen Meer. 1783 schließlich annektierte das Russische Kaiserreich die Krim.⁶³ Im Osmanischen Reich wurde die Legitimität der Herrscherdynastie unter der muslimischen Bevölkerung durch die militärische Niederlage zwar nicht erschüttert, sondern im Gegenteil gefestigt, doch machte die Niederlage etwas anderes deutlich: Die

osmanische Staatsführung musste Verwaltung und Militär strukturell reformieren, wenn sie gegenüber ihren wichtigsten Gegenspielern eine Position der Stärke behaupten wollte. Die Niederlage schuf zudem bei einem Teil der christlichen Bevölkerung in Serbien und Griechenland, Untertanen des Osmanischen Reichs also, eine Stimmung, in der eine Zukunft unter einer anderen Herrschaft oder die Schaffung eines eigenen Königreichs vorstellbar erschienen. Ungefähr zur selben Zeit begann auch ein Teil der Bevölkerung in den britischen Kolonien in Amerika, sich eine andere Zukunft auszumalen.

Der weltweit ausgetragene Siebenjährige Krieg hatte bereits vorher nachhaltige Veränderungen auf den Weg gebracht. Er löste eine Kettenreaktion aus, zu der die Amerikanische, die Französische und die Haitianische Revolution ebenso zählen wie die Napoleonischen Kriege.⁶⁴ 1756 gingen Preußen und Großbritannien ein Bündnis gegen Österreich, Frankreich, Russland und Schweden ein. Auf dem europäischen Kontinent wendete sich für die preußischen Armeen, nach anfänglichen Erfolgen gegen Österreich, die Lage, und schließlich fanden sie sich in der Umklammerung russischer und österreichischer Truppen wieder. Vor einer vernichtenden Niederlage rettete den Preußenkönig Friedrich den Großen 1762 letztlich der Tod der Zarin Elisabeth, deren Nachfolger Peter III. ein Bewunderer Friedrichs war. So gelang es Preußen, trotz großer Rückschläge im Verlauf des Konflikts, eine Wiederherstellung des Zustands vor dem Krieg ohne territoriale Verluste zu erreichen. Das Königreich blieb militärisch und diplomatisch ungebrochen stark, und 1772, nur wenige Jahre später, verständigte es sich mit Russland und Österreich über die Teilung Polens.

Angesichts der ebenfalls bedeutsamen Konflikte des Osmanischen Reichs, Russlands und Österreichs in Osteuropa sowohl vor als auch nach dem Siebenjährigen Krieg waren alle diese imperialen Mächte gezwungen, sich nachdrücklich mit der Finanzierung ihrer Kriege, mit den Problemen der militärischen Mobilmachung wie auch mit den administrativen Seiten der Kriegsführung zu beschäftigen. Die vier großen, in Osteuropa engagierten Reiche mussten, mit anderen Worten, offen für Reformmaßnahmen auf den Feldern Staatsverwaltung, Steuerwesen, Militärdienst und Bildung sein, was zugleich in der Bevölkerung verschiedentlich für Unmut sorgte. Der Pugatschow-Aufstand von 1773 in Russland kann hierfür als ein Beispiel gelten: Der Unmut der russischen Bauern entlud sich in einer Erhebung unter Führung des Deserteurs Jemeljan Pugatschow (1742–1775), der behauptete, Zar Peter III. zu sein. Auch die Revolte der Janitscharen im Osmanischen Reich hatte viel mit dem Unmut in der Bevölkerung angesichts neuer Steuern und einer angestrebten Armee reform zu tun.

Zwei wichtige Kriegsparteien im Siebenjährigen Krieg, das Britische Empire und Frankreich, trugen die militärische Auseinandersetzung auch auf Schauplätze in ihren nordamerikanischen und südasiatischen Kolonien, was den Krieg für beide Seiten denkbar kostspielig machte. Tatsächlich sollten beide Im-

perien Konflikte noch ein weiteres halbes Jahrhundert rund um den Globus austragen. In dieser Zeit schlugen die langsamen, sukzessiven Fortschritte der Militärtechnologie für die europäischen Imperialmächte zu Buche. Von Anfang an war es ein Vorteil des Britischen Empire, über eine starke Kriegsflotte und, dank vom Parlament beschlossener Steuern, auch über eine solide Finanzierung aus dem Staatshaushalt zu verfügen. Die britischen Steuereinnahmen waren höher als die Frankreichs oder die irgendeiner anderen imperialen Macht, und zudem flossen sie mehrheitlich aus indirekten Steuern, so dass die Steuerlast für die Bevölkerung weniger drückend wirkte. Am Ende des Siebenjährigen Krieges jedenfalls war die britische Flotte nach zahlreichen Siegen ein globaler Machtfaktor mit einem beeindruckenden Einsatzgebiet, das sich vom Atlantik bis zum Indischen Ozean spannte.⁶⁵ So konnten die Streitkräfte der britischen East India Company, in deren Reihen mehrheitlich indische Soldaten kämpften, 1757 in der Schlacht von Plassey die Truppen des Nawab von Bengalen besiegen, die zahlenmäßig weit überlegen waren. Die East India Company, vor allem bestrebt, den imperialen Rivalen Frankreich rund um den Indischen Ozean aus dem Feld zu schlagen, legte so den Grundstein für die ab 1764 einsetzende Herrschaft über mehr als 40 Millionen Menschen in Bengalen und die Kontrolle der Steuereinnahmen.

Die Atlantischen Revolutionen

Den dramatischsten Wandel erfuhr das politische System der europäischen Imperien und ihrer Herrschaftsgebiete in der westlichen Hemisphäre gegen Ende des 18. Jahrhunderts durch eine Abfolge zusammenhängender Ereignisse: die Amerikanische, die Französische und die Haitianische Revolution. Infolge der immensen Summen, die der Siebenjährige Krieg von 1756 bis 1763 gekostet hatte, war London entschlossen, die Zügel anzuziehen und mehr Ressourcen aus den überseeischen Kolonien in Nordamerika und Indien herauszuholen. In den Augen der Krone war es nur angemessen, dass die nordamerikanischen Besitzungen für die Kosten einstanden, die der Krieg des Empire gegen die französischen Truppen in Kanada verursacht hatte, denn das waren Ausgaben, die letztendlich auch den Kolonien wieder zugutekamen. Der Stamp Act von 1765, ein Steuermarkengesetz, sollte eine Art Ausgleich der Steuerbelastung schaffen: Den Siedlern wurde eine zusätzliche Steuer aufgebürdet, um sie den Steuerbürgern im Mutterland gleichzustellen. Das Vorhaben löste eine hitzige Debatte in der politischen Öffentlichkeit der britischen Kolonien Nordamerikas aus; die Einwände bündelten sich in dem Argument, eine zusätzliche Besteuerung sei illegitim, solange im britischen Parlament, das über das Gesetz beriet, die Siedler nicht repräsentiert

seien. Als die Spannungen zwischen London und der im Kontinentalkongress organisierten politischen Führung der Kolonien eskalierten und schließlich die Ebene militärischer Auseinandersetzungen erreichten, proklamierten die Kolonien im Jahr 1776 die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika. Frankreich sowie, in geringerem Maße, Spanien und die Niederlande unterstützten im weiteren Verlauf die Sache der Amerikaner, vor allem um das Britische Empire zu schwächen. Die Amerikanische Revolution erreichte ihr politisches Ziel, die Unabhängigkeit von der britischen Kolonialmacht, mit dem Ende des Unabhängigkeitskriegs, markiert durch das mit dem Empire geschlossene Friedensabkommen von 1783, das die junge amerikanische Nation nach internationalem Recht anerkannte. Die Ratifizierung der Verfassung der Vereinigten Staaten in den Jahren 1787 bis 1790 schuf eine Republik mit einer relativ starken Zentralregierung, die Möglichkeit einer Rückkehr zur Monarchie wurde ausgeschlossen.

Die Generation von 1776 in Amerika war mit der Welt nach dem Siebenjährigen Krieg auf vielfältige Art verbunden. Ihre Handelsnetzwerke umspannten den Globus und reichten bis nach Indien und China: Sinnbildlich steht dafür etwa der chinesische Tee, der während der sogenannten Boston Tea Party aus Protest gegen die britische Herrschaft ins Meer geworfen wurde. Es gab zudem intellektuelle Beziehungen zur Aufklärung wie auch zur Gedankenwelt der britischen politischen Philosophie, die es erlaubten, die eigenen Forderungen als Rechte, Pflichten und Ausdruck der Souveränität zu artikulieren. Dies war nicht notwendigerweise ein antiimperialer Akt; bekräftigt wurde vielmehr, dass es in Amerika dreizehn unabhängige Staaten gebe, die erklärten, frei und eigenverantwortlich Frieden schaffen, Krieg führen und andere Entscheidungen fällen zu können, ohne darin vom Britischen Empire abhängig zu sein. Eine Gegenposition vertrat beispielsweise eine nicht unerhebliche Gruppe von Loyalisten, die für die Fortsetzung der britischen Herrschaft eintrat: In ihren Augen war es das Empire, das Freiheit, Gleichheit und politische Rechte repräsentierte.⁶⁶ Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung zielte als eine internationale Rechtsurkunde auf die Anerkennung der Vereinigten Staaten von Amerika durch andere Länder, als Grundlage gleichberechtigter Beziehungen. Die Erklärung blieb voraussetzungslos, sie bedingte keine nationale Identität oder Einheit. Tatsächlich sprach der Text überhaupt nicht von einer amerikanischen Nation. Hier erklärte ein Staat seine Unabhängigkeit, und viele andere, spätere Unabhängigkeitserklärungen verfolgten, teilweise durch die amerikanische inspiriert, das gleiche Ziel: durch die Anerkennung anderer Staaten einen Staat zu schaffen.⁶⁷

Auch die Vorgeschichte der Französischen Revolution weist Verbindungen zum Siebenjährigen Krieg auf. Frankreich verlor seine Kolonien in Kanada und im Indischen Ozean; die westindischen Besitzungen hingegen blieben der Krone aufgrund diplomatischen Geschicks erhalten. Die Einnahmeausfälle durch den

Verlust der Kolonien und die Kriegsschulden, verschlimmert noch durch das französische Engagement auf amerikanischer Seite im Unabhängigkeitskrieg gegen die Briten, führten 1787 zum Bankrott der französischen Krone. Frankreich sah sich gezwungen, das Steueraufkommen im Mutterland zu erhöhen, und begab sich zugleich noch stärker in die Abhängigkeit von Einkünften aus der einzig verbliebenen lukrativen Kolonie, Saint-Domingue. Auch Spanien sah sich, wie Großbritannien und Frankreich, mit der Notwendigkeit konfrontiert, die Herrschaft über die amerikanischen Kolonien zu «reformieren» und zu straffen, zumal das Verhältnis zu den bisherigen Mittelsleuten der imperialen Macht zerrüttet war. «Wären die Diplomaten im Jahr 1756, was die Verwicklung in einen interimperialen Krieg betraf, vorsichtiger gewesen», beschreiben Jane Burbank und Frederick Cooper die Situation, «dann hätten die Revolutionen im britischen, französischen und spanischen Imperium möglicherweise überhaupt nicht stattgefunden, zumindest nicht zu dem Zeitpunkt und in der Form, wie sie sich dann vollzogen.»⁶⁸ Die Finanzkrise Frankreichs führte zur Einberufung der Generalstände und, gepaart mit einer allgemeinen Unzufriedenheit in der Bevölkerung, schließlich zur konstitutionellen Krise im Juli 1789, die sich in einer Revolution entlud. Deren weitreichende Folgen konnte keiner der Akteure jener Zeit voraussagen.

Ein solcher Fokus auf den Siebenjährigen Krieg und den imperialen Hintergrund der Atlantischen Revolutionen soll indes keineswegs das Gewicht der ideengeschichtlichen, innenpolitischen und kulturellen Wurzeln dieser Revolutionen schmälern. Mit Blick auf den Siebenjährigen Krieg lassen sich beispielsweise die intellektuellen Traditionslinien der *Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte* von 1789 nicht erklären, die zweifellos einen breiteren, europäisch regionalen Hintergrund hat, der auf die Philosophen der Aufklärung, nicht nur in Frankreich, auf deren Naturrechtstheorien und Überlegungen zu den Menschenrechten verweist.⁶⁹ Kostspielige und verlustreiche Kriege zwischen dem Osmanischen, dem Habsburger- und dem Russischen Reich verursachten ebenfalls Finanzkrisen und Staatsverschuldung, doch führten sie nicht zu radikalen Revolutionen in der politischen Theorie. Diese Imperien überstanden erfolgreich die Herausforderungen und passten ihre politischen Strukturen den neuen Gegebenheiten an, sodass sie in den 1830er Jahren letztendlich alle einen vergleichbar zentralisierten imperialen Verwaltungsapparat aufwiesen.

Die Französische Revolution gab dem Ausdruck «Revolution» eine neue Bedeutung und etablierte so ein erfolgreiches Modell für spätere Reformbewegungen, die darauf abzielten, neue Strukturen zu schaffen, statt ältere zu restaurieren. Damit einher ging ein neuer Begriff von «Ideologie», verstanden als ein bewusstes Programm politischen Wandels. Die Genealogien des Liberalismus, Konservatismus, Nationalismus, Sozialismus, Kommunismus und anderer Ideologien lassen sich auf Antworten zurückverfolgen, die auf die Erschütterungen

der Französischen Revolution und der Napoleonischen Kriege gegeben wurden. Zu den offenkundigen langfristigen Auswirkungen der Französischen Revolution gehörte ferner, dass gesellschaftliche Bewegungen sich immer zahlreicher auf jenes Ereignis als Modell bezogen, insbesondere im späten 19. Jahrhundert. Dennoch wäre die Revolution zunächst eine französische Angelegenheit und ohne allzu großen internationalen Widerhall geblieben, wäre sie nicht zum Ausgangspunkt von Kriegen in ganz Europa geworden. Kriege sollten das Schicksal der Revolution nach 1792 entscheiden, geführt von den Armeen der jungen Französischen Republik, die zu den Waffen rief, um die Werte dieser Republik gegen ihre Feinde zu verteidigen.

Der Aufstand der Sklaven in der florierendsten französischen Zuckerrohrkolonie, Saint-Domingue, im August 1791 war zum einen eine Reaktion auf die Nachricht von der Revolution im Mutterland, nährte sich aber zugleich aus lokalen und afrikanischen Freiheitstraditionen.⁷⁰ Umgekehrt hatten die Ereignisse in der Sklavenkolonie (die 1804 in Haiti umbenannt wurde) aber auch Auswirkungen auf Frankreich, wo sie nicht zuletzt zur Abschaffung der Sklaverei führten. Haitis Revolution beeinflusste andere, freie wie auch versklavte Bevölkerungen in der Karibik und den Vereinigten Staaten und stärkte den Abolitionismus. Eine Gegenreaktion waren Vorstellungen einer Solidarität der «weißen Rasse», die unter Eliten in den USA, England und Frankreich angesichts der möglichen Implikationen der Sklavenemanzipation in ihren Ländern Verbreitung fanden.⁷¹

Im Gefolge der Französischen Revolution kam es zu Kriegen in ganz Kontinentaleuropa und rund ums Mittelmeer, in denen Frankreich, das die Bürger zu den Waffen rief und so schlagkräftige Armeen zur Verteidigung der Revolution schuf, auf Gegner traf, die die alte imperiale Ordnung restaurieren wollten. Die französischen Revolutionsarmeen beanspruchten für sich, die Bevölkerungen unter ihrer Herrschaft zu befreien, wurden aber schon bald als ausländische Unterdrücker angesehen, gegen die es Widerstand zu leisten galt. Die Invasion der französischen Truppen in der Republik der Vereinigten Niederlande führte dazu, dass die Niederländer die Kontrolle über ihre Handelsniederlassungen in Südostasien verloren. Der britischen Flotte eröffnete sich so eine Gelegenheit, die britische Herrschaft über ehemalige niederländische Kolonien auszudehnen. 1799, nach der Zeit der jakobinischen Schreckensherrschaft und Veränderungen in der Führung, nahm die Geschichte der Französischen Revolution mit Napoleon Bonapartes Aufstieg zur Macht, zunächst als Erster Konsul, dann ab 1804 als Kaiser der Franzosen, eine radikale Wende. Napoleons Kaisertum beruhte auf einer hybriden, zugleich imperialen und republikanischen Legitimität, die Elemente und Ideale der Französischen Revolution integrierte und sie mit einem imperialen Bild der Herrschaft über ganz Europa verschmolz, das auf Augustus und Karl den Großen Bezug nahm. In Ägypten hingegen berief sich

Napoleon nicht auf das ideologische Programm der Republik, sondern verfolgte strategisch einen imperialen Pragmatismus und hinterließ als selbsternannter Beschützer der ägyptischen Muslime den Eindruck, er werde nötigenfalls sogar zum Islam konvertieren, um sich der Loyalität der Ägypter zu versichern.⁷² Allerdings bleibt festzuhalten, dass es Napoleons Beratern durchaus möglich war, mit muslimischen Geistlichen in Kairo die Bedingungen einer Konversion des Kaisers zum Islam zu verhandeln, ohne sich dabei um dessen Wahrnehmung und Legitimität in Paris sorgen zu müssen, weil sie davon ausgehen konnten, dass die öffentliche Meinung in Paris in keiner Verbindung zu der in Kairo stand und es Napoleon deshalb gegebenenfalls möglich wäre, an einem Ort als Muslim und am anderen als französischer Revolutionär aufzutreten. Zur gleichen Zeit korrespondierte Napoleon mit dem muslimischen Sultan von Maisur in Indien, um ein militärisches Bündnis gegen seinen wichtigsten Rivalen, das Britische Empire, auszuhandeln.

Das französische Kaiserreich unter der Herrschaft Napoleons baute auf neue Vermittler. Es suchte den Ausgleich mit der Katholischen Kirche und definierte den Katholizismus als den Glauben der Mehrheit der französischen Bürger.⁷³ Es schuf einen neuen Adelsstand, dessen Angehörige nur zu einem geringen Teil aus der alten Aristokratie kamen, zentralisierte den Staat und beschnitt die partizipatorischen Aspekte der vorherigen republikanischen Ordnung. Vor dem Hintergrund seiner militärischen Erfolge herrschte Napoleon über ein den Kontinent überspannendes europäisches Imperium, zu dem direkt kontrollierte Territorien, Satelliten- und Vasallenstaaten sowie Verbündete gehörten.⁷⁴ Einzig das russische, das britische und das osmanische Imperium blieben außerhalb des französischen politischen Herrschaftsbereichs. Letztendlich gelang es erst den Armeen des russischen Zaren, die Truppen Napoleons zu besiegen, nachdem dieser sich entschlossen hatte, die militärische Expansion bis nach Moskau zu führen.⁷⁵ Die französische Niederlage half der antinapoleonischen Koalition unter britischer und russischer Führung, unter den europäischen Monarchien weitere Bündnispartner zu gewinnen, um das Ende der Herrschaft Napoleons in Europa einzuleiten, dem die Absetzung in Frankreich folgte. Napoleons endgültige Niederlage in der Schlacht bei Waterloo im Juni 1815 fällt zeitlich praktisch in eins mit dem Ende der Zusammenkunft der Repräsentanten aller europäischen Mächte beim Wiener Kongress, der auf dem Kontinent ein neues imperiales Gleichgewicht schaffen sollte.

Der Wiener Kongress und die Wiederherstellung der multiimperialen Ordnung der europäischen Region

Nach dem Sieg über Napoleon trafen sich Vertreter der an den Napoleonischen Kriegen beteiligten europäischen Imperien in Paris, um sich über Grenzverläufe zwischen verschiedenen Staaten sowie die Grundlinien ihrer künftigen

Kooperation in einem regionalen Rahmen zu verständigen.⁷⁶ Die Erfahrung der Französischen Revolution führte in der europäischen Diplomatie und Außenpolitik zu irreversiblen Veränderungen, sie prägte fortan die Großstrategien und die Weltsicht der imperialen Eliten. Die Oberhäupter der britischen, österreichischen, russischen, preußischen und französischen Dynastien ließen deutlich erkennen, dass sie die Notwendigkeit sahen, ein neues Gleichgewicht und einen Frieden in Europa zu schaffen, deren Inhalte sich erkennbar von denen des vornapoleonischen Europa unterschieden. Ziel war es, im gegenseitigen Einvernehmen Wohlstand und Stabilität zu wahren, was letzten Endes den europäischen Imperien erlauben würde, ihre Expansion in Territorien außerhalb Europas fortzusetzen. Die fünf großen Mächte Europas waren sich einig, von einer Bestrafung Frankreichs abzusehen, wo die Monarchie der Bourbonen restauriert und Ludwig XVIII. als neuer König eingesetzt worden war. Allein die Tatsache, dass auch das französische Königreich beim Wiener Kongress vertreten war, lieferte bereits ein Indiz für das Bemühen um eine kollektive Friedensordnung. Das Osmanische Reich gehörte hingegen nicht zu den Teilnehmern des Kongresses, nicht zuletzt aufgrund seiner Kriege mit Russland. Doch in der Praxis war das Osmanische Reich zweifellos weiterhin ein Faktor des Machtgleichgewichts in Europa.

Alle Teilnehmerstaaten gewannen Gebiete hinzu, und eine neue Monarchie wurde geschaffen, das Königreich der Niederlande unter König Wilhelm I. von Oranien (reg. 1815–1840). Von den Niederlanden spaltete sich 1830 das Königreich Belgien ab. In Wien aber fiel vor allem der Umstand ins Gewicht, dass es nicht den Versuch gab, das Heilige Römische Reich wiederherzustellen. An dessen Stelle trat der Deutsche Bund aus 38 Staaten unterschiedlicher Größe, darunter mächtige wie Preußen, im Gegensatz zu den mehr als 300 deutschen Kleinstaaten der Zeit vor den Napoleonischen Kriegen. Die dominante Rolle im Bund der 38 Staaten, deren oberstes Organ der neue Bundestag in Frankfurt am Main war, spielten Österreich und Preußen. Über die Zukunft Polens kam es auf dem Wiener Kongress zu heftigen Auseinandersetzungen. Nach schwierigen Verhandlungen wurde aus dem auf Napoleon zurückgehenden Herzogtum Warschau das Königreich Polen geschaffen. Russland sicherte sich die Herrschaft über Finnland, Norwegen fiel an Schweden. Das Britische Empire stellte keine Gebietsansprüche in Kontinentaleuropa, sondern begnügte sich mit seinen bereits vorhandenen Kolonien und einem aus der Eindämmung Frankreichs erwachsenden Sicherheitsgefühl.

Die durch den Wiener Kongress geschaffene Ordnung fand ihre Fortsetzung in einem System von Bündnissen und Übereinkünften. Von Bedeutung war insbesondere die Heilige Allianz, geboren aus der Vorstellung des russischen Zaren Alexander I., internationale Politik solle auf die Grundsätze des Christentums bauen. Die Allianz umfasste Preußen, Österreich und Russland; das Britische Empire blieb diesem auf den konservativen christlichen Werten des kontinentalen Europa gegründeten Bündnis hingegen fern. Als 1823 die Heilige Allianz sich mit französischer Unterstützung für die Restauration der Herrschaft des spanischen Königs Ferdinand VII. gegen die liberalen Konstitutionalisten einsetzte, wandten sich die Briten – im Einklang mit der außenpolitischen Linie der Vereinigten Staaten, der Monroe-Doktrin – gegen eine Ausweitung der konservativen Vorstellungen des spanischen Imperiums auf die westliche Hemisphäre. Tatsächlich war dies der erste Fall einer anglo-amerikanischen Kooperation gegen kontinental-europäische Imperien, unter Bezugnahme auf liberale Werte. Alles in allem jedoch mangelte es nach dem Wiener Kongress, was imperiale Macht und Stärke anbelangte, weder dem Britischen Empire noch dem Russischen Reich an Selbstvertrauen, das sich vor allem aus ihrer wesentlichen Rolle beim Sieg über Napoleons Armeen speiste.

Die in Wien getroffene Vereinbarung berührte in erster Linie die in die Napoleonischen Kriege involvierten Imperien und Gebiete. In gewisser Weise, nämlich im Hinblick auf Frieden und Stabilität, wurde Europa so Ostasien vergleichbar, da sich die Gefahr kriegerischer Konflikte unter den Beteiligten minimierte. Eine europäische Übereinkunft, die Kriege der Vertragsparteien in und um Europa verhindern konnte, hatte gleichwohl erhebliche längerfristige Auswirkungen, wenn auch zum Teil unbeabsichtigt, was die Stellung und die Beziehungen europäischer Imperien außerhalb Europas anbelangte.⁷⁷ Das europäische Arrangement zielte zwar in erster Linie darauf ab, Frieden und Verbundenheit innerhalb Europas zu sichern, doch stärkte es zugleich die europäischen Imperien in ihrer kolonialen Expansion außerhalb Europas, indem es militärische Konflikte regulierte. Der Friede in Europa begünstigte ein Klima, das der europäischen imperialen Expansion in Asien und Afrika förderlich war. Hauptnutznießer dieser imperialen Dynamik sollte das Britische Empire werden. Die Briten gaben Java an die Niederländer zurück, doch sicherten sie sich die Kontrolle über die Kapkolonie, über Malakka und Ceylon, und sie gründeten neue Handelsstützpunkte wie etwa 1824 Singapur. Die Zahl britischer Siedler in den neuen Kolonien Australiens und Neuseelands wuchs kontinuierlich, was die Möglichkeit eröffnete, das dünn besiedelte, fruchtbare Land in diesen Regionen in britischen Besitz zu nehmen, ohne die Dominanz in den dicht besiedelten Gebieten am Indischen Ozean und in Südostasien aufzugeben. Kurzum, die imperiale europäische Regionalordnung ging gestärkt aus der Epoche der Atlantischen Revolutionen und der Napoleonischen Kriege hervor, ungeachtet der

Tatsache, dass einige Imperien die Herrschaft über Kolonien in der westlichen Hemisphäre verloren.⁷⁸

Die Neuordnung nach dem Wiener Kongress sah sich in den darauffolgenden fünfzig Jahren vor allem mit zwei Herausforderungen konfrontiert. Die eine ist ein schon häufig erörterter Punkt, nämlich Ideologien und eine öffentliche Meinung, in deren Augen es nicht ausreichte, wenn die regionale politische Ordnung in Europa auf einem Arrangement autokratisch regierender imperialer Aristokraten beruhte. Es gab überall in den europäischen Städten und Gemeinden eine lebendige Öffentlichkeit, in der Zeitungen und Bücher gelesen wurden, und ihr war nicht einfach durch eine imperiale Regierung alten Stils beizukommen. Ideologisch begründete politische Projekte wie Nationalismus, Konservatismus, Liberalismus oder Sozialismus sollten entsprechend die etablierte interimperiale Ordnung in Europa ernsthaft infrage stellen.

Die zweite Herausforderung, ebenso bedeutend wie diese innenpolitische, ergab sich aus der Ausdehnung auf außereuropäische Gebiete. Von Anfang an war das Nichteinbeziehen des Osmanischen Reichs in die europäische Ordnung des Wiener Kongresses ein Manko, das nach dem Krimkrieg teilweise durch die offizielle «Aufnahme» Istanbuls in den Kreis der europäischen Imperien wettgemacht wurde. Gleichwohl blieb der mit dem Konzert Europas identifizierte interimperiale Friede eingebettet in einen Kontext weiterer und relativ stabiler außereuropäischer Imperien und Königreiche. Die Ordnung des Wiener Kongresses, als Verständigungsversuch der europäischen Imperien nach den Napoleonischen Kriegen, ging bis in die 1880er Jahre mit einer langen Zeit der Rekonstruktion und des Wiedererstarkens verschiedener Imperien und Dynastien am Rande oder außerhalb Europas einher, vom Osmanischen Reich, Ägypten und Persien bis China, Japan, Oman und Thailand. Imperiale Mächte in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas profitierten von der Ordnung des Wiener Kongresses und hatten zunächst den Wunsch, sich den Übereinkünften anzuschließen. Die osmanische Elite etwa war von Anfang an bemüht, sich als bedeutende politische Macht auf dem Kontinent am europäischen Konzert zu beteiligen. In Ostasien hingegen spielte die Ordnung des Wiener Kongresses lediglich insofern eine Rolle, als sie die imperiale Politik der europäischen Seemächte im Bereich des Indischen Ozeans stärkte. Vietnam beispielsweise, das zu jener Zeit geeint wurde, sah nach wie vor in China, und nicht in Europa, sein Vorbild. Diese regionale Differenzierung zeigt, dass die Prinzipien der interimperialen Kooperation im Wiener System erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sukzessive zu einer allgemeinen Norm werden konnten, als europäische Imperien die Vorherrschaft über Afrika, Ostasien und die muslimische Welt errungen hatten.

**Die Iberischen Revolutionen
und das Entstehen der
lateinamerikanischen
Region**

Die westliche Hemisphäre hatte sich weitgehend von der Dominanz der europäischen Imperien befreit, als gut fünfzehn lateinamerikanische Staaten ihre Unabhängigkeit erlangten. Dies förderte zugleich das Entstehen einer regionalen

amerikanischen Identität. Die jungen Nationen auf dem amerikanischen Kontinent blieben allerdings weiterhin durch viele kulturelle Werte und Netzwerke mit Europa verbunden; zwei führende Mächte, die USA und Brasilien, sollten im Verlauf des 19. Jahrhunderts verschiedene Merkmale eines Imperiums zeigen. Die Herausbildung von Nationalstaaten auf dem amerikanischen Kontinent und ebenso der Aufstieg des Nationalismus als neuartige Perspektive verschiedener politischer Gruppen konnten indes nicht die Stabilität und Beständigkeit von Imperien in der übrigen Welt schwächen.

Die Auflösung der Reiche Portugals und Spaniens in Amerika und die Herausbildung der jungen iberoamerikanischen Nationen in der Folge der Napoleonischen Kriege erscheint, was den Übergang vom Zeitalter der Imperien zu dem der Nationalstaaten anbelangt, zunächst wie eine Anomalie weltgeschichtlicher Tendenzen. In der iberoamerikanischen Welt vollzog sich dieser Übergang rund ein Jahrhundert vor der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, in der der Begriff der nationalen Selbstbestimmung im internationalen Recht Legitimität erlangte. Die vielen unabhängigen neuen Nationen der westlichen Hemisphäre konstituierten sich selbst vor dem unabhängigen Griechenland, einem Land, das als eines der ersten für den erfolgreichen Versuch stand, in Europa aus einem Imperium heraus einen Nationalstaat zu schaffen. Selbst 1914, am Vorabend des Ersten Weltkriegs, gab es auf dem gesamten afrikanischen Kontinent nur drei unabhängige Länder, Äthiopien, Südafrika und Liberia, und nur zwei unabhängige Imperien mit muslimischen Monarchen, nämlich Persien und das Osmanische Reich, während auf dem amerikanischen Kontinent über 15 unabhängige Nationen existierten, und das seit den 1830er Jahren. Allerdings war das frühe Ende imperialer Herrschaft in Lateinamerika unmittelbar dem Einmarsch napoleonischer Truppen im Herzen des spanischen und des portugiesischen Weltreichs geschuldet und nicht Ergebnis eines Triumphs nationalistischen Denkens in den Ländern der westlichen Hemisphäre.⁷⁹

Absolutistische Bemühungen um eine Zentralisierung der imperialen Macht nach 1763 mögen zur Herausbildung kreolischer politischer Identitäten beigetragen haben, doch die Herausbildung neuer Nationalstaaten in der westlichen Hemisphäre aus den iberischen Imperien heraus war «improvisiert und reaktiv» und eben nicht folgerichtig und unausweichlich.⁸⁰ Das spanische wie auch das portugiesische Weltreich waren keineswegs dem Zusammenbruch oder Untergang nah, noch waren sie innerhalb ihres jeweiligen imperialen Machtbereichs mit Separations- oder Unabhängigkeitsbestrebungen konfrontiert. Als infolge der Revolu-

tionskriege in Europa die Beziehungen zwischen dem spanischen und portugiesischen Mutterland und den lateinamerikanischen Kolonien auseinanderbrachen, führte das weder ohne weiteres zu nationaler Souveränität noch zum Ende der Loyalität und imaginierten Zugehörigkeit zum Imperium. Der Prozess der Herausbildung neuer Nationen in Lateinamerika setzte, wie Jeremy Adelman aufzeigt, bei jedem Schritt politische Entscheidungen voraus und lässt sich nicht durch eine nationalistische Teleologie erklären.⁸¹ Als Napoleons Armeen in Spanien und Portugal einmarschierten, hegten die imperialen Eliten die Hoffnung, sie könnten in Amerika die Herrschaft ihrer Weltreiche aufrechterhalten, ungeachtet der von Napoleon versprochenen Gleichheit, verbrieften Verfassungsrechte und Freiheit für alle kolonialen Untertanen. Angesichts der französischen Pläne für Lateinamerika sicherte der spanische König die Einberufung eines Parlaments sowie die Ausarbeitung einer Verfassung zu und signalisierte damit im Hinblick auf Stil und Legitimität imperialer Herrschaft in der westlichen Hemisphäre einen Wandel. Portugals Krone, Hof und Regierung waren zwischenzeitlich ins brasilianische Rio de Janeiro geflohen und beabsichtigten, die Herrschaft über das Weltreich von der Kolonie aus aufrechtzuerhalten. Die Krise führte in allen Städten der iberischen Weltreiche dazu, dass die Bedeutung der freien Rede, von Presse und Öffentlichkeit zunahm. Die Regierungen riefen daraufhin zu den Urnen, um Parlamente zu wählen (in Spanien 1808, in Portugal 1820), nicht zuletzt um den Kolonien zu zeigen, dass sie integraler und keineswegs inferiorer Bestandteil der Monarchie sind. Die Repräsentation stärkte zwar tatsächlich die Legitimität der Reiche, doch gleichzeitig führte die Diskriminierung im Parlament den gewählten Vertretern der Kolonien ihre nachgeordnete Stellung gegenüber den nicht gewählten Abgeordneten der Metropole vor Augen. Die Bemühungen, unter dem Eindruck der Kriege und Anfechtungen in Europa die iberischen Imperien zu rekonstituieren und strukturell zu erneuern, führten so zu neuen Spannungen, Friktionen und von den Reformern selbst nicht vorhergesehenen Dynamiken in den Kolonien.

Paradoxerweise verstärkten sich die separatistischen Bestrebungen der Kolonien in den iberischen Weltreichen, als die imperialen Metropolen in der nachnapoleonischen Zeit ihre Macht wiedererlangt hatten und sich bemühten, auch die Beziehungen zu den Kolonien in alter Form zu restaurieren. Aufstände brachen aus und Staaten errangen ihre Unabhängigkeit, und das nicht aus antikolonialem Nationalismus, sondern aus einem diffusen Verlangen nach Souveränität heraus. Letztlich zerfielen die iberischen Weltreiche in der westlichen Hemisphäre genau in dem Moment, als die europäischen Imperien ihre Wiederherstellung im Konzert europäischer Diplomatie nach dem Wiener Kongress feierten. Brasilien wurde zum Königreich, ein Spross der portugiesischen Königsfamilie dessen Haupt.⁸² Im spanischen Reich trieb das Bemühen der Krone, ihre Macht im vor-konstitutionellen Umfang wiederherzustellen, viele bislang Unentschlossene auf die Seite der Sezessionisten.

Obgleich es im Wesentlichen nicht Nationalismus war, der die Entstehung neuer Staaten in der Region motivierte, machte doch letztlich «Identitätspolitik, das ›Amerika für Americanos‹, die Unabhängigkeit möglich».⁸³ Die bekannteste Gestalt in diesem Prozess, Simón Bolívar (1783–1830), verdeutlicht die Ambiguitäten der nationalen und regionalen Identitäten jener Zeit: Als Befehlshaber der spanisch-amerikanischen Streitkräfte, die über die Royalisten siegten, wurde Bolívar 1819 erster Präsident Großkolumbiens, organisierte die Staatsgründung der neuen Republik Bolivien, stand an der Spitze des peruanischen Staates und forderte ein Zusammenkommen der neuen südamerikanischen Republiken. Nachdem sie den Imperien und Königreichen Europas die Stirn geboten hatten, suchten die jungen unabhängigen Nationen Iberoamerikas eine neue Form von Souveränität zu konstituieren.⁸⁴ Wenn diese Souveränität der jungen Nationen Lateinamerikas später durch die europäischen Großmächte missachtet und verletzt wurde oder das entstandene politische System nicht in dem Maße partizipatorisch war, wie die frühen Idealisten es sich vorgestellt hatten, so ändert das nichts an der Tatsache, dass die lateinamerikanischen Staaten, trotz ihres mehrheitlich autoritären Charakters, sich deutlich von der Herrschaft der europäischen Imperien unterschieden und Souveränität eines der Grundversprechen lateinamerikanischer Politik blieb.

Amerikanische Staaten dominierten bis ins 20. Jahrhundert die Liste der Länder mit Unabhängigkeitserklärungen, und von allen Weltregionen war Iberoamerika bis zum Ersten Weltkrieg diejenige mit der längsten Reihe: Venezuela, Neugranada (beide 1811), Argentinien (1816), Chile (1818), Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Mexiko, die Zentralamerikanische Republik, Peru, Nicaragua (alle 1821), Brasilien (1822), Bolivien, Uruguay (beide 1825), Ecuador (1830), Kolumbien (1831), Paraguay (1842) und die Dominikanische Republik (1844).⁸⁵ Das lässt nicht nur an eine Verbindung zur (US-)Amerikanischen Revolution denken, sondern deutet auch auf eine Zirkulation von Vorstellungen politischer Legitimität und Staatenbildung in der iberamerikanischen Region hin. Freilich sollten dabei die regionale Signifikanz wie auch die Grenzen dieser Vorstellungen nationaler Souveränität hervorgehoben werden. Ungeachtet der Bedeutung, die die Kämpfe in Lateinamerika für einzelne europäische Protagonisten nationaler Befreiung wie Garibaldi oder indische Gelehrte wie Rammohan Roy hatten, blieb der Einfluss der unabhängigen Länder in der westlichen Hemisphäre auf die politischen Eliten oder die gebildete Öffentlichkeit Asiens oder Afrikas eher beschränkt.⁸⁶ Erst in den 1870er Jahren fanden die Ideale der Freiheit und die Kämpfe um eine Verfassung ihren Widerhall in kosmopolitischen Kreisen muslimischer Gesellschaften, so unter den sogenannten Jungosmanen, in der Urabi-Bewegung oder bei den Anhängern al-Afghanis (zu denen auch Juden und christliche Araber zählten), doch in jeweils den lokalen Kontexten angepassten Interpretationen. Mit einem Wort, auch wenn es Bezugnahmen auf die Unabhän-

gigkeitsbewegungen Lateinamerikas gab, eingelassen in ein universelles Narrativ des Konflikts zwischen Tyrannei und Freiheit, führte der regionale Charakter der Herausbildung der jungen amerikanischen Nationen – geprägt durch, wie Benedict Anderson es formuliert, «kreolische Pioniere (und Nationalismus)» – in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht zu einer globalen Welle nationaler Unabhängigkeitsbewegungen.⁸⁷

Festzuhalten bleibt die Entwicklung neuer Sichtweisen auf Iberoamerika, nicht nur im politischen Aktivismus Simón Bolívars, sondern auch unter den Eliten der US-amerikanischen Republik, der stärksten und ältesten der «jungen Nationen» des Kontinents. Die USA wurden als eine föderative Republik, was ihre politische Ausgangslage und Perspektive anbelangt, im frühen 19. Jahrhundert in größerer Nähe zu den iberoamerikanischen Nationen verortet, nicht zuletzt auch aufgrund ihrer kriegerischen Auseinandersetzung mit dem Britischen Empire in den Jahren 1812 bis 1814. US-Präsident James Monroe formulierte 1823 den Schutz der westlichen Hemisphäre vor künftigen imperialen Interventionen der europäischen Mächte als ein politisches Prinzip und Anliegen, das später, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Monroe-Doktrin genannt werden sollte.⁸⁸ Im Kern forderte die Doktrin das Ende aller Kolonialisierungsbestrebungen in der westlichen Hemisphäre seitens der europäischen Imperien und die Anerkennung des Status quo für die neuen Nationen (von denen eine ein Königreich war) sowie ihren Schutz vor den iberischen ehemaligen Kolonialmächten. Diese US-amerikanischen Grundsätze gingen von der Feststellung aus, dass die europäischen Imperien dabei waren, sich von den Folgen des napoleonischen Einschnitts zu erholen und es darüber hinaus Bestrebungen gab, im Hinblick auf die iberischen Reiche den Status quo ante wiederherzustellen. Die Doktrin bekräftigte ferner, die USA würden nicht in die Hoheitsgebiete der europäischen Imperien eingreifen und auch nicht beispielsweise die Aufständischen in Griechenland unterstützen, ungeachtet der öffentlichen Sympathie hellenophiler Gruppen in Amerika für die Unabhängigkeit der Griechen. In seinen frühen Tagen überlebte dieses umfassende Prinzip dank der imperialen Prioritäten der Briten und nicht aufgrund der Stärke der US-Navy, weil Großbritannien eher auf ein informelles Imperium von Handelsbeziehungen in Lateinamerika setzte, das seinen Interessen mehr entgegenkam als die Wiederherstellung älterer imperialer Souveränität in der Region. Solche realpolitischen Perspektiven amerikanischer und britischer Interessen, die der imperialen Restauration in den iberoamerikanischen ehemaligen Kolonien entgegenstanden, passten zu den Vorstellungen idealistischer Staatsgründer wie Simón Bolívar, obschon es zwischen beiden Seiten keine Abstimmung gab.⁸⁹ Erst nach dem Mexikanisch-amerikanischen Krieg, der mit dem Vertrag von Guadalupe Hidalgo endete (1848), durch den die Hälfte des mexikanischen Staatsgebiets an die USA fiel, vergrößerte sich der Identitätsabstand zwischen den Vereinigten Staaten und Lateinamerika immer

weiter, bis im frühen 20. Jahrhundert die USA als eine «weiße» nördliche Macht galten, in Abgrenzung von Lateinamerika im Süden.

In den Jahren nach der Unabhängigkeit entwickelte sich in den jungen Staaten Lateinamerikas ein starkes Gefühl einer regionalen, iberooamerikanischen Identität, gefördert durch diverse wirtschaftliche und kulturelle Verbindungen innerhalb der westlichen Hemisphäre.⁹⁰ Ein gemeinsamer kultureller Hintergrund, eine gemeinsame Sprache – Spanisch oder Portugiesisch –, religiöse Bindungen, den Kontinent durchziehende Handels- und Reisewege sowie die Vorstellung eines gemeinsamen Schicksals trugen dazu bei, eine solche regionale Identität zu formen. Aufgrund des Katholizismus in Lateinamerika und der daraus resultierenden Verbundenheit mit Europa allerdings unterschied sich diese regionale Identität vom Regionalismus in der Welt des Islam wie auch von der ostasiatischen, konfuzianisch geprägten regionalen Identität, wie sie oben beschrieben wurde, und zeigte stärkere kulturelle Ähnlichkeiten mit Europa. Zudem entstammten die kolonialen Machthaber nicht einer «fremdartigen» Kultur, was ebenfalls dazu beitrug, dass Panamerikanismus oder das Gefühl lateinamerikanischer Zusammengehörigkeit sich anders entwickelten als der antiimperialistische Panislamismus, Panasianismus oder Panafricanismus im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts.

Ein Gefühl lateinamerikanischer Identität existierte bereits Mitte des 19. Jahrhunderts, wie John Chasteen am Beispiel der sogenannten «Americanos» gezeigt hat, und die sich herausbildende neue regionale Identität ersetzte die frühere Wahrnehmung als Untertan eines europäischen Imperiums in der westlichen Hemisphäre. Walter Mignolo weist auf das Paradox hin, das darin steckt, sich Lateinamerika als Teil des Westens und seiner Peripherie zugleich vorzustellen, zugespitzt noch in der Aufteilung in Anglo- und Latein-, Nord- und Südamerika in der Zeit nach der Unabhängigkeit. Mignolo hebt insbesondere die Komplizität der spanisch beziehungsweise portugiesisch sprechenden kreolischen Eliten in den jungen unabhängigen Staaten hervor, wenn sie sich die französischen Pläne für Lateinamerika zu eigen machten, um ihre Herrschaft über aus Afrika verschleppte Sklaven wie über die indigene einheimische Bevölkerung aufrechtzuerhalten – und sich zugleich dem europäischen Projekt der Moderne anzuschließen.⁹¹ Doch ungeachtet aller Unterschiede im Laufe des 19. Jahrhunderts konnten sich die großen lateinamerikanischen Länder wie Brasilien, Argentinien oder Mexiko mit ihren kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Beziehungen innerhalb der lateinamerikanischen Welt als souveräne Staaten behaupten.

Globale Auswirkungen der Atlantischen Revolutionen

«Die Amerikanische Erklärung von 1776», so David Armitage, «identifizierte erstmals in der Weltgeschichte Souveränität mit Unabhängigkeit»;⁹²

doch gilt es, die Auswirkungen der Amerikanischen Revolution wie überhaupt der Atlantischen Revolutionen im weiteren Sinne in verschiedenen Regionen und unterschiedlichen Zeitfenstern zu kontextualisieren und zu historisieren. Tatsächlich schufen die nordamerikanischen Kolonisten einen rechtlichen Präzedenzfall für spätere Staatsgründer. Sie erklärten ihre Unabhängigkeit, um nach internationalem Recht von anderen Staaten und Mächten anerkannt zu werden, was wiederum die Voraussetzung war, als Entität die Frage der Souveränität verhandeln zu können. Die Anerkennung der amerikanischen Souveränität durch Frankreich machte die Erklärung im internationalen Recht zu einem wichtigen Dokument, und 1783 musste auch das Britische Empire die amerikanische Unabhängigkeit und Souveränität schließlich anerkennen. Gleichwohl übertrug sich offenkundig die Amerikanische Revolution oder ihre Unabhängigkeitserklärung nicht unmittelbar auf andere Gegenden der Welt.

Vor den Revolutionen in Lateinamerika entfaltete die Amerikanische Revolution keine große Wirkung, nicht einmal im nahegelegenen Haiti. Wie Gary Nash hervorhebt, war sie in mancher Hinsicht sogar eine «große Enttäuschung»: für Afroamerikaner, weil sie ihre Hoffnung auf Befreiung aus der Sklaverei durchkreuzt sahen, und für liberale europäische Unterstützer der amerikanischen Unabhängigkeit, weil sie das Festhalten der Amerikanischen Revolution an der Sklaverei als Verrat an den Idealen der Aufklärung betrachteten.⁹³ Spätere politische Bestrebungen, die sich die amerikanische Unabhängigkeitserklärung zum Vorbild nahmen, waren nicht Teil von Bewegungen, die für die Rechte des Volkes oder das Ende der Sklaverei eintraten und einen Demokratisierungsprozess anstoßen wollten, und bezogen sich auch nicht auf Aspekte der radikalen Agenda der amerikanischen Revolutionäre. Dem Britischen Empire verstellte die amerikanische Unabhängigkeit nicht die Aussicht weiterer imperialer Entwicklung in überseeischen Territorien.⁹⁴ Auch andere Imperien weltweit betrachteten die Amerikanische oder die Französische Revolution nicht als Herausforderungen, die ihre imperialen Expansionsvorhaben infrage stellten. 1795 etwa, nach beiden Revolutionen also, kam es zur vollständigen Aufteilung der Polnischen Union unter den benachbarten Reichen in Osteuropa. Um ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen, bezogen sich imperiale Untertanen gewöhnlich nicht auf die amerikanische Erfahrung, jedenfalls nicht in der Zeit vor 1820.

Die Napoleonischen Kriege und eben nicht die Amerikanische, die Französische oder die Haitianische Revolution waren für die Neugestaltung der Welt der Imperien und Nationen in der westlichen Hemisphäre und im erweiterten Europa verantwortlich.⁹⁵ Das Französische Kaiserreich unter Napoleon schuf ein neues,

auf Frankreich ausgerichtetes imperiales System in Europa, das neue Konstellationen, Allianzen und Vorstellungen ermöglichte. So gesehen veränderten die Atlantischen Revolutionen in Europa doch eine Menge, indem sie nämlich die Beziehungen zwischen den militärischen und wirtschaftlichen Machtzentren der französischen, britischen, russischen, spanischen, portugiesischen und niederländischen imperialen Mächte und deren Potential in außereuropäischen Territorien, das sich durch die revolutionären Umwälzungen verändert hatte, auf eine neue Grundlage stellten.

Einzig während und nach den französischen Revolutionskriegen diente die amerikanische Unabhängigkeitserklärung als Vorbild. Annähernd ein Dutzend Unabhängigkeitserklärungen ähnelten bis 1825 der amerikanischen Vorlage, so die haitianische (1804), die serbische (1809), die kolumbianische (1810), die venezolanische (1811), die argentinische (1816), die chilenische (1818), die zentralamerikanische, die mexikanische, die peruanische (1821), die brasilianische und die griechische (1822). Acht dieser Deklarationen mit deutlichen Verbindungen zu den Atlantischen Revolutionen stammten aus Lateinamerika, zwei aus dem osmanischen Südosteuropa. Sie alle erklärten ihre Unabhängigkeit als Freiheit von jeglicher Bindung an ein Imperium oder eine andere politische Einheit. Letztendlich vollzog sich die Unabhängigkeit Brasiliens und Griechenlands bis 1830 unter der Herrschaft eines Königs beziehungsweise Kaisers, also nicht republikanisch. Inhalt und welthistorische Bedeutung dieser Erklärungen allerdings waren vielen im frühen 19. Jahrhundert keineswegs klar. Auch wenn die Haitianische Revolution ihre Unabhängigkeitserklärung an der bewunderten amerikanischen Vorlage orientierte, verweigerte ihr die amerikanische Regierung unter der Präsidentschaft Thomas Jeffersons, des führenden Architekten der amerikanischen Erklärung, die Anerkennung, aus Angst vor Sklavenaufständen in den Vereinigten Staaten.⁹⁶ Die neuen politischen Führer Amerikas wollten ihre Freiheitsvorstellungen nicht in Gebiete exportieren, in denen Sklaverei herrschte, weil das die Institutionen der Sklaverei auch bei ihnen gefährdet hätte.

Die Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei war sowohl in Amerika als auch in der atlantischen Region stark, dennoch dauerte es noch viele Jahrzehnte, bis die auf der Ebene rechtlicher Normen erreichten Fortschritte umgesetzt waren. Selbst nach dem Verbot des Sklavenhandels in Nordamerika 1808 bestand der illegale Handel weiter, und erst mit dem Ende des Bürgerkriegs 1865 endete die Sklaverei in den USA. Den Sklaven der US-amerikanischen Republik boten die vom Britischen Empire kontrollierten Territorien Kanadas die Vorstellung einer Gesellschaft, in der die Emanzipation verwirklicht war. Selbst für zeitgenössische Beobachter aus Europa begannen die USA sehr anachronistisch auszusehen. So erinnerte Marquis Lafayette auf seiner Reise durch das Land seine einflussreichen amerikanischen Gastgeber bei mehreren Gelegenheiten daran, dass ein Festhalten an der Sklaverei den Werten der Amerikanischen Revolution widerspreche.⁹⁷

Nicht nur Europa und die westliche Hemisphäre erfuhren im Gefolge der Atlantischen Revolutionen einen Wandel, auch in den politischen Strukturen des westlichen Afrika vollzogen sich bedeutende Veränderungen. Wesentlich war vor allem das Hervortreten einer Reihe muslimischer Dynastien, die sich selbst durch die Berufung auf den Dschihad, den Heiligen Krieg, legitimierten. Auf dem Höhepunkt der Napoleonischen Kriege in Europa erlebte Westafrika den Aufstieg des Kalifats von Sokoto – seiner Selbstbeschreibung nach das Kalifat des Landes der Schwarzen –, das seine Herrschaft über weite Gebiete des heutigen Nigeria, Kamerun und Mali ausbreitete und schließlich 1840 auch das Yoruba-Königreich Oyo eingliederte. Der Dschihad von Sokoto verdankte seinen Erfolg nicht zuletzt der Befreiung von Muslimen aus der Sklaverei; die Versklavung von Nichtmuslimen hingegen war im Kalifat unumstritten. Zeitgleich mit der Entwicklung der westafrikanischen Kalifate unterstützten die Briten für befreite ehemalige Sklaven in Sierra Leone das politische Projekt «Freetown» (das auch der Hauptstadt der Kolonie den Namen gab). Daraus ging eine bedeutsame Reihe Englisch sprechender Afrikaner hervor, die überall an der westafrikanischen Küste als Handwerker, Kaufleute und Missionare aktiv waren. Nicht zuletzt aufgrund der durch den transatlantischen Sklavenhandel und andere Handelsbeziehungen geschaffenen Verbindungen zwischen Europa, der westlichen Hemisphäre und Westafrika zeigen so scheinbar grundverschiedene Entwicklungen – die Herausbildung eines dschihadistischen Kalifats in Westafrika und die Atlantischen Revolutionen – einen gemeinsamen ökonomischen und politischen Kontext; ein Feld, das bislang nicht hinreichend erforscht ist.⁹⁸

Blickte die Welt 1805 nach Frankreich, sah sie keine Republik mit revolutionären Idealen. Was sie sah, war ein von Vasallenstaaten umgebenes Imperium unter der Herrschaft Napoleons. Entsprechend begrenzt war die Wirkung innerhalb der atlantischen Region. Der Einfluss der neuen Ideen jenseits der europäisch-atlantischen Region war sogar noch geringer. Muslimische Intellektuelle und auch die Öffentlichkeit in den östlichen Teilen der mediterranen Welt oder in Indien mochten von den Ideen der Amerikanischen, Französischen oder Haitianischen Revolution gehört haben, doch änderte das nicht notwendigerweise ihre eigenen Vorstellungen von Gerechtigkeit oder legitimer Herrschaft. Als die französischen Revolutionäre ihren König exekutierten, hatten die osmanischen oder chinesischen Eliten und auch Untertanen keinen Grund, dies zu bewundern. Die Idee eines Gesellschaftsvertrags oder Naturrechtsvorstellungen bedeuteten zudem nicht unausweichlich das Ende des imperialen Zeitalters. Die Berufung auf die Rechte des Volkes konnte genauso gut einen imperialen Hintergrund haben und musste nicht nationalistisch interpretiert werden. Im osmanisch beherrschten Osteuropa, in der griechischen, serbischen und rumänischen Öffentlichkeit etwa, zeigten die Ideen dennoch eine gewisse Wirkung, und zwar aufgrund bestehender Beziehungen der Bevölkerung dort zu russischen oder west- und südwesteuropäi-



Faksimile einer Südamerika-Karte von 1828. Die handkolorierte Karte erschien in dem Werk *A New General Atlas Exhibiting the Five Great Divisions of the Globe*, verlegt von John Grigg in Philadelphia. Griggs Graveur war der Schotte James Hamilton Young, dessen Karten wiederum auf Arbeiten des dänischen Kartographen Conrad Malte-Brun basierten. Dieser hatte 1803–1807 in Frankreich ein mehrbändiges Kartenwerk veröffentlicht, das, obgleich sehr umfassend, keineswegs alle Erdteile gleich gewichtete.

schen Städten. Entsprechend wäre möglicherweise von einem gewissen Einfluss der Atlantischen Revolutionen auf die Umbrüche in Serbien oder Griechenland zu sprechen. Doch auch in den Reformen im Osmanischen Reich fanden sich be-

stimmte gesellschaftsvertragliche und naturrechtliche Vorstellungen: 1839 beispielsweise wurde erklärt, niemanden wegen seines religiösen Bekenntnisses zu diskriminieren, es erfolgte eine Kodifizierung von Eigentumsrechten wie auch des Rechts auf ein Gerichtsverfahren vor einer Bestrafung, von Prinzipien also, die frühere Herrschaftspraktiken im Osmanischen Reich revidierten, und zwar im Lichte von Werten der Atlantischen Revolutionen, die weltweit kursierten.

Auch wenn die Ideale des Konstitutionalismus und des Volkswillens im reichhaltigen Repertoire der politischen Vorstellungen in anderen Teilen der Welt nur ein Schattendasein führten, fanden Überlegungen zur Unabhängigkeit, Souveränität und Konstitution oder das Prinzip der Rechte, aber auch Pflichten dem Imperium gegenüber das gesamte 19. Jahrhundert hindurch in Osteuropa, Indien und Lateinamerika regen Widerhall.⁹⁹ Der Umstand, dass solche Ideen mit imperialen und dynastischen Legitimitäts- oder Politikvorstellungen koexistieren mussten, schmälerte ihre längerfristige Bedeutung nicht. Es gab im gesamten 19. Jahrhundert produktive Kombinationen zwischen Konzepten wie Recht, bürgerliche Gesellschaft oder Konstitution und verschiedenen imperialen Strukturen, und wir sollten diese Aushandlungsprozesse, Kompromisse und Synthesen jenseits einer spannungsgeladenen Dualität zwischen liberalem politischem Denken und imperialer Herrschaft betrachten. Die Vorstellung des Rechts wandelte sich, und es entwickelte sich insbesondere ein Bewusstsein, dass Rechte nicht «von oben», von den Herrschenden gewährt wurden, sondern Menschen über Rechte verfügten und auch die Souveränität von Menschen ausging, dass also der Entscheidungsgewalt des Herrschers durch das Recht Schranken auferlegt waren. Das wiederhergestellte imperiale Frankreich hatte eine Verfassung; bestimmte Voraussetzungen wie etwa, dass die bestehende Ordnung keine natürliche war und ein politisches System Veränderungen unterlag, wenn das Volk dies wollte, waren fest verankert. Nun trafen diese Ideen auf ein bereits vorhandenes, reichhaltiges Repertoire von Vorstellungen des Politischen im regionalen europäisch-atlantischen Bereich, und ohne in irgendeiner Weise die Vorherrschaft zu übernehmen, standen sie den immer schon hybriden Inhalten des Königtums, der Souveränität, des Reichs oder der Gerechtigkeit zur Verfügung.

Freilich konnten auch neue Ideen wie «Freiheit von Zwang» oder «Handlungsfreiheit» in den Dienst der Unterdrückung oder der imperialen Herrschaft gestellt werden: So rechtfertigte sich Kolonialherrschaft in einigen Fällen mit der Befreiung von Sklaven, mit der Emanzipation von Frauen oder mit Handelsfreiheit. In diesem Zusammenhang erscheint es angebracht, nicht allein Nationen oder Imperien als zentrale politische Akteure anzusehen, sondern auch die sich entwickelnde Öffentlichkeit (und die damit verbundene Kultur des gedruckten Wortes) als gleichermaßen wichtig einzubeziehen. Christopher Bayly beschreibt die nachnapoleonischen Staaten treffend als auf einer «hybriden Legitimität» beruhend, in der sich ältere Vorstellungen eines dynastischen Herrscherrechts über ein vielgestaltiges

Volk von Untertanen mit neueren Vorstellungen von Konstitution, Recht und Souveränität vermischen.¹⁰⁰ Auf eine hybride Legitimation hatten allerdings in gewisser Weise auch verschiedene eurasische Imperien in der nachmongolischen Zeit immer schon gebaut, wenn sie eklektische Vorstellungen von Rechten und Pflichten kombinierten und die Loyalität der Untertanen durch den Rekurs auf vielfältige religiöse, kulturelle und ethnische Traditionen verstärkten. Und ein Pluralismus legaler Normen fand sich nicht nur nach den Reformprozessen in Imperien wie dem Osmanischen Reich oder dem Zarenreich, sondern auch in postimperialen jungen Staaten in Lateinamerika und anderswo.¹⁰¹ Die Atlantischen Revolutionen fügten so dem Register der politischen Sprache und Vorstellungswelt eine bedeutende Anzahl neuer Einträge hinzu, ohne alte zu löschen. In gewissem Sinn war eine imperiale Ordnung nach der Französischen Revolution und den Napoleonischen Kriegen eine Möglichkeit – die zudem verlockend wirkte, war sie doch in keiner Weise von Nationalismus überschattet. Innerhalb des imperialen Rahmens ließen sich zahlreiche neue Rechte fordern.

Völlig zu Recht stellen Jane Burbank und Fred Cooper fest, «dass es im Europa des 17. Jahrhunderts keine Revolution der Souveränität gab».¹⁰² Die Beziehung zwischen Herrschern, Volk und Territorium blieb auch danach uneindeutig und schwankend. Im Jahrhundert nach 1789 war der französische Staat nur für ein Drittel der Zeit eine Republik, die verbleibenden zwei Drittel des Jahrhunderts regierten Frankreich Männer, die sich selbst Kaiser oder König nannten. «Das Imperium war die Bühne, nicht das Opfer der Revolutionen des 18. und frühen 19. Jahrhunderts.»¹⁰³ Tatsächlich blieben Imperien in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die dominante politische Form. Selbst wenn wir die Geschichte neu gegründeter Staaten betrachten, die ihre Eigenständigkeit mit einer Unabhängigkeitserklärung proklamierten, klafft eine historische Lücke zwischen 1849 (nach der imperialen Niederschlagung der Revolutionen von 1848/1849 in Europa) und 1919 (der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg). Neue Staaten entstanden einzig in vormals zum Osmanischen Reich gehörenden Territorien auf dem Balkan: Rumänien, Montenegro und Serbien 1878, Bulgarien 1908 und Albanien 1912, einige von ihnen ohne Unabhängigkeitserklärung. Während dieses Zeitraums von 70 Jahren erstarkten Imperien weltweit, ungeachtet existierender Bewegungen, die sich die nationale Einheit oder eine nationalistische Sezession auf die Fahnen geschrieben hatten. Alle neu entstandenen Staaten – wie etwa Deutschland, Italien oder Japan, selbst die Vereinigten Staaten – arbeiteten daran, ein eigenes Imperium zu schaffen, und eben keineswegs eine auf Nationen gegründete Welt.

2. DIE EPOCHE IMPERIALER SELBSTSTÄRKUNG (1815–1882)

In der Weltordnung nach dem Wiener Kongress nahm die Bedeutung interimperialer Beziehungen zu. Zugleich waren Imperien und Königreiche bestrebt, ihre Macht durch neue Herrschaftstechniken und neue Repertoires der Legitimität zu stärken.¹⁰⁴ Zwischen den 1820er und den 1880er Jahren vollzog sich eine stufenweise Subsumtion regionaler Formationen unter eine eurozentrische imperiale Weltordnung. Dabei gilt es freilich, die Komplexität der gesamten Entwicklung im Auge zu behalten und den weltweiten Aufstieg der imperialen Vorherrschaft des Westens keineswegs als linear und unausweichlich nachzuzeichnen. Interimperiale Rivalitäten und Kooperationen setzten sich in jenem halben Jahrhundert fort, während die europäischen Imperien im Verlauf einer langen Entwicklung ihre Herrschaft über die unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen in Asien und Afrika etablierten. Die Legitimität der supranationalen imperialen Ordnung in einer sich globalisierenden Welt sah sich dadurch mit neuen Herausforderungen konfrontiert, denn die Globalisierung dieser internationalen, auf interimperialen Beziehungen gründenden Ordnung führte zu einer neuen Konstellation der regionalen Formationen. Die sukzessiv zunehmende Expansion der europäischen Imperien löste verschiedene bislang bestehende regionale wirtschaftliche und kulturelle Verbindungen auf und richtete sie auf Europa aus. Doch die Herrschaft der europäischen Imperien förderte paradoxerweise zugleich die Herausbildung neuer Netzwerke, Zusammenhänge und Austauschverhältnisse innerhalb von Gesellschaften in der Welt des Islam, in Asien und Afrika, während verschiedene ältere Beziehungen aus der Zeit vor 1800 sich bewahrten oder intensivierten.

Der Frieden und das imperiale Arrangement von 1815 in Europa eröffneten den europäischen Reichen Möglichkeiten, ihre internationale politische Präsenz zu verstärken und diesen Vorteil insgesamt zur Ausweitung ihrer überseeischen

Herrschaft in Afrika und Asien zu nutzen. Das vermehrte europäische Vordringen im eurasischen Raum und in Afrika führte weltweit dazu, dass Europas Monarchen immer häufiger über Untertanen herrschten, die weder Christen noch «weiß» waren, was die Begründung imperialer Legitimität wie auch die Herrschaftstechniken vor neue Fragen stellte. Eine entscheidende Aufgabe für die europäischen Imperien war in diesem Zusammenhang die Eingliederung muslimisch geprägter Regionen, denn bis Mitte der 1880er Jahre herrschten das britische, russische, niederländische und französische Weltreich jedes für sich über mehr muslimische Untertanen als jedweder muslimische Regent. Wie aber konnte eine christliche Königin von England die Kaiserin der hinduistischen und muslimischen Bevölkerung in Indien sein? Es war die Umkehrung der Frage an das Osmanische Reich: Wie konnte ein muslimischer Sultan der Herrscher armenischer und griechischer Christen sein?

Die bestehenden Imperien setzten angesichts der Heterogenität ihrer Untertanen auf eine dynastische Legitimität, die der imperialen Identität eine Vorrangstellung einräumte. Die geschaffenen hybriden Formen von Legitimität ermöglichten die Loyalität muslimischer Untertanen einem christlichen Herrscher gegenüber ebenso wie umgekehrt die Loyalität christlicher Untertanen gegenüber einem muslimischen Regenten. So waren etwa die russischen Zaren bemüht, nicht nur unter der orthodoxen Bevölkerung, sondern auch in den Augen der muslimischen Untertanen als legitime Herrscher zu gelten. Gleichzeitig erwies sich die Aufrechterhaltung einer solchen hybriden Legitimität angesichts der zunehmenden Verbindungen zwischen neu entstehenden Öffentlichkeiten, verstärkt noch durch die Entwicklung der Printmedien, als schwierig, wenn auch nicht unmöglich. Mit der Integration der ostasiatischen Region in die eurozentrische imperiale Weltordnung nach den Opiumkriegen stand der Fortgang weltweiter imperialer Selbststärkung vor einer Reihe neuer Herausforderungen. Die Vorherrschaft der europäischen Imperien in anderen Teilen der Welt trug dazu bei, ein «abstraktes» Bild Europas zu schaffen, in dem Europa sowohl die bestmögliche Ausübung imperialer Herrschaft als auch den universalistischen Anspruch einer singulären globalen Zivilisation verkörperte.

Nicht der Nationalismus, sondern die kulturelle, religiöse und ethnische Unterschiedlichkeit der überseeischen europäischen Imperien war – neben inter-imperialen Rivalitäten – für die Herausbildung einer inklusiven, durch internationales Recht geregelten imperialen Weltordnung die wesentliche Herausforderung. Konkurrierende Ansätze imperialer Legitimität trafen aufeinander, bis, nach zahlreichen Kriegen und politischen Krisen in der Mitte des 19. Jahrhunderts, die Rechtfertigung europäischer imperialer Vorherrschaft über Gesellschaften in anderen Regionen der Welt in erster Linie die Form von Rassen-, Zivilisations- und Glaubensdiskursen annahm. Ab den 1880er Jahren kam es zu einer erneuten Regionalisierung der globalisierten Welt, ungeachtet der Etablierung eines imperialen Universalismus und der Herausbildung globaler Normen

in den Beziehungen der Imperien untereinander. Die Linien, denen die Entwicklung der geopolitischen Regionen im späten 19. Jahrhundert folgte, sind dementsprechend nicht auf traditionalistische oder protektionistische Reaktionen der islamischen Welt, Asiens oder Afrikas, auf die Expansion der europäischen Imperien zurückzuführen. Vielmehr zeigen sie das dialektische Ergebnis einer Legitimitätskrise, die sich im Verlauf der imperialen Selbststärkung zwischen den Zeiten der Napoleonischen Kriege und dem sogenannten Wettlauf um Afrika herausbildete.

**Die Umgestaltung
imperialer und religiöser
Identitäten in der Welt
des Islam**

Die im Verlauf des 19. Jahrhunderts sich herausbildenden interimperialen Beziehungen in verschiedenen Regionen, die schließlich zur Vorherrschaft der europäischen Imperien in Asien und Afrika in den 1880er Jahren führten, sollen im

Folgenden mit Blick auf die jeweiligen, oben umrissenen historischen Besonderheiten jeder Region erörtert werden. So wiesen die Verhaltensweisen der europäischen imperialen Mächte gegenüber Reichen und Fürstenstaaten mit muslimischen Gesellschaften im Vergleich zum Umgang mit nicht muslimisch geprägten Ländern in Asien und Afrika ausgeprägte zeitliche und diskursive Unterschiede auf. Die Konzentration auf regionale Eigenheiten soll nicht blind machen für sich herausbildende globale Muster und transregionale Normen in den interimperialen Beziehungen. Die entstehende Vorstellung einer interimperialen Ordnung wie auch deren innere Widersprüche in den Ländern mit muslimischen Gesellschaften unterschieden sich jedoch von der dominanten Reaktion auf die Expansion der europäischen Reiche in der ostasiatischen Region. Aus einem interregionalen Blickwinkel betrachtet verdienen deshalb die Verflechtungen und Begegnungen der Imperien Europas und der Welt des Islam zwischen 1815 und der Mitte der 1880er Jahre besondere Aufmerksamkeit. In diese Zeit fallen paradigmatische Ereignisse wie der erste Fall einer Nationalstaatsgründung außerhalb der europäischen Region oder Lateinamerikas, die Schaffung des unabhängigen Griechenland 1830, als Befreiung einer christlichen Minderheit von der Herrschaft einer muslimischen Dynastie. Ferner lassen sich in der Begegnung zwischen islamischer Welt und Europa sowohl der deutliche Primat imperialer Politik als auch die Grundlagen der Repolitisierung christlicher und muslimischer Identität im Kontext interimperialer Konflikte erkennen.

Der Zeitraum zwischen 1815 und 1882 wurde später als einer des Aufeinandertreffens von Islam und Christentum dargestellt, in dem die Konfliktlinien vermeintlich vorgezeichnet waren. Tatsächlich allerdings hatte das Prinzip interimpe-

rialer Legitimität durchaus das Potential, eine hybride Region zu schaffen, die muslimische Regenten mit christlichen Untertanen ebenso wie christliche europäische Monarchen mit muslimischen Untertanen einbezog. Eine solche Möglichkeit einer universalisierten imperialen Perspektive wurde 1867 beim Europabesuch des osmanischen Sultans Abdülaziz überdeutlich, als der Gast von den gekrönten Häuptern des französischen Kaiserreichs, des Britischen Empire, der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie sowie der Königreiche Belgien und Preußen mit höchsten protokollarischen Ehren empfangen wurde. Es kursierten sogar Gerüchte über Absichten seitens der britischen Königin Victoria, eine Ehe zwischen dem osmanischen Kronprinzen Murad und einer britischen Prinzessin zu arrangieren, um die starken Bande zwischen beiden Reichen zu festigen.¹⁰⁵

Im langen 19. Jahrhundert gab es noch weitere Staatsbesuche muslimischer Monarchen in Europa, die die Aussicht auf ein interimperiales, auf gegenseitiger Achtung und Anerkennung gegründetes Arrangement bestärkten. 1846 reiste Ahmed Bey aus Tunis als erster muslimischer Herrscher nach Paris, 1867 unternahm der ägyptische Khedive Ismail Pascha seine Europareise; Schahs aus der Kadscharen-Dynastie folgten 1873, 1878 und 1889. 1879 besuchte Abu Bakar, der Sultan von Johor, England, das Zentrum des Empire, dessen Protektorat sein Sultanat war. Allein für das Jahr 1875 notierte der zeitgenössische panafrikanische Intellektuelle Edward Blyden Besuche von osmanischen, persischen, ägyptischen, tunesischen und sansibarischen Herrschern in London – für ihn ein Zeichen des weltweiten Ansehens und der Macht «mohammedanischer» Dynastien, von denen drei aus Afrika stammten.¹⁰⁶

Zu den Herrscherbesuchen in europäischen Hauptstädten gehörte die protokollarische Bewertung des Rangs und des Status jedes einzelnen politischen Gastes, und entsprechend wichtig war die zeremonielle Symbolik. Sowohl dem Sultan des Osmanischen Reichs als auch dem iranischen Schah wurde der Hosenbandorden verliehen, die höchste Ehre, die einem ausländischen Monarchen von einer britischen Königin überhaupt zuteilwerden konnte. Der Orden stand für die Aufnahme dieser Reiche in eine elitäre Gemeinschaft von Monarchien, gewährt durch die imperiale Supermacht jener Zeit. 1866, als der osmanische Gelehrte Abdurrahman Efendi Brasilien besuchte, ging er in seiner Wahrnehmung des Landes von der Annahme aus, das Osmanische Reich sei seinem Rang nach den europäischen Imperien vergleichbar und deshalb bedeutender als ein kleines Reich wie Brasilien.¹⁰⁷ Ein vergleichbares Denken zeigt die Haltung des ägyptischen Khediven Ismail, der im Jahr 1869, als er anlässlich der Eröffnung des Suezkanals als Gastgeber des königlichen Empfangs Gäste aus den Herrscherhäusern Europas willkommen hieß, erklärte, nun werde Ägypten, ein weitgehend autonomer Staat im Osmanischen Reich, zu einem Teil Europas. Ins gleiche Jahr fiel der Londonaufenthalt Sir Sayyid Ahmad Khans, eines der einflussreichsten muslimischen Reformer des indischen Subkontinents, ein Besuch, der ihn in seinem Engagement

für eine britisch-indische muslimische Identität bestärkte.¹⁰⁸ In den Augen Ahmad Khans, der den osmanischen Fez als Kopfbedeckung indischer Muslime populär machte, empfahl sich der muslimische osmanische Sultan, zu dessen Untertanen Christen und Muslime gleichermaßen zählten, als ein prädestinierter Verbündeter der britischen Königin, die in ihrem Reich ebenfalls über Muslime, Hindus und Christen herrschte. Die genannten Beispiele zeigen keineswegs säkularisierte, ihrem Glauben entfremdete Muslime, die sich aus Opposition gegen den Konservatismus in ihren Heimatländern dem Projekt der europäischen Moderne anschließen. Das muslimische Bekenntnis des osmanischen Sultans, des ägyptischen Khediven oder des persischen Schahs stand niemals infrage, und niemand verurteilte ihre imperiale Politik als einen Verrat am islamischen Regionalismus. Diese Herrscher konnten bei öffentlichen Anlässen ruhigen Gewissens Ordensspangen mit einem Kreuz an der Brust tragen, als ein Zeichen ihres Arrangements mit europäischen Reichen, und waren doch stolze Muslime.

Bis in die 1880er Jahre hinein gab es in den weiten Gebieten der europäischen und muslimischen Grenzländer eine zunehmende Verflechtung und vielfältige Muster der Beziehung zwischen imperialen und religiösen Identitäten. Schließlich aber waren die imperialen Mächte – Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Russland und das Osmanische Reich – bemüht, imperiale Identitäten über religiöse zu stellen. Während das russische, das französische, das britische und das niederländische Weltreich nach Möglichkeiten suchten, muslimische Untertanen herrschaftlich zu integrieren, suchten die osmanischen Reformen nach neuen Wegen, die Loyalität ihrer armenischen, griechischen und jüdischen Untertanen zu verstärken. Die Bemühungen, die imperiale Herrschaft und die Legitimität christlicher Herrscher über Muslime zu etablieren, waren in unterschiedlichem Maße erfolgreich. Im Verlauf der 1870er Jahre entspann sich eine beispiellose Debatte über die Treuepflicht muslimischer Untertanen ihren christlichen Herrschern gegenüber. Die Motive waren vielfältig, standen jedoch letztlich in keinem Zusammenhang; so etwa das Erstarken christlicher Identität in den Mutterländern einiger Imperien, die Ausbreitung muslimischer Öffentlichkeit und muslimischer Zeitungen oder auch die verbesserten Reisemöglichkeiten zwischen den Imperien für gebildete Muslime. Ungefähr zur gleichen Zeit kam es auch unter den christlichen Minderheiten im osmanischen Europa zu separatistischen Forderungen gegenüber dem von einer muslimischen Dynastie beherrschten Osmanischen Reich, Forderungen, die von der öffentlichen Meinung in Europa insgesamt unterstützt wurden. Die muslimische Bevölkerung des russischen, niederländischen, französischen oder des britischen Weltreichs sah die Widersprüche zwischen christlicher Befreiung und der kolonialen Unterwerfung von Muslimen und begann, im Osmanischen Reich den potentiellen Vertreter einer zeitgenössisch vorgestellten weltweiten Gemeinschaft der Muslime zu sehen.¹⁰⁹

In den 1880er Jahren ließen die Widersprüche und Krisen imperialer Legitimi-

tät in jenen europäisch-muslimischen Gebieten eine schizophrene Koexistenz sowohl imperial als auch neuerdings global definierter religiöser Identität entstehen und führten zur Reformulierung der Perspektiven der europäischen wie auch der muslimischen regionalen kulturellen Identität. In Anerkennung des großen Anteils muslimischer Bevölkerung in den britischen, russischen, niederländischen und französischen Imperien gab es das Bemühen, in diesen europäischen Reichen die Inklusion «mohammedanischer Macht» zu stärken; die Öffentlichkeit der Mutterländer hingegen identifizierte die europäischen Reiche eher mit diversen affirmativen Interpretationen des Christentums.

In den vier Jahrzehnten verstärkter Interaktion im Mittelmeerraum zwischen der islamischen und der christlichen Region, von Napoleons Invasion in Ägypten bis zur Niederschlagung der Widerstandsbewegung in Algerien in den 1840er Jahren, entwickelten sich hybride und zutiefst ambivalente Vorstellungen, in die alle möglichen komplexen politischen Ideologien einfließen, utopisch-revolutionäre Ideen aus Frankreich ebenso wie Nationalismus und religiös motivierter Dschihad. Bemerkenswert an dieser frühen Periode ist, dass in ihr weder ein ethnischer Nationalismus noch panislamistische oder paneuropäische Regionalideologien die Oberhand gewannen, auch wenn Ansätze erkennbar waren, sondern sich vielmehr ein imperialer Universalismus formulierte, der in der Idee eines «zivilisierten Empire» als neuer globaler Norm kulminierte. Der Krimkrieg von 1853, in dem das Osmanische Reich, das Britische Empire und das Französische Kaiserreich sich gegen das Russische Imperium verbündet hatten, wurde zu einem Symbol eines solchen imperialen Universalismus. Als der indische Unabhängigkeitskrieg von 1857 begann, konnte dementsprechend die osmanische imperiale Elite das Britische Empire gegen die muslimischen Aufständischen unterstützen, ohne noch einen Gedanken an irgendeine Form muslimischer Zusammengehörigkeit zu verschwenden.

Es gab bereits zur Zeit der Napoleonischen Kriege in der europäischen Region Beispiele für Imperien, die auch Gebiete in der islamischen Welt mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit einschlossen, etwa die russische Herrschaft über die Krim, die niederländischen Stützpunkte im muslimischen Indonesien oder die britische Herrschaft über bengalische Muslime. Doch Bonapartes Feldzug von 1798 gegen die osmanische Provinz Ägypten zeigte trotz der kurzen Dauer und des letztendlichen Scheiterns der Expedition eine radikale Ausweitung der europäischen imperialen Vorstellungswelt.¹¹⁰ Napoleons militärisches Vorgehen erlaubt uns, Macht und Einfluss Europas in der Welt zu kontextualisieren: Die Zurückhaltung, kulturelle Überlegenheit zu artikulieren, ebenso wie das Bemühen, eine imaginierte muslimische Kultur für sich einzunehmen, offenbarten eine doch recht zurückgenommene regionale, europäische Identität. Napoleon bot das Bild eines Kaisers mit universalem Herrschaftsanspruch, der als Schutzherr der Muslime Ägyptens auftrat, ohne jeglichen Rückgriff auf Vorstellungen einer zivilisa-

torischen Mission des «weißen Mannes». Zumindest für einen Teil der ägyptischen *ulama* hätte ein zum Islam konvertierter französischer General über mehr Legitimität als Herrscher über Ägypten verfügt. Indes spielten politische Werte der islamischen Welt im Hinblick auf Napoleons Legitimität in Ägypten zwar eine Rolle, doch waren sie letztlich einem imperialen Universalismus untergeordnet. Napoleon entwarf das revolutionäre Frankreich als Feind der Katholischen Kirche und als Freund der Muslime. Auf Seiten der ägyptischen intellektuellen Elite gab es keine Inferioritätsgefühle den französischen Eroberern gegenüber, deren moralische Begründungen für den Feldzug zugleich problemlos zu verwerfen waren.¹¹¹ Mit einem gewissen Respekt nahm man das Interesse der Franzosen an Büchern, der arabischen Sprache und Gelehrsamkeit zur Kenntnis.¹¹² Nach dem Scheitern der Pläne Napoleons begab sich eine Gruppe von mehreren hundert Arabern mit ihm nach Frankreich, die dort eine kosmopolitische arabisch-französische Identität ausbildeten; erst unter dem Eindruck des neuen Imperialismus Frankreichs in Algerien sahen sie sich genötigt, sich für eine der beiden Seiten zu entscheiden.¹¹³

Interimperiale Bündnisse angesichts des napoleonischen Ägyptenfeldzugs verweisen auf die Bedeutung von Imperien in der Weltpolitik, nicht auf einen muslimischen oder christlichen Kulturregionalismus. Das Osmanische Reich konnte gegen Frankreich nicht nur eine feste Allianz mit dem Britischen Empire eingehen, sondern sich auch umstandslos mit dem Russischen Kaiserreich verbünden, dem langjährigen Gegner und Feind. Im Ionischen Meer gingen die osmanische und die russische Flotte gemeinsam erfolgreich gegen Frankreich vor.¹¹⁴ In diesen Kontext passt auch ein Vorstoß Tipu Sultans, des Herrschers im indischen Fürstenstaat Maisur, der den osmanischen Sultan um Beistand gegen das Britische Empire bat. Maisur befand sich im Krieg mit den Briten und hatte sich bereits die Unterstützung der französischen Republik gesichert. Tipu Sultans Schreiben an den osmanischen Sultan illustrieren eine eigene Synthese hybrider Legitimität eines muslimischen Herrschers in einem indischen Fürstenstaat, der zwar fest in der muslimischen politischen Tradition verwurzelt ist, aber zugleich angesichts der globalen Flottenpräsenz der europäischen Mächte problemlos auf das türkisch-persische imperiale Erbe zurückgreift.¹¹⁵ Tipu Sultans Pakt mit dem revolutionären Frankreich gegen das Britische Empire bedeutete keine Absage an muslimische Traditionen der Legitimität oder des Universalismus.¹¹⁶ In seinen Depeschen nach Istanbul bezog sich der Herrscher von Maisur auf gemeinsame Werte der islamischen Welt; sein Kampf richtete sich, so die Botschaft, gegen die britischen «Ungläubigen», die die religiösen Belange und Traditionen der Muslime missachteten. Der osmanische Sultan seinerseits bekräftigte eine imperiale Sichtweise, wenn er in seiner Antwort an Tipu Sultan diesen drängte, Frieden dem Krieg vorzuziehen und sich mit der britischen East India Company auf diplomatischem Weg auseinanderzusetzen.¹¹⁷ Die Schreiben aus Istanbul an Tipu

Sultan unterstrichen zudem, dass die Französische Republik und nicht die Briten als der eigentliche Feind der Muslime gelten sollten, da Frankreich das internationale Recht gebrochen habe, etwa im Feldzug gegen die Republik Venedig. Deshalb drängte der Sultan und Kalif des Osmanischen Reichs Tipu Sultan nicht nur zum Frieden mit den britischen Streitkräften, sondern bot sich auch als Vermittler zwischen Maisur und den Briten in Indien an.¹¹⁸

Die komplizierten Verhaltensmuster und Beziehungen zwischen dem revolutionären Frankreich, dem Osmanischen Reich, dessen Provinz Ägypten und dem Sultanat von Maisur in Indien verdeutlichen, dass Ende des 18. Jahrhunderts die Grenzen zwischen der «zivilisierten» und der «unzivilisierten» Welt, zwischen Christen und Muslimen, zwischen Republik und Imperium keineswegs klar und eindeutig verliefen. Die Verhältnisse Anfang des 19. Jahrhunderts bargen auch andere Möglichkeiten einer künftigen Entwicklung als das, was sich im Ergebnis ein Jahrhundert später eingestellt haben sollte, nämlich eine eher klar gezogene und verhärtete Grenze zwischen einem «christlichen Westen» und einem «muslimischen Nahen Osten». Die französischen Truppen wurden durch den gebündelten Einsatz der britischen Flotte und der osmanischen Streitkräfte besiegt.¹¹⁹ Admiral Nelson wurde mit dem höchsten Verdienstorden des Osmanischen Reiches ausgezeichnet und galt nicht nur in der britischen Öffentlichkeit, sondern auch der osmanischen muslimischen Elite als Held.

Die nachnapoleonische Wiederherstellung Ägyptens als selbstständige Provinz des Osmanischen Reichs unter der Erbstatthalterschaft Muhammad Ali Paschas (reg. 1805–1848), eines ursprünglich aus Albanien stammenden Janitscharen, zeigte ebenfalls den Primat imperialer Politik gegenüber kulturellen, nationalen oder geopolitischen Orientierungen. Muhammad Alis Reformen machten Ägypten zur militärisch und wirtschaftlich stärksten Provinz im Osmanischen Reich.¹²⁰ Doch wäre es falsch, darin eine protonationalstaatliche Entwicklung zu sehen, selbst wenn die relative Selbstständigkeit Ägyptens innerhalb des Osmanischen Reichs die Position des Landes unter den arabisch sprechenden Bevölkerungen im 19. Jahrhundert stärkte. Muhammad Ali bewegte sich in seinem Auftreten Istanbul gegenüber innerhalb einer imperialen Logik, insofern er ein Teilreich innerhalb des Gesamtreichs schuf, ohne die Legitimität des Hauses Osman und damit die allgemeinen Bedingungen, von denen auch seine Position abhing, infrage zu stellen.¹²¹ Muhammad Ali ist insofern mit Tipu Sultan in Indien vergleichbar, der grundlegende Reformen einzuleiten vermochte, indem er sich auf ein eklektisches Repertoire stützte, das europäische militär- und finanzpolitische Maßnahmen mit Vorbildern aus anderen muslimischen Ländern und dem Osmanischen Reich kombinierte. Eine verbesserte militärische Schlagkraft beispielsweise ermöglichte Muhammad Ali die Expansion nach Süden, und 1822 unterstellte er den Sudan nominell der Herrschaft des Osmanischen Reichs.¹²² Dank der Reformen Muhammad Alis in Ägypten gelang dem Osmanischen Reich so

ein Vordringen in neue Gebiete Afrikas, lange vor dem sogenannten Wettlauf um Afrika der europäischen Imperialmächte. Nicht nur Ägyptens Expansion, die den Beginn einer fast sieben Jahrzehnte währenden Herrschaft über den Sudan markierte, sondern auch die des muslimischen Herrscherhauses im Sultanat Oman, das 1829 seine Herrschaft über Sansibar ausweitete, machte deutlich, dass im frühen 19. Jahrhundert von einem durchgängigen Muster westlicher Dominanz noch keineswegs die Rede sein konnte. Die Herrscher der in Maskat residierenden al-Bu-Said-Dynastie zeigten, ähnlich wie Muhammad Ali in Ägypten, eigene imperiale Ambitionen, sodass sie ihrem Sultanat neben der Insel Sansibar auch den Küstensaum bis Mombasa einverleibten. Tatsächlich pendelte Sayyid Said, der Herrscher von Oman, bis zu seinem Tod im Jahr 1856 als Sultan von Maskat und Sansibar zwischen beiden Residenzen. Selbst nach der Aufteilung des Sultanats unter zweien seiner Söhne konnte das daraus hervorgehende Sultanat Sansibar seine Herrschaft über Küstengebiete in Ostafrika ausdehnen.¹²³

Muhammad Ali war nicht nur ein erfolgreicher Gouverneur von Ägypten, sondern diente dem Osmanischen Reich nicht zuletzt auch durch die Niederschlagung des Aufstands der puristischen Bewegung der Wahhabiten 1818 in Arabien. Dieser Aufstand hatte die Legitimität des osmanischen Sultans infrage gestellt und die Pilgerroute nach Mekka in die Gewalt der Aufständischen gebracht. Die ägyptische Armee Muhammad Alis unterstützte die osmanische Regierung auch bei den Maßnahmen gegen die Revolution in Griechenland. Solche militärischen Glanzleistungen ließen Muhammad Ali versuchen, seinen Herrschaftsbereich auf Syrien und die Levante auszudehnen. 1839 kam es zum Schlagabtausch zwischen der ägyptischen Armee und den Truppen des Osmanischen Reichs. Das Britische Empire und das Russische Reich schlugen sich auf die Seite Istanbuls (wohingegen Frankreich Ägypten unterstützte) und halfen schließlich einen Kompromiss auszuhandeln. Die Nachkommen Muhammad Alis erhielten für Ägypten eine Erbstatthalterschaft und den Titel eines Khediven, der für einen Rang zwischen einem König und einem Gouverneur stand. Die fortgesetzten imperialen Beziehungen zwischen Istanbul und Kairo, versinnbildlicht etwa durch den Besuch des Sultans 1867 in Kairo oder auch durch die Sommerresidenz der Khediven-dynastie in Istanbul, zeigen die imperiale Logik des Arrangements – ungeachtet des späteren nationalistischen Narrativs, wonach Muhammad Ali den Weg für die Unabhängigkeit Ägyptens bereitet habe.

**Der imperiale
Universalismus auf dem
Prüfstand: die Unab-
hängigkeit Griechenlands**

Ernsthaft infrage gestellt sahen sich die imperialen Perspektiven in der islamischen Welt und Europa durch den griechischen Unabhängigkeitskrieg und die französische Invasion in Algerien. Letztlich führten diese Erfahrungen jedoch

zu einer noch stärker universalistischen Reformulierung und Neuausrichtung der imperialen Logik und nicht zu ihrer Preisgabe zugunsten religiöser Regionalismen oder nationalistischer Separationstendenzen. Tatsächlich war Griechenland im Mittelmeerraum der erste Fall der Gründung eines unabhängigen Nationalstaates aus einem Imperium heraus, und mit dem Erringen der griechischen Unabhängigkeit ging in den Augen der europäischen Öffentlichkeit eine Marginalisierung des muslimischen Osmanischen Reichs einher. Dennoch war es der imperiale Universalismus und nicht ein Kampf der Kulturen, der sich in den 1840er Jahren erneut durchsetzte. Die Krise der Spaltung von Muslimen und Christen während der 1820er und 1830er Jahre führte nicht zu Rufen nach panislamischem Zusammenhalt, sondern mündete in eine Zeit imperialer Reformen im Osmanischen Reich, die Periode des Tanzimat.

Griechenland war annähernd vierhundert Jahre unter osmanischer Herrschaft, und die Bevölkerung setzte sich aus Christen und Muslimen unterschiedlicher ethnischer Zugehörigkeit zusammen.¹²⁴ Griechisch-orthodoxe Christen waren die privilegierteste christliche Konfession im Osmanischen Reich. Die griechischen Eliten verfügten über eigene Bildungseinrichtungen und kulturelle Zentren, mit Verbindungen nach Süd- und Westeuropa sowie Russland, und waren von den Ideen der Aufklärung und eines aufklärerischen Nationalismus beeinflusst. Die Beziehungen zwischen den griechischen Eliten und intellektuellen Kreisen im übrigen Europa waren nicht notwendigerweise antiosmanisch ausgerichtet, und Istanbul profitierte von den Netzwerken der Griechen.¹²⁵ Dabei bleibt festzuhalten, dass Griechen keineswegs nur in den geographischen Grenzen des heutigen Griechenland, sondern überall im Osmanischen Reich zu finden waren, viele lebten in Istanbul und Westanatolien. Darüber hinaus erlebten eine Reihe griechischer Familien Anfang des 19. Jahrhunderts einen weiteren Aufstieg und wurden Teil der osmanischen Elite in Diplomatie und Staatsdienst.¹²⁶ Dennoch gehörten zur Vorstellung eines von muslimisch-osmanischer Herrschaft freien Griechenland das Argument der Befreiung von der Tyrannei wie auch zahlreiche romantische Bilder über Griechenlands Platz in der Geschichte der Weltkultur.¹²⁷ Die osmanische Herrschaft despotisch zu nennen, war indes aus unterschiedlichen Gründen für Untertanen des Osmanischen Reichs nicht besonders ungewöhnlich. Letzten Endes boten die Willkür des Sultans oder die Unredlichkeit der Beamten auch muslimischen Janitscharen oder anderen muslimischen Untertanen Anlass sich zu erheben. Darstellungen des osmanischen Herrscherhauses sollten zudem

nicht als objektive Beschreibungen der Wirklichkeit betrachtet werden; verschiedene Berichte wie beispielsweise der von Thomas Hope, eines Zeitgenossen Lord Byrons, nahmen jenes Osmanische Reich weitaus weniger despotisch wahr als damalige europäische Staaten.¹²⁸ Das Neue der griechisch-nationalistischen Kritik am Osmanischen Reich jedenfalls war, dass sie sich mit der Perspektive eines eigenständigen und freien griechischen Staats oder Königreichs verband.

Der griechische Aufstand begann mit russischer Unterstützung in Rumänien, verband sich aber schon bald mit der Unzufriedenheit griechischer Bauern und breiterer Bevölkerungsschichten auf der Morea (wie die Peloponnes zu jener Zeit hieß). Der nationalistische Aufruhr verwandelte sich in den Aufstandsgebieten rasch in einen Konflikt von Christen gegen Muslime, in dem Muslime als Vertreter Istanbuls galten, als Loyalisten des Osmanischen Reichs, die hingerichtet wurden. Dem Sultan und mit ihm den osmanischen Eliten war der Aufstand unverständlich, denn sie alle hatten ihren griechischen Mittelsleuten immer vertraut; entsprechend bestand die Reaktion darin, viele loyale griechische Beamte und Diplomaten zu bestrafen und aus den Schlüsselpositionen im Staatsapparat zu entfernen. Erheblich bedeutender noch war die auf Befehl des Sultans erfolgte Exekution des orthodoxen Patriarchen, dem vorgeworfen worden war, seiner Verantwortung für die Loyalität der griechisch-christlichen Untertanen des Osmanischen Reichs nicht gerecht geworden zu sein. Freilich gab es keine bewiesene Verbindung zwischen dem Patriarchat und dem nationalistischen Aufstand der Griechen, ungeachtet der starken, orthodox-christlich geprägten Sprache der Nationalisten oder auch der Beteiligung örtlicher Priester an den Kämpfen.¹²⁹

Dem Osmanischen Reich gelang es zunächst, den griechischen Aufstand niederzuschlagen. Dazu trug 1825 insbesondere die Intervention der Streitkräfte des ägyptischen Gouverneurs Muhammad Ali unter dem Befehl seines Sohnes Ibrahim Pascha bei. Die Loyalität der ägyptischen Armee Muhammad Alis war es letztlich auch, die es Sultan Mahmud II. erlaubte, 1826, also noch mitten im Griechischen Unabhängigkeitskrieg, die Janitscharentruppe in Istanbul aufzulösen, eine Veränderung, die für die Zukunft der osmanischen Gesellschaft bedeutender sein sollte als jeder nationalistische Aufstand. Der nationale Unabhängigkeitskampf der Griechen erfuhr schließlich eine gewaltige Unterstützung in der Öffentlichkeit der britischen, französischen, aber auch der US-amerikanischen und russischen gebildeten Oberschicht.¹³⁰ Die spektakuläre Mobilisierung der öffentlichen Meinung fand ihr Sinnbild in Lord Byrons romantischen Gedichten, seinem Engagement und Tod in Griechenland. Die europäischen Imperien schufen ein breites Einvernehmen, den griechischen Nationalismus zu unterstützen, und handelten damit gegen die antinationalen Grundsätze des Wiener Kongresses. Die von außen kommende diplomatische und militärische Intervention war letztlich entscheidend; Griechenland errang seine Unabhängigkeit 1830, ein Erfolg von welthistorischer Bedeutung. Im Verlauf des Konflikts hatte der russische Zar

Nikolaus I. (reg. 1825–1855) den imperialen Anspruch Russlands bekräftigt, Schutzmacht aller orthodoxen Christen auf dem Balkan zu sein, was dem unter der Herrschaft des Osmanischen Reichs sich entwickelnden christlich-slawischen Nationalismus einen langfristigen imperial-geopolitischen Aspekt hinzufügte. Der letzte Akt, der die Osmanen dazu brachte, die griechische Unabhängigkeit anzuerkennen, war der britisch-französische Seeangriff und die Zerstörung der osmanisch-ägyptischen Flotte im Jahr 1827. Russland schließlich erklärte dem Osmanischen Reich 1828 den Krieg, begann eine militärische Offensive auf dem Balkan und rückte darüber hinaus auch am Kaukasus auf osmanisches Territorium vor. Mit dem Ende des Krieges hatten die Osmanen nicht nur die Unabhängigkeit Griechenlands, sondern auch noch Autonomierechte für Serbien und Rumänien zu akzeptieren, und hohe Reparationszahlungen kamen hinzu.¹³¹

Auch nachdem Istanbul mit dem Londoner Protokoll 1830 die Sezession und Unabhängigkeit Griechenlands notgedrungen anerkannt hatte, lebten im Osmanischen Reich weiterhin griechische Untertanen in erheblicher Anzahl; tatsächlich gab es dort beinahe so viele Griechen wie im neu geschaffenen Königreich selbst. Und auch im unabhängigen Griechenland lebten weiterhin Muslime. Entsprechend bekräftigte das Londoner Protokoll den multiethnischen und multi-religiösen Charakter sowohl des Osmanischen Reichs als auch des Griechischen Königreichs. Man sollte daher im griechischen Aufstand nicht das Ende der muslimisch-griechischen Koexistenz in einem imperialen Rahmen sehen. Der erste osmanische Botschafter in Athen etwa war ein Diplomat griechischer Herkunft, Musurus Efendi. Weil er als Grieche standhaft und loyal dem osmanischen Sultan diente, wurde er Ziel eines Mordanschlags, der allerdings fehlschlug. Der Fez, ein traditionell mit Griechenland assoziierter Filzhut, erlebte seine Einführung im Osmanischen Reich als offizielle Kopfbedeckung der neuen amtlichen Kleiderordnung, die Uniformen und Hosen im europäischen Stil vorsah, zeitgleich mit den Anstrengungen, den griechischen Aufstand militärisch niederzuschlagen. Auch der Umstand, dass die griechische Nationalversammlung schon bald nach der Unabhängigkeit des Landes den Prinzen Otto von Bayern zum König Otto I. von Griechenland wählte, stärkte eine Sichtweise, wonach Griechenland, als Königreich, keineswegs als ethnisch und religiös homogene Nation betrachtet werden musste.¹³²

**Die Kolonialisierung
Algeriens als weitere
Bewährungsprobe**

Das Königreich Griechenland erlangte seine Unabhängigkeit um die gleiche Zeit, als Frankreich in Algerien einmarschierte, damals eine Provinz des dezentralisierten Osmanischen Reichs. Beide

Ereignisse zusammengenommen verweisen auf die ambivalente Rolle, die christliche beziehungsweise muslimische Identitäten für die Entwicklung nationalistischer Bewegungen und imperialer Legitimität in der Zeit nach dem Wiener Kongress spielten. Die zunächst vorhandene militärische Überlegenheit der Franzosen erwies sich als trügerisch, als die algerischen Muslime den Streitkräften Frankreichs mit lang anhaltendem Widerstand begegneten. Zum wichtigsten Anführer dieses Widerstandskampfes avancierte der Emir Abd el-Kader al-Dschazairi, ein kosmopolitischer Sufi.¹³³ Anzumerken ist zudem, dass Frankreich, während es Abd el-Kaders Truppen in Algerien bekämpfte, auch die Expansionsbestrebungen Muhammad Alis an der Levante zulasten des Osmanischen Reichs unterstützte. Die Reformen Muhammad Alis in Ägypten wiederum hatte Abd el-Kader kennengelernt, als er das Land auf dem Rückweg seiner Pilgerreise nach Mekka durchquerte. Dort war er auch dem jungen Imam Schamil begegnet, der später zum Symbol des muslimischen Widerstands gegen das Russische Imperium im Kaukasus werden sollte. Abd el-Kader bemühte sich, in Westalgerien einen eigenen Staat zu gründen. Vorbild war ihm dabei das Ägypten Muhammad Alis. 1847 schließlich gelang es Frankreich, Abd el-Kader zur Kapitulation zu zwingen.

Der bewaffnete Widerstand gegen die französischen Streitkräfte war die eine Seite; daneben beriefen sich algerische Intellektuelle in der Auseinandersetzung mit der französischen Aggression auf die universalen Werte der Aufklärung, der Nation und der Freiheit. Hamdan Khodja, ein Angehöriger der algerisch-osmanischen städtischen Oberschicht, schrieb 1833 in französischer Sprache und an die französische Öffentlichkeit gerichtet eine antiimperiale Abhandlung, in der er geltend machte, das Vorgehen der Franzosen in Algerien, insbesondere die Gewalt gegen Muslime und die Zerstörung muslimischer Institutionen, widerspreche den von Frankreich selbst verfochtenen Werten. Der Darstellung der Geschichte und Ethnographie Algeriens und der Beschreibung der durch die französische Besatzung ausgelösten Katastrophe ließ Hamdan Khodja einen leidenschaftlichen Appell folgen: Unter Berufung auf die liberalen Ideale der Aufklärung forderte er Frankreich auf, den Imperialismus in seinem Heimatland zu beenden. Darüber hinaus bezog er sich auf die Verteidigung der griechischen, belgischen und polnischen Nationalbewegungen durch Frankreich und fragte, warum nicht auch ein nationales, sich selbst regierendes Algerien eine solche Unterstützung erfahren könne, ein Land, das ein Freund Frankreichs und ein Modell zivilisatorischen Fortschritts wäre.¹³⁴

Der offenkundige Unterschied zwischen der Befreiung Griechenlands und der Kolonialisierung Algeriens bildet ein Muster, das sich später wiederholen sollte:

mit dem rumänischen und bulgarischen Kampf um Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich auf der einen, der kolonialen Unterwerfung Zentralasiens, Tunesiens und Ägyptens durch die imperialen Mächte Russland, Frankreich und Großbritannien auf der anderen Seite. Der Widerspruch zwischen einerseits der Befreiung christlicher Untertanen von der Herrschaft einer muslimischen Dynastie und andererseits der Unterwerfung muslimischer Gebiete unter die Herrschaft christlicher Monarchen spiegelt die neuerliche Bedeutung christlicher und muslimischer Identitäten wider, sowohl in interimperialen Konflikten als auch in der Geschichte des Nationalismus im 19. Jahrhundert. Die imperialen Eliten allerdings pochten auf die universale Legitimität ihrer Herrschaft, aller eventuellen Bedeutung muslimischer und christlicher Identität zum Trotz. Die osmanischen Eliten etwa nahmen das Gewicht der öffentlichen Meinung in Europa durchaus ernst, vor allem dort, wo dem christlichen, zivilisierten Europa ein barbarischer Islam gegenübergestellt wurde. Sie reagierten darauf, indem sie stärker und systematischer die interimperialen Verhältnissen in den Grenzländern der europäischen Region und der islamischen Welt in den Fokus rückten und insbesondere «Zivilisation» akzentuierten, also die Werte der durch den Wiener Kongress geschaffenen Ordnung bekräftigten.¹³⁵ Die Garantie der rechtlichen Gleichstellung und Sicherheit aller Untertanen, ohne Rücksicht auf religiöse oder ethnische Unterschiede, gehörte dazu ebenso wie die Übernahme einer Reihe diplomatischer Normen, die das Osmanische Reich zu einem Teil des europäischen Konzerts machen und darüber hinaus die europäischen Werte betonen sollten. Das Kaiserliche Edikt von Gülhane von 1839, das später als Tanzimat-Proklamation bekannt wurde, lässt deutlich die osmanische Vorstellung einer neuen, auf Europa gegründeten internationalen Gemeinschaft erkennen, legitimiert durch einen Diskurs universaler Zivilisation. Religiöse Toleranz gegenüber den muslimischen Untertanen sowie deren Inklusion und Assimilation waren auch dem russischen, französischen, niederländischen und britischen Imperium Anliegen, die sie in ihrem Herrschaftsbereich mit unterschiedlichen Strategien verfolgten.

Reformen und Identitäten in der muslimischen Welt

Die Zeit von 1840 bis 1871 schien ein Wiederaufleben des imperialen Universalismus zu sehen: Die osmanische Elite hegte keinen fortbestehenden Groll über

den Verlust Algeriens an Frankreich oder die Unabhängigkeit Griechenlands, denn Territorien aufzugeben oder hinzuzugewinnen war für ein Reich wie das Osmanische eine alltägliche Erscheinung; auch zwischen anderen imperialen Mächten in Europa kam es ständig zu Grenzverschiebungen, wie man sehr wohl wusste. Die osmanischen Eliten bemühten sich um eine Diplomatie auf der